

(Beginn: 15:39 Uhr – Ende 23:23 Uhr )

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 19. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, insbesondere auch Frau Berg, die heute aus Kiel angereist ist, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie alle Mitglieder des Rates. Des Weiteren begrüße ich Frau Paffen, die wir gleich als neues Ratsmitglied verpflichten werden.

Ich begrüße auch die Schülerinnen und Schüler von drei Schulen, die an der heutigen Ratssitzung teilnehmen. Es sind Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 10 der Hauptschule Großer Griechenmarkt aus der Innenstadt, der Lise-Meitner-Gesamtschule aus Porz sowie des Georg-Büchner-Gymnasiums aus Weiden. Am 1. Dezember werden Sie selbst in einem Planspiel als Ratsmitglied agieren können. Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Ratssitzung.

## (Allgemeiner Beifall)

Nach den mir vorliegenden Meldungen ist heute niemand entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Frau Schmerbach, Frau Nesseler-Komp und Herrn Brust.

Wie Sie wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat Herr Ott sein Mandat niedergelegt. Deswegen möchte ich Frau Dagmar Paffen als neues Ratsmitglied hier einführen. Frau Paffen wurde als Nachfolgerin gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt und hat bereits die Nachfolge angenommen. Ich darf Sie und auch die auf den Tribünen Anwesenden bitten, sich von den Plätzen zu erheben. Frau Paffen, bitte kommen Sie zu mir nach vorn.

(Die Mitglieder des Rates und die Gäste auf der Zuschauertribüne erheben sich – Dagmar Paffen [SPD] begibt sich an das Rednerpult)

Frau Paffen, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu

beachten und ihre Pflichten zum Wohl der Stadt Köln zu erfüllen.

Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt geht es an die Arbeit. Wir müssen die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind wie immer im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge sind bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Wir kommen zunächst zur Festlegung des Themas der Aktuellen Stunde. Es liegen zwei fristgerecht eingereichte Anträge Durchführung einer Aktuellen Stunde vor. Zum einen hat die FDP-Fraktion eine Aktuelle Stunde zu dem Thema "Aussetzung der Bettensteuer und hohe Einnahmeausfälle durch Rückzug der Kongressveranstalter Köln" aus beantragt. Dieser Antrag trägt im Entwurf die Ziffer 1.1. Zum anderen hat die CDU-Fraktion beantragt, die Aktuelle Stunde zu dem Thema "Kulturregion Rhein" durchzuführen. Dieser Antrag trägt die Ziffer 1.2.

Wie Sie wissen, ist nach unserer Geschäftsordnung nur eine Aktuelle Stunde pro Sitzung vorgesehen. Bei mehreren Anträgen besteht gemäß § 5 die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der beiden Themen. Konnte eine Einigung erzielt werden? - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Anscheinend konnte eine solche Einigung leider nicht erreicht werden. Wir von der FDP bedauern das insbesondere deshalb, weil wir der Ansicht sind, dass das Thema Bettensteuer schon in diesem Rat diskutiert werden müsste. Es gibt inzwischen die ersten Zahlen von der DEHOGA, die belegen, dass die Buchungen im Zusammenhang mit dem Kongressgeschäft im nächsten Jahr 20 Prozent einbrechen werden. Von daher wäre das ein wichtiges Thema gewesen. Leider haben die Kollegen von der CDU Rot-Grün eine Brücke gebaut, aus dieser Debatte herauszukommen. Es hat keine Einigung gegeben. Wir bedauern, dass das von uns beantragte Thema heute hier nicht zum Zuge kommen wird. - Herzlichen Dank.



Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich lasse jetzt abstimmen. Wer für die Durchführung von zwei Aktuellen Stunden ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP und pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist das abgelehnt.

Wir kommen dann zur Entscheidung, zu welchem der beantragten Themen eine Aktuelle Stunde durchgeführt wird. Wer für die Durchführung der Aktuellen Stunde zu dem von der CDU beantragten Thema "Kulturregion Rhein" ist, bitte ich um das Handzeichen. - SPD, Grüne, Linke, CDU, Herr Zimmermann und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag so angenommen. Wir werden die Aktuelle Stunde zum Thema "Kulturregion Rhein" durchführen.

Nun zu den Zusetzungen. Folgende Tagesordnungspunkte sollen zugesetzt werden: 1.1, 1.2, 4.4, 4.5, 4.6, 4.7, 6.1.6 - dieser Punkt ist zugesetzt, wird aber gleich wieder abgesetzt; ich wollte ihn hier aber nennen -, 10.32, 10.33, 10.34 und 17.6. - Herr Gey, bitte.

**Herbert Gey** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Sie haben eben gesagt, der Punkt 1.1 wird zugesetzt. TOP 1.1 war aber der Antrag der FDP auf Durchführung einer Aktuellen Stunde.

(Zuruf: Ja, das kommt doch dann!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, da haben Sie recht. In Punkt 1.1 ist ein Antrag auf Durchführung der Aktuellen Stunde verortet. Unter TOP 1.2 findet sich der Antrag Ihrer Fraktion. - Herr Hoffmann, bitte.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln): Herr Oberbürgermeister! Die Freien Wähler ziehen ihren Dringlichkeitsantrag zurück.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gut. Dann wird dieser Punkt abgesetzt.

Es gibt aber noch weitere Zusetzungen, nämlich: 17.7, 17.8 und 17.9. Und im nichtöffentlichen soll TOP 24.3 zugesetzt werden.

Jetzt zu den Absetzungen. Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 6.1.6, 10.14 und, wie eben von Herrn Hoffmann mitgeteilt, 3.1.14. Im nichtöffentlichen Teil sollen die Punkte 23.1, 23.9 und 23.10 abgesetzt werden.

Da ich keine Wortmeldungen dazu sehe, kommen wir jetzt zu den Dringlichkeitsanträgen.

Zunächst zu einem Antrag der Fraktion pro Köln vom 22. November zum Thema "Die Kölner Bürger vor der islamistischen Terrorgefahr schützen!" unter TOP 3.1.13: Gibt Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir darüber ab. Wer dafür ist, diesen Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung zu setzen, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Das sind die FDP, die CDU, Herr Hoffmann, Herr Zimmermann, die Linke, die Grünen und die SPD. Damit ist die Dringlichkeit bestätigt.

Nun zu einem Dringlichkeitsantrag von der SPD, der CDU, den Grünen und der FDP zum Thema "Köln - Peking: Unterstützung des Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo" unter TOP 3.1.15. Wer für die Dringlichkeit ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der Linken, der CDU, der FDP und Herr Hoffmann und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln wird auch dieser Antrag als dringlich angesehen.

Es ist gerade eben noch ein weiterer Dringlichkeitsantrag von der Fraktion pro Köln eingegangen. Ich will Ihnen den Wortlaut zur Kenntnis geben:

Der Rat möge beschließen: Der Rat weist die Mitglieder im Aufsichtsrat der GEW Rheinenergie an, einen Beschluss herbeizuführen, der die beabsichtigte Strompreiserhöhung um 11 Prozent zum Januar 2011 zurücknimmt.

Gibt es Gegenstimmen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Wer ist für die Dringlichkeit? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen der CDU, der FDP, Herr Zimmermann, Herr Hoffmann, die Grünen, die Linken und die SPD. Damit ist die Dringlichkeit gegeben.

Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich beziehe mich auf Punkt 6.1.5 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Satzung. Wie ich erst jetzt erfahren habe, gibt es kein Votum des Ausschusses. Vielmehr ist das einvernehmlich ohne Votum in den Rat verwiesen worden, weil alle Fraktionen der



Meinung waren, dass ein Satzungsfehler vorliegt, den die Verwaltung aufklären muss. Ein aufklärendes Schreiben liegt derzeit aber noch nicht vor. Deshalb schlage ich vor, diesen Punkt in die Ratssitzung am 14. Dezember zu verweisen. Bis dahin kann die Verwaltung für Aufklärung sorgen, sodass wir den Punkt dann entsprechend behandeln können.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dazu Herr Streitberger, bitte.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Mein Angebot lautet: Da der Geschäftsführer der Stadtentwässerungsbetriebe AöR hier anwesend ist, kann er die noch offenen Fragen möglicherweise heute aufklären. Damit eine neue Satzung in Kraft treten kann, muss eine bestimmte Frist bezüglich der Bekanntmachung eingehalten werden. Wären Sie mit diesem Angebot einverstanden, Herr Frank?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Versuchen wir es mal! Wir lassen es drauf!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir werden uns bemühen, Ihnen noch heute eine Entscheidungsgrundlage zu geben. Dann müssten wir diesen Punkt jetzt nicht absetzen.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, müssen wir noch die Reihenfolge der Tagesordnung festlegen. Ich schlage vor, die Punkte 3.1.12 und 10.21 unter Punkt 10.21 sowie die Punkte 8.1 und 8.2 gemeinsam zu behandeln, da es dabei jeweils um vergleichbare Thematiken geht. - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur endgültigen Abstimmung über die Tagesordnung. Wer gegen die Tagesordnung in der so geänderten Form ist, bitte ich um das Handzeichen. - Dagegen ist niemand. Wer enthält sich? - Damit ist die Tagesordnung von Ihnen so bestätigt.

Meine Damen und Herren, heute, am 25. November, ist der Internationale Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen. Sie haben es möglicherweise an den Fahnen von Terres des Femmes vor dem Rathaus gesehen. Bevor wir mit den Beratungen beginnen, gebe ich daher das Wort an die Gleichstellungsbeauftragte. - Frau Kronenberg, bitte.

## Christine Kronenberg

(Gleichstellungsbeauftragte): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich zitiere aus dem Bericht einer Sozialarbeiterin eines unserer Gewaltschutzzentren in Köln-Junkersdorf:

Es ist der 3. November 2010. Frau E. ist 37 Jahre alt und Versicherungskauffrau. Sie wirkt recht selbstbewusst. Kratzt man an der Oberfläche, wird deutlich, wie fertig sie ist. Vor fünf Monaten hat sie sich von ihrem Partner getrennt. Die Beziehung hat drei Jahre gehalten, wobei das erste Jahr schön verlief und dann, wie Sie sagt, er sein wahres Gesicht gezeigt hat.

Frau E. hat viel Prügel bekommen, auch in der Öffentlichkeit, und es hat ihr niemand geholfen. Einmal war sie sogar wegen einer gebrochenen Rippe im Krankenhaus. Aber sie hat dort nicht gesagt, was passiert ist. Ein anderes Mal wurde sie mit einem Messer bedroht von ihm. Bisher war sie bereits dreimal eine Woche dienstunfähig. Ich glaube, dass noch mehr passiert ist; aber Frau E. ist es unangenehm, darüber zu sprechen.

sie sich von ihrem Partner verabschiedete, sagte er: Wenn ich dich nicht kriege, wird es auch kein anderer tun. Und obwohl er die Wohnung verlassen hat, befindet sie sich unter permanenter Beobachtung. Ab und zu hat sie immer noch Post im Briefkasten, wo er schreibt, dass er sie unbedingt Sie zurückhaben will. hat ihre Handynummer geändert und hat eigentlich jeden Kontakt zu ihrem Expartner abgebrochen, aber der steht nahezu täglich vor ihrem Haus. Sie hat große Angst, dass er sie umbringt, wenn sie Anzeige erstattet.

Ich habe ihr klargemacht, dass es drei Möglichkeiten gibt: Entweder sie hält aus, sie taucht ab oder sie beschreitet den gerichtlichen Weg. Im Moment ist sie immer noch unentschlossen. Ich biete ihr an, zur Polizei zu gehen oder sie auch zu einer Anwältin zu begleiten. Ich biete ihr auch an, sie über ein Frauenhaus "verschwinden" zu lassen. Für den Notfall lasse ich ein Alarmsignalgerät und die Notfallnummer des Frauenhauses bei ihr.



Meine Damen und Herren, ich habe in Vorbereitung auf diesen Tag eine Reihe dieser Berichte gelesen. Es waren Berichte aus Rodenkirchen, aus Ehrenfeld, aus Kalk. Es waren Berichte über eine Friseurin, eine Hausfrau oder eine Lehrerin, aber eben auch über einen türkischen Türsteher, einen italienischen Maler oder einen deutschen IT-Berater, die Täter waren.

Heute ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen. Wir müssen davon ausgehen, dass in Köln rund 160 000 Frauen von Gewalt betroffen sind, mittelbar oder unmittelbar auch deren Kinder. Unser Ziel ist es, betroffene Frauen zu ermutigen, den ersten Schritt zu gehen, sich professionelle Unterstützung zu holen und sich aus der Gewaltspirale zu lösen.

Das war auch das Ziel unserer heutigen Aktion auf der Schildergasse. Wir haben dort viel Informationsmaterial verteilt und intensive Gespräche geführt, und zwar auch mit direkt betroffenen Frauen. Viele ältere Frauen haben uns auf der Straße erzählt, dass sie diese Situation 30 Jahre lang erduldet haben. Heute hat sich wieder einmal gezeigt, wie wichtig solche Kampagnen sind.

diesem Vielleicht interessiert Sie in Zusammenhang auch, was wir im Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern zum Thema "Gewalt gegen Frauen" tun. Wir initiieren mit allen Beratungsstellen solche Kampagnen wie heute auf der Schildergasse und binden auch viele Politikerinnen hier aus dem Rat dort mit ein. Wir gehen in Kölner Krankenhäuser und schulen dort das medizinische Personal, nicht nur Ärzte und Ärztinnen, sondern auch Krankenpfleger und Krankenschwestern, damit deren Blick für Verletzungen geschärft wird, die häuslicher Gewalt resultieren. engagieren uns aber auch gegen sexistische Werbung. Beispielsweise erfahren wir dafür vonseiten der KVB große Unterstützung. Sie reagiert immer sehr schnell, wenn wir sexistische Werbung infrage stellen.

Abschließend möchte ich gerne allen Politikerinnen, die heute seit 13 Uhr mit uns auf der Straße gestanden haben, ganz herzlich danken. Allen anderen danke ich fürs Zuhören.

(Allgemeiner Beifall)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Kronenberg.

Wir kommen jetzt zur Wahl einer oder eines Beigeordneten für Wirtschaft und Liegenschaften. Bevor Sie das Wort zur Sache erhalten, gestatten Sie mir einige Anmerkungen zum Wahlverfahren.

Das Wahlverfahren richtet sich nach § 50 Abs. 2 unserer Gemeindeordnung. Danach ist die Person gewählt, die mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhält. Auch der OB wählt mit. Neinstimmen zählen gemäß § 50 Abs. 2 Satz 3 als gültige Stimmen. Ungültige Stimmen und Enthaltungen dagegen zählen nach § 50 Abs. 5 bei der Berechnung der Mehrheit nicht mit. Erreicht bei zwei oder mehr vorgeschlagenen Personen niemand im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit, so findet ein zweiter Wahlgang zwischen den beiden Bewerbern statt, die im ersten Wahlgang die höchsten Stimmzahlen erhalten haben. Gewählt ist, wer im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen erhält.

Es können nur vorgeschlagene Personen gewählt werden. Vorgeschlagen wird in der Verwaltungsvorlage Frau Ute Berg. Ich gehe davon aus, dass sich die SPD-Fraktion diesen Vorschlag zu eigen macht. - Ich sehe, das ist der Fall. Aus dem Kreis derjenigen, die sich beworben haben, können weitere Kandidaten vorgeschlagen werden. Gibt es weitere Vorschläge? - Ich stelle fest: Das ist nicht der Fall. Somit geht es um die Wahl von Frau Berg.

Dazu eine Wortmeldung von Herrn Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Besucher auf der Ratstribüne! Ich möchte für die Fraktion pro Köln feststellen, dass auch das Auswahlverfahren für den Posten der Wirtschaftsdezernentin leider wie gewohnt wenig transparent verlaufen ist. So hat es noch nicht einmal eine offizielle Vorstellungsrunde von Frau Berg bei den Fraktionen gegeben.

Uns wird zugemutet, heute jemanden zu wählen, den wir hier zum ersten Mal sehen. Das ist, gelinde gesagt, unverantwortlich. Mir ist auch von anderen Ratskollegen aus verschiedenen Fraktionen zugetragen worden, dass das alles nicht so einhellig gesehen wird, wie sich das manche vielleicht wünschen.

(Henk van Benthem [CDU]: Schauen wir mal!)

Auch aus diesem Grund beantragt die Fraktion pro Köln eine geheime Abstimmung. Dann kann



sich jeder frei und ohne Fraktionszwang entscheiden.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wenn eine Fraktion geheime Abstimmung vorschlägt, wird diese Wahl dann auch so durchgeführt. Die Vorbereitungen dafür sind bereits getroffen.

Ich bitte Sie, ihre Wahl mit einem Kreuz deutlich zu machen. Stimmzettel, die Zusätze oder mehr als ein Kreuz enthalten, sind ungültig, insbesondere wenn sie noch Zusätze wie Ja oder Nein enthalten. Deswegen noch einmal meine Bitte: Da wir nur eine Kandidatin haben, machen Sie das Kreuz in dem entsprechenden Kästchen.

Gibt es dazu noch Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Es sind drei Wahlkabinen vorbereitet. Ich bitte die von mir zu Beginn benannten Stimmzählerinnen und Stimmzähler, sich zu den Wahlurnen zu begeben und diese zu überprüfen.

Ich bitte nun Frau Kramp, die Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge aufzurufen.

(Namensaufruf durch Schriftführerin Petra Kramp und Wahlgang von 16.04 Uhr bis 16.26 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe Ihnen das Ergebnis der Wahl der Beigeordneten für Wirtschaft und Liegenschaften bekannt. Es wurden 91 Stimmen abgegeben: Jastimmen 79, Neinstimmen 7, Enthaltungen 5. Damit ist Frau Ute Berg gewählt.

(Lebendiger Beifall)

Frau Berg, ich bitte Sie, zu uns in den Ratssaal zu kommen.

(Ute Berg verlässt die Tribüne, um in den Ratssaal zu kommen – Lebendiger Beifall)

Frau Berg, nehmen Sie die Wahl an?

**Ute Berg:** Ich nehme die Wahl natürlich an und freue mich auf eine gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit.

(Lebendiger Beifall – Gratulationen, Blumenübergabe und Pressefotos)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich rufe Tagesordnungspunkt 1.2 auf:

1.2 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend "Kulturregion Rhein" AN/2193/2010

Ich bitte Herrn Granitzka, das Wort zu ergreifen.

Winrich Granitzka (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn meiner Rede die Initiative des Oberbürgermeisters

(Zuruf: Welchen?)

zur Vernetzung der Kulturregion begrüßen. Es handelt sich in diesem Fall allerdings nicht um Ihre Initiative, Herr Roters, sondern um die des Bonner Oberbürgermeisters Jürgen Nimptsch. Wir freuen uns, dass er uns sozusagen die Hand gereicht hat.

Ich möchte hier nicht die Frage erörtern, ob die Art und Weise, wie er das getan hat politisch klug war - er hat es mit den Fraktionen nicht abgestimmt, er hat noch kein belastbares Konzept, wie sich die Zusammenarbeit gestalten soll, und er hat die Initiative in Köln vorgestellt, obwohl sie Bonn betrifft. Eine Bewertung dessen können wir den Bonnern überlassen; das müssen wir hier nicht erörtern. Es ist in Köln noch vorgekommen, dass nie Oberbürgermeister eine Initiative im Alleingang gestartet hat, und das wird auch nicht vorkommen, Herr Oberbürgermeister; da bin ich mir ganz sicher.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Dennoch kommt Jürgen Nimptsch ein großer Verdienst zu, hat er doch mit Blick auf die Qualität unserer kulturellen Einrichtungen einen mutigen Diskurs eröffnet. der Zusammenarbeit unserer Städte in der Region thematisiert. Das haben wir auch schon im Zusammenhang mit der Aufstellung des Kulturentwicklungsplans diskutiert. Unser damaliger kulturpolitischer Sprecher Vorsitzender des Kulturausschusses, Dr. Lothar Theodor Lemper, hat sehr heftig dafür geworben, das zu tun. Wir halten das auch heute noch für



richtig. Selbst wenn man an der Art und Weise herummäkeln kann - auch die Zeitungen kritisieren, dass er sich das alles nicht genug überlegt hat -, sind wir der Ansicht: Wir haben ja Zeit, das nachzuarbeiten. Wir sollten jetzt die uns gereichte Hand nicht einfach ausschlagen, sondern die Gelegenheit nutzen, weiter darüber nachzudenken.

Es gibt genügend gute Beispiele für solche Kooperationen. So gibt es zum Beispiel die Kooperation zwischen Opernhaus dem Düsseldorf und dem Theater Duisburg. Es gibt Ruhrtriennale, bei der sich Ruhrgebietsstädte gut aufgestellt haben und mit großem Erfolg die Ruhrtriennale durchführen. Es gibt das Team Kultur der Region Hannover. Auch in Frankfurt am Main wird eine Kulturregion mit dem Umland Offenbach usw. gepflegt. Warum also soll das nicht auch in Köln, Bonn, Düsseldorf, vielleicht sogar - man darf doch einmal darüber nachdenken - bis in die "verbotene Stadt" gehen? Wir sollten uns der Frage stellen, ob und wie es möglich ist, eine Kulturregion Rhein mit all ihren Potenzialen darzustellen. Dazu müssen wir aber wenigstens darüber diskutieren.

Ich will aber auch sagen: Vielleicht müssen wir in einem ersten Schritt stadtintern überlegen, wie wir einige dieser Potenziale zusammenführen können. Es muss die Frage gestattet sein, inwieweit die freien Theater von den Produktionen der großen Bühnen profitieren können. Vielleicht kann ein Teil der Technik, die nach einer Produktion der großen Theater und der Oper überflüssig geworden ist, an die freien Theater weitergegeben werden.

In einem zweiten Schritt - und dabei erwarte ich die Unterstützung der demokratischen Fraktionen - sollten wir uns zusammensetzen, die Potenziale erörtern und beraten, was wir machen können. Das betrifft in erster Linie die Frage der Programmgestaltung, aber auch, wie wir darauf hinwirken können, dass die unterschiedlichen Orchester - das Sinfonieorchester des WDR, das Gürzenich-Orchester, das Beethoven-Orchester Bonn - miteinander kooperieren.

Meine Damen und Herren, Ziel muss sein, die Kulturregion als eine Einheit mit Vielfalt zu begreifen, nicht jedoch als eine vielfältige Einfältigkeit. Das wäre nicht gut. Wir haben Stärken in der Region, wir haben eine tolle Oper, wir haben ein tolles Schauspiel. Aber genauso gut muss Bonn die Möglichkeit haben, zu sagen: Wir wollen den Tanz optimieren. Als wir Bonn

damals die Hand gereicht und gesagt haben: Lasst uns doch beim Aufbau eines Tanztheaters kooperieren, ist sie ausgeschlagen worden. Heute dagegen wird uns die Hand gereicht. Deshalb plädiere ich dafür, jetzt nicht mehr in einem Kirchturmsdenken zu verharren, sondern die Strahlkraft unserer Kultur zu befeuern. Wichtig ist, dass die Politik, aber auch die Verwaltung übergreifend in Workshops endlich die richtigen Fragen dazu stellt und diese dann auch beantwortet.

Was können wir also in einer Kulturregion Rhein - so haben wir sie in einem Arbeitstitel genannt - langfristig bewirken? Wie können wir die gemeinsame regionale Kultur fördern? Welche Chancen bieten sich den Einrichtungen in unseren Städten, wenn sie gemeinsam die multifunktionalen Spielstätten in Köln, Bonn oder Leverkusen nutzen? Wäre es nicht ein guter Einstieg, wenn wir statt einer Kölntriennale eine Regio- oder Rheintriennale mit Förderung und Unterstützung des Landes organisieren würden? Es gibt, wie Sie hören, viele Vorschläge, die wir aufnehmen könnten. Ich sage noch einmal: Ich bin Herrn Nimptsch außerordentlich dankbar, dass er öffentlich den Anstoß dazu gegeben hat.

Ich denke, wir können nur gemeinsam in die Zukunft gehen. Nur gemeinsam mit den großen Städten werden wir in der Lage sein, unsere Kultureinrichtungen mit ihrer Strahlkraft zu erhalten. Wenn wir - das sage ich natürlich auch mit Blick auf die kommunalen Haushalte - unsere Einrichtungen finanziell nicht so unterstützen können, dass sie ihre Stärken wirklich hervorheben können, werden alle Erfolge, die sie jetzt im Augenblick haben, nicht nachhaltig sein.

Ich komme zum Schluss; ich sehe den mahnenden Blick des Oberbürgermeisters. - Lassen Sie uns die Hand, die uns gereicht worden ist, ergreifen und die Dinge gemeinsam erörtern. Sie sind nicht perfekt dargestellt - das ist richtig -; aber wir können gemeinsam zum Wohle unserer Stadt und unserer Region einiges tun. Ich appelliere an Sie: Stimmen Sie zu, dass wir das gemeinsam angehen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Granitzka. - Als Nächstes hat Frau Dr. Bürgermeister das Wort.

**Dr. Eva Bürgermeister** (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und



Herren! Das Thema Kulturregion Rhein - oder wie immer wir das nennen wollen - ist für die SPD ganz sicher nicht neu, aber es ist aktuell. Sie haben auf die Gründe hingewiesen. Trotzdem die Debatte darüber erst vor fünf Tagen eröffnet worden ist, diskutieren wir heute schon im Rat über dieses Thema. Das finde ich ausgesprochen gut.

(Zuruf: Super)

- Ja, das ist wirklich super.

Wir alle wissen, dass sich die Kommunen mit Haushaltsrahmenbedingungen schwierigen auseinandersetzen müssen. Es ist daher Pflicht aller Verantwortlichen. Debatten selbstverständlich auch kulturpolitische Debatten - zu führen, wie unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen das Beste für Köln und das Beste für die Region, also die Kulturregion Rhein, erreicht werden kann. Dabei ist es unerlässlich - das haben Sie im Prinzip auch schon gesagt-, nicht nur kurzfristig, sondern in längeren Zeitschienen zu denken. So viel ist klar.

Sicherlich müssen wir auch an der einen oder anderen Stelle, zumindest in unseren Köpfen, über unseren Schatten springen und Neues denken, Kooperationen planen. Dann heißt es: Fakten abklopfen, Erfahrungen diskutieren, Wünsche und Perspektiven formulieren, Strategien entwickeln und in die Zukunft denken.

Ich bin am vergangenen Wochenende bei der Veranstaltung des Kulturforums gewesen, auf der es, breit aufgestellt, genau um diese Frage ging, nämlich Kulturfinanzen in schwierigen Haushaltssituationen. Dort ist klar geworden, dass es tatsächlich schon erfolgreiche Kooperationen zwischen kleinen, aber auch zwischen größeren Institutionen gibt. Sie haben eben die Rheinoper erwähnt; es gibt auch noch andere Beispiele. Die Auswertung dieser Kooperationen hat jedoch gezeigt, dass der Teufel wie immer in den vielen Details steckt, die im Rahmen von sorgfältigen Prüfungen und offenen Gesprächen natürlich bedacht und abgewogen werden müssen. Aber es geht, meine Damen und Herren.

Grundsätzlich muss bei Kooperationen zunächst einmal jeder Partner für sich prüfen, was geht und was nicht geht. Bei erkennbar gemeinsamen Absichten müssen die große Linie und dann die von mir schon genannten Details in einem gemeinsamen Diskurs geklärt werden. Damit eine solche Partnerschaft in einer Region

gelingen kann, müssen auf jeden Fall das Publikum, die Mitarbeiter von Kultureinrichtungen und alle relevanten Akteure sowie die interessierte Bürgerschaft frühzeitig miteinbezogen werden.

Wir sollten nicht gleich alles kaputtreden - das haben Sie eben auch schon gesagt -; denn das würde frisches und offenes Nachdenken verhindern und im Übrigen auch, wie am Wochenende aus anderen Kommunen beklagt wurde, Sponsoren und Drittmittelgeber verschrecken, auf die wir ja angewiesen sind. Wir verfolgen daher die Überlegungen aus Bonn mit großem Interesse und werden die Möglichkeiten hieraus für Köln genau prüfen.

Das gilt insbesondere für den Bereich Tanz. Wir als SPD sind schon seit einigen Jahren bemüht, unserer Region Tanz in einen angemessenen Rahmen zu geben. Überlegungen hinsichtlich einer regionalen Kooperation sind nicht neu; auch das haben Sie schon erwähnt. Auf Initiative der SPD-Fraktion sind in der letzten Ratsperiode einige Gespräche und konkrete Überlegungen für den Tanz, im Übrigen aber auch für die Stadtbibliothek geführt worden. Leider ist die Prüfung der Möglichkeit einer Zusammenarbeit der Städte in Sachen Tanz, die wir 2006 in Auftrag gegeben hatten, gescheitert.

Wenn wir unter den schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen eine hohe Qualität des kulturellen Angebots für die Menschen in der Region sichern wollen - Köln leistet ja nicht nur für die Kölnerinnen und Kölner, sondern für die gesamte Region einen wichtigen Beitrag -, dann ist eine Zusammenarbeit und Vernetzung wichtig. Ich will jetzt nicht im Detail darauf eingehen, was es alles schon gibt. In einer Mitteilung haben wir im Kulturausschuss im März erfahren, dass es bereits eine ganze Reihe von Initiativen gibt, die sehr erfolgreich in der Region angenommen werden.

Die SPD-Fraktion begrüßt es daher, dass ein neuer und hoffentlich perspektivisch frischer und in die Zukunft weisender Wind in die öffentliche Debatte eingezogen ist und dass die von uns bereits vor langer Zeit angestoßene Überlegung vor allem hinsichtlich des Tanzes vielleicht doch noch einmal Realität werden kann.

Regionale Lösungen gerade in finanziell schwierigen Zeiten können einen echten Mehrgewinn bedeuten. Dieser Mehrgewinn - das möchte ich deutlich sagen - muss natürlich gegeben sein. Wir wollen uns gerne daran



beteiligen, einen kulturellen Mehrwert für die Region zu schaffen. Wir wollen natürlich die in kultureller Hinsicht beste Lösung für Köln; das heißt im allerbesten Fall sogar: eine Angebotsverbesserung für Köln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Die nächste Rednerin ist Frau von Bülow, bitte.

**Brigitta von Bülow** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einem Zitat von Henry Ford beginnen:

Zusammenkommen ist ein Beginn, zusammenbleiben ist ein Fortschritt, zusammenarbeiten ist ein Erfolg.

Dies hatte vielleicht der Bonner Oberbürgermeister im Sinn, als er am Samstag beim Symposium des Kölner Kulturrates seine Ideen von einer regionalen Zusammenarbeit ausbreitete. Ideen anzustoßen ist Begrüßenswertes. Dennoch hat der Bonner OB seinen Ausführungen viele Schritte übersprungen. Nicht immer sind Siebenmeilenstiefel das einzig Zielführende. So auch hier. Bevor die Zusammenarbeit, auch die zwischen selbstständigen Städten und Betrieben, festgeschrieben wird, ist es doch notwendig - ich zitiere noch einmal Ford: Zusammenkommen ist ein Beginn -, an ebendiesem Beginn anzusetzen.

Die Idee einer stärkeren regionalen Zusammenarbeit ist weder neu noch von der Hand zu weisen. Angesichts der großen Probleme in den kommunalen Haushalten ist diese Diskussion aktueller denn je.

Regionale Zusammenarbeit ist gewollt, sagen viele Akteure. In der sogenannten freien Szene wird sie auch schon erfolgreich praktiziert, wie das neue Theaternetzwerk "west off" zeigt, das zum Herbst 2010 zwischen Düsseldorf, Köln und Bonn eine neue Kooperation geschlossen hat, die sehr erfolgreich gestartet ist. Schwieriger wird es, wenn es sich um große städtische Institutionen und Eigenbetriebe handelt und wenn von drohender Schließung einer Institution die Rede ist; denn die Idee von einer regionalen Zusammenarbeit an dieser Stelle darf keine Maske sein, unter der der eine lächelt und der andere weint. Die Häuser gilt es in ihrer Arbeit wertzuschätzen. Dennoch ist ein Weiterdenken

erlaubt und auch notwendig. Es gilt, am Ziel einer erfolgreichen, sich vielfältig darstellenden Kulturlandschaft in beiden Städten beziehungsweise in der Kulturregion festzuhalten.

Zusammenarbeit zwischen den Städten muss den jeweiligen Anforderungen gerecht werden und sollte zum Ziel haben, eine Win-win-Situation für alle Seiten zu schaffen. Nur wenn alle Beteiligten Vorteile daraus ziehen können, dann ist Synergie sinnvoll, nicht nur in finanzieller, sondern auch in kulturpolitischer und künstlerischer Hinsicht. Wenn es zum Beispiel gelingen kann, im Rahmen der Zusammenarbeit die Sparte des institutionalisierten Tanzes - das ist schon angesprochen worden - wieder in der Region zu etablieren, dann wäre das eine große Chance und ein großer Gewinn für Bonn und für Köln. 2008 - wir erinnern uns - waren die Anregungen in diesem Bereich gescheitert.

Wichtig ist jedoch, dass alle Akteure an der Entwicklung von Ideen zur Umgestaltung beteiligt werden; denn wenn wir eine regionale organisieren, Zusammenarbeit weitreichende Konsequenzen haben - einige wurden schon von meinen Vorrednerinnen genannt. Um diese ausreichend zu reflektieren und auch seriös zu überlegen, welche Zielrichtung angestrebt werden soll, ist es notwendig, neben den Bühnen auch die Räte und die Fachausschüsse der beteiligten Städte maßgeblich einzubeziehen und dann auch auf Augenhöhe zu verhandeln. Nur wenn der angedachte Paradigmenwechsel auf eine breite gestellt wird, wird dieser funktionieren können.

Kulturelle regionale Zusammenarbeit ist, wie Beispiele anderer Städte zeigen, Allheilmittel. Es ist daher wichtig, bereits im Vorfeld genau und sorgfältig alle nötigen Schritte abzuwägen und sich auch Zeit für die Entscheidungsfindung zu lassen. Somit möchten wir vorschlagen - das sollte das Ergebnis der Aktuellen Stunde sein -, uns darauf zu einigen, mit gemeinsamen Gesprächen zu beginnen und die entsprechenden Gremien auf jeden Fall einzubeziehen. Wir werden sehen, ob wir so im Sinne Henry Fords zum Erfolg kommen werden. Bonn und Köln sitzen am Rhein finanziell im selben Boot. Antoine de Saint-Exupéry sagte einst:

Wenn Du ein Schiff bauen willst, dann trommle nicht Männer zusammen, um Holz zu beschaffen, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen,



sondern lehre die Männer die Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer.

Wir brauchen beides: Visionen und Pragmatismus. In diesem Sinne: Lassen Sie uns gemeinsam an der Gestaltung der kulturellen Landschaft arbeiten. Lassen Sie uns die Mühen der Ebenen bewältigen und Zukunftsvisionen entwickeln. - Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herzlichen Dank, Frau von Bülow. - Herr Görzel, bitte.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ein persönliches Wort: Für mich hat die Oper in Bonn immer eine ganz besondere Bedeutung gehabt; denn ich habe ihr viel zu verdanken. Aufgrund der Bonner Oper habe ich den ersten Kuss von einer Frau bekommen

(Heiterkeit und Zurufe: Oh! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Darauf können wir jetzt keine Rücksicht nehmen!)

und konnte auf die ersten Partys gehen; ich sage jetzt nicht, in welchem Alter. Meine Eltern hatten nämlich ein Abo bei der Bonner Oper, und ich hatte deswegen zu Hause sturmfreie Bude. Von daher finde ich die Nachricht sehr traurig, dass hier in Köln über eine bestehende, funktionierende und traditionsreiche Einrichtung wie die Bonner Oper per Paukenschlag einfach die virtuelle Abrissbirne geschwungen wird.

Wir hatten uns im vergangenen Jahr darauf verständigt, bestehende Strukturen hier in Köln nicht anzutasten. Die Bonner Öffentlichkeit muss nun wahrnehmen, dass genau dies geschieht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde, das ist weder der richtige Ort noch die richtige Zeit, eine möglicherweise richtige Diskussion zu führen.

Wie bereits erwähnt, ich bin mir nicht sicher, ob der Kölner Stadtrat, trotz aller Betroffenheit auch von Kölner Institutionen, klug beraten war, diese Aktuelle Stunde heute hier durchzuführen. Es ist ein *Bonner* Thema.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das ist ein Regionalthema! - Jörg Frank [Bündnis

90/Die Grünen: Das ist jetzt aber echt kleingeistig!]

Man stelle sich einmal vor, im vergangenen Jahr hätte zum Thema Sanierung des Kölner Opernhauses - das wäre ja dann nach Ihrer Darstellung, Herr Granitzka, auch ein regionales Thema - eine Aktuelle Stunde im Bonner Rat stattgefunden.

## (Beifall bei der FDP)

In Bonn finden gerade Vorbereitungen für eine Bürgerbefragung zum Thema Theater statt. Die Gremien dort sind nicht involviert gewesen. Man stelle sich vor, der Bonner Stadtrat hätte zum Thema Sanierung des Kölner Opernhauses, ein Thema, das uns ja noch weiter beschäftigen wird, eine Aktuelle Stunde durchgeführt. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, das wäre das falsche Signal gewesen. Ich glaube auch, dass wir, wenn wir heute einen entsprechenden Beschluss fassen, das falsche Signal aussenden. Von daher ist die heutige Aktuelle Stunde bestenfalls als nicht hilfreich zu bezeichnen.

### (Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Granitzka, diese Diskussion wird zur falschen Zeit geführt. Wir alle wissen doch: Wenn man etwas verhindern möchte, dann schreit man am lautesten. Wenn man jedoch etwas erreichen will, muss man das richtige Instrument wählen. Um bei dem von Frau von Bülow gewählten Bild zu Möglicherweise muss man darüber nachdenken, ob man ein kleines Schiff, ein schmales Schiff oder ein großes Schiff einsetzt, je nachdem, welchen Zweck und welches Ziel man verfolgt. Ich glaube, wir wären klüger beraten, die kleinen Schiffe einzusetzen, die diplomatischen Schiffe, die Signale aussenden, die vernünftig morsen, die die richtigen Kanäle anzapfen und nutzen, um das Ziel der Herstellung einer regionalen Verknüpfung zu erreichen.

Stattdessen erfolgt das Gegenteil. Dadurch werden Abwehrreflexe bei den entsprechenden Institutionen in Bonn und auch in *Köln* aktiviert,

(Winrich Granitzka [CDU]: Nur bei euch!)

nämlich Abwehrreflexe bei dem Orchester hier und bei dem Orchester dort, aber auch Abwehrreflexe bei den entsprechenden Betriebsräten. Die ersten Standortsicherungsvereinbarungen wurden vom



Betriebsrat der Oper in Bonn bereits ins Spiel gebracht.

(Martin Börschel: Was wollen Sie denn? Sagen Sie doch mal, was Sie wollen!)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Ziel muss doch sein, klug und rechtzeitig mit den richtigen Instrumenten oder mit den richtigen Booten, um noch einmal das Bild von Frau von Bülow aufzugreifen, dem Ziel näher zu kommen.

(Zuruf von Winrich Granitzka [CDU])

Und was machen wir? Wir stiften Unruhe und aktivieren und verstärken heute die Abwehrreflexe bei den entsprechenden Institutionen.

Gleichwohl, die Diskussion ist nicht falsch. Gleichwohl. der Grund. den Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Granitzka, genannt hat, ist richtig. Es muss geprüft werden, ob es Synergien gibt und ob Verbesserungen möglich sind - aber nicht um jeden Preis. Es muss der Beweis erbracht werden, dass eine solche Vernetzung wirklich klug ist. Wenn ich Herrn Granitzka richtig verstanden habe, geht es ihm allein darum, etwas zusammenzuführen. Aber wir müssen uns doch auch die Frage stellen: Ist das klug? Derjenige, der so etwas fordert, ist in der Beweis- und Darlegungslast. Sie haben keinen belastbaren Grund genannt. Vielmehr haben Sie hier lediglich ein Wunschdenken geäußert, dass es zu einer entsprechenden Verknüpfung kommen soll.

(Winrich Granitzka [CDU]: Ich habe nur gesagt: Wir sprechen miteinander!)

Herr Granitzka, es muss geprüft werden, und zwar sowohl unter finanziellen als auch unter kulturellen Gesichtspunkten. Bis auf Frau Bürgermeister

(Britgitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich gesagt! Zuhören!)

hat keiner meiner Vorredner erwähnt, dass sich auch für die kulturelle Seite ein Benefit ergeben muss.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Volker Görzel (FDP): Ich habe die Zeit im Blick, Herr Oberbürgermeister. Danke für den Hinweis. - Von daher meine ich, wir sollten die stillen Kanäle der Diplomatie benutzen. Wir sollten die kleinen, schmalen Boote einsetzen und auf den richtigen Kanälen Signale nach Bonn senden. Wir sollten vermeiden, das Dickschiff Oper Bonn im Rhein zu versenken. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kölner Bürgerinnen und Bürger auf der Tribüne! Als ich vorhin sah, dass die Tribüne heute so gut gefüllt ist, habe ich mich gefreut. Allerdings hätte ich nicht erwartet, dass sich die Tribüne schon nach dem ersten Tagesordnungspunkt zur Hälfte leeren würde. Ich nehme an, das liegt an der langweiligen Debatte hier.

(Beifall bei pro Köln – Henk van Benthem: Das waren die Schüler, die nach Hause mussten!)

Meine Damen und Herren, wir von der Bürgerbewegung pro Köln versuchen ja immer, Kommunalpolitik transparent zu machen. Worum geht es hier? Es geht um eine Aktuelle Stunde. Diese kann man beantragen, wenn keine Zeit bleibt, einen regulären Antrag fristgerecht einzureichen. Das heißt: Das Thema ist so aktuell und so brennend, das es jetzt in den Rat eingebracht werden muss.

Ich frage mich ganz ehrlich: Ist das jetzt erörterte Thema wirklich so dringend? Heute stehen noch etliche Beschlüsse auf der Tagesordnung, von denen man schon jetzt sagen kann: Wenn sie heute so beschlossen werden, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, dann wird jeder Kölner Haushalt um eine Woche Urlaub gebracht; denn so tief wird man den Bürgern in die Tasche greifen. Statt das zu diskutieren, reden wir jetzt eine Stunde lang über das Thema - ich zitiere -"Kulturregion Rhein -Perspektiven Chancen und regionaler Zusammenarbeit in der Kulturpolitik". Das wäre zwar ein schönes Thema für eine Rede anlässlich eines Mittagessens mit Honoratioren, aber das ist kein Thema für eine Ratsdebatte, in der wichtige Beschlüsse zu treffen sind.



Gleichwohl bin auch ich der Meinung, dass man in einem ständigen Diskussionsprozess bleiben sollte. Was war denn der konkrete Anlass? Der Oberbürgermeister einer Stadt - auch das ein kleiner Hinweis für die Kommunalpolitik - wird direkt vom Volk gewählt. Er ist eine Institution. Er wirkt an der politischen Willensbildung mit. hat Herr Nimptsch das Oberbürgermeister von Bonn gemacht. Aber dann hat es "Onkel Alfred" von der Amsterdamer Straße in seinen Blättern publiziert, und schon meinen alle Kölner Kommunalpolitiker, das sei eine große Chance, in die Zeitung zu kommen. Dafür bietet sich eine solche Ratssitzung an, es wird hier nur Substanzloses vorgetragen. - Ich habe dazu keine Rede vorbereitet, die ich hier lediglich ablese, sondern mir nur einige Notizen zu dem gemacht, was meine Kolleginnen und Kollegen Vorredner gesagt haben.

Die Zusammenarbeit sei wichtig, wurde von allen betont. Aber wie diese Zusammenarbeit aussehen soll, dazu habe ich von den Vorrednern der Altparteien keinen einzigen konkreten Vorschlag gehört. Herr Nimptsch hat einen Vorschlag gemacht. Er hat - jedenfalls stand es so in den Blättern - vorgeschlagen, das Opernhaus in Bonn zu schließen und stattdessen die Sparte Tanz von Köln nach Bonn zu verlagern, was einem Tauschgeschäft gleichkommen würde.

Ich darf Sie an die Debatte erinnern, die wir hier über einen Neubau des Schauspielhauses geführt haben, der mit Kosten von über 450 Millionen Euro verbunden gewesen wäre. Damals wäre der Zeitpunkt gewesen, über eine Zusammenarbeit mit den Nachbarn diskutieren und darüber, welche Einrichtung wo den höchsten Nutzen für alle erbringen könnte. Das hätte man damals machen können. Aber das hat man nicht gemacht, sondern gesagt: Wir wollen die Sparte Tanz hier in Köln ausbauen, und zwar am Standort Offenbachplatz. Das ist ietzt ein Jahr her. In den Gremien hat man seitdem darüber diskutiert, geplant und die Kosten abgewogen. Die ganze Debatte hätte man sich schenken können. Wenn man im Bett geblieben und erst heute in der November-Sitzung hier wieder aufgetaucht wäre, hätte man als Ratsmitglied nichts verpasst. Ich finde es einfach traurig, dass die Politik hier so niveaulos vorgetragen wird.

(Beifall bei pro Köln)

Jetzt noch zu einer Äußerung der Rednerin von den Grünen. Sie sagte wörtlich: Die freie Szene

kann zusammenarbeiten, die kommunalen Häuser können das nicht. Ich frage mich: Liegt das vielleicht daran, dass wir zu viele kommunale Häuser haben? Die Kultur soll für die Menschen da sein und nicht umgekehrt. Wenn dem nämlich so ist, wäre das die Frage, die wir hier wirklich stellen müssten.

Selbstverständlich würde ich mir auch für Köln einen Oberbürgermeister wünschen, der ein bisschen mehr Profil zeigt und nicht von einer politischen Richtung in die andere hin und her schwankt wie eine Nussschale, je nachdem, wie es der große Onkel mit der Druckerpresse den Leuten vorgibt.

(Zuruf: Abwarten!)

Ich finde die von Herrn Nimptsch angestoßene Debatte vollkommen richtig. Aber das, was in der Debatte hier daraus gemacht wird, ist im Ergebnis armselig. Ich hoffe, es wird gleich besser. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Nächster Redner ist Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Programmchef des Kölner Stadtgarten und Künstlerische Leiter des Moers Festival, Reiner Michalke, hat in einem Interview mit der Internetplattform comcologne im September Folgendes gesagt - das passt eigentlich ganz gut zu dieser Diskussion -:

Oper ist das zweitteuerste nach Krieg. Solange man sich Oper leisten kann: wunderbar! Doch wenn es finanziell eng wird und sich die Sinnfrage stellt, wird es ganz ruhig im Raum - nicht nur in Köln. Deshalb ist dieses Thema auch überall tabu.

In dem Interview ging es um die anstehende Entscheidung über die Sanierungsvarianten für das Schauspielhaus und die Kulturpolitik in Köln, ein nach wie vor aktuelles Thema.

Der Oberbürgermeister von Bonn hat dieses Tabu nun ein wenig gebrochen, was ich gut finde. Herr Granitzka, die von Ihnen vertretenen Positionen fand ich sehr interessant. Daran will ich in gewisser Weise anknüpfen. Ich sehe das ein wenig anders als der Kollege von der FDP.



Es ist doch mutig, ein Tabu zu brechen und ein bestimmtes Thema in die Öffentlichkeit zu bringen.

Zu der Kritik an der Art und Weise, wie er das getan hat, meine ich: Geschichte ist immer anders verlaufen, als man sich das vorgestellt und geplant hat.

(Lachen bei der FDP)

Jetzt festzustellen: Wenn das nicht so, sondern so gelaufen wäre, dann wäre das richtig gewesen, das ist doch einfach langweilig. Man muss sich doch mit dem auseinandersetzen, was real stattgefunden hat.

Köln und Bonn arbeiten bereits jetzt in gewisser Weise in Sachen Kulturpolitik zusammen. Herr Granitzka hat auf den Kulturentwicklungsplan hingewiesen. Dort ist zu lesen - ich zitiere -:

In den siebziger und achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts war Köln das kulturelle Zentrum im Westen der Bundesrepublik. Die Stadt war, wenn man so will, die kulturelle Kapitale der Hauptstadt Bonn.

Dass das inzwischen Geschichte ist, das wissen wir. Aber aus dieser Zeit rühren natürlich auch Formen der Zusammenarbeit und ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl der Kulturinstitutionen dieser beiden Städte. Daran sollten wir anknüpfen.

Meine Damen und Herren, es gibt noch eine weitere Gemeinsamkeit, nämlich zwischen dem Betriebskostenzuschuss pro Besucher beim Opernbetrieb Bonn und beim Opernbetrieb Köln. In Bonn soll er ungefähr bei 150 Euro liegen. Bei unserer Oper liegt er bei 167,16 Euro pro Besucher. Wir alle wissen, dass das sehr viel Geld ist und dass das in keiner Relation steht zu anderen kulturellen und sozialen Projekten, die wir in irgendeiner Form bezuschussen. Deswegen müssen wir auch über diese Frage nachdenken.

In den letzten Jahren hat sich viel verändert. Ich glaube zum Beispiel nicht, dass die Kölner Oper eine standortentscheidende Rolle für die Wirtschaft spielt. Das war früher ganz anders. Auch die Rolle des Bürgertums in den Stadtgesellschaften hat sich geändert. Wir haben heute eine Stadtgesellschaft, die vielfältiger, vielschichtiger und bunter ist. Auch das ist ein Aspekt, den man berücksichtigen muss. Aber auch die Kulturpolitik selbst hat sich verändert.

Darüber sollten wir meines Erachtens in der Stadtgesellschaft eine Diskussion führen.

Deswegen begrüßen wir diesen Tabubruch. Wir glauben, wir müssen jetzt in positiver Weise in diese Diskussion einsteigen; das sehe ich genauso. Ich halte es aber auch für notwendig, mit allen Beteiligten zu reden; das ist völlig klar. Man muss sowohl mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als auch mit den Bürgerinnen und Bürgern sprechen. Natürlich müssen wir auch über Betriebsformen nachdenken, die sinnvoll und zweckmäßig sind, damit wir keine Unruhe erzeugen. Ein Beispiel wären die Anstalten des öffentlichen Rechts, die wir in letzter Zeit in Zusammenhang mit regionalen Projekten gegründet haben. Mit dieser Form ließe sich zum einen Lohndumping verhindern und zum anderen erreichen, dass sich die jeweiligen zweckgebunden Kommunen an solchen Betrieben beteiligen können.

Meine Damen und Herren, die Debatte ist eröffnet. Man muss mit Tabubrechern diskutieren, mit ihnen freundlich verhandeln, sie unterstützen und gemeinsam mit ihnen Positionen entwickeln. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Detjen. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Vor dem Hintergrund, dass zunächst auf Bonner Seite noch weitere Überlegungen und Entscheidungsvoraussetzungen zu treffen sind, schlage ich vor, die Ergebnisse der Aktuellen Stunde in den Kulturausschuss zu verweisen.

(Zurufe von pro Köln: Ergebnisse!)

Wer damit einverstanden ist, dass wir eine Überweisung an den Kulturausschuss vornehmen, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linken, Herr Hoffmann, Herr Zimmermann, die CDU und die FDP. Wer enthält sich? - Wer stimmt dagegen? - Pro Köln. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

- 2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften
- 2.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig hier: Schenkung des Werkes "Moluccan Cockatoo Molly" von Diana Thater



### 4356/2010

Wer das nicht kennen sollte, dem sei gesagt: Bei dem Werk handelt es sich um einen sprechenden weißen Papagei vor schwarzem Hintergrund.

(Heiterkeit)

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Ebenfalls nicht. Dann bedanke ich mich im Namen des Rates ganz herzlich bei Herrn Professor Wilhelm Schürmann für diese Schenkung.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

- 3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen
- 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- Zu Tagesordnungspunkt 3.1.1:
- 3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Regionale Wirtschaft in der kommunalen Vergabepraxis" AN/2089/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Schultz, bitte.

Alfred Schultz (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vergabepraxis inklusive der Bedarfsprüfungsverfahren ist dringend optimierungsbedürftig, nicht nur im Interesse der Unternehmen, sondern auch der Fachämter, also verwaltungsintern. Unser Antrag stellt dabei einen Aspekt besonders heraus, der sicherlich von zentraler Bedeutung ist, nämlich: Wie ist eine bessere Berücksichtigung der regionalen Wirtschaft sicherzustellen, insbesondere im Hinblick auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie das Handwerk, die beide hohe Standortbindung aufweisen und einen erheblichen Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen leisten?

Dies wurde auch in einem persönlichen Gespräch deutlich, das die SPD-Fraktion kürzlich mit Präsidium und Geschäftsführung der Handwerkskammer zu Köln geführt hat. Es ergibt sich auch aus dem 10-Punkte-Forderungspapier

der Handwerkskammer zu einer mittelstandsorientierten Kommunalpolitik in Köln.

Gute Ansätze wie zum Beispiel das "Sonderstandortprogramm Handwerk, kleine und mittlere Unternehmen (KMU)" sind löblich. Dennoch bleibt die Frage, wie die regionale Wirtschaft weiter gestärkt werden kann. Das ist angesichts komplexer Vorgaben durch das EU-Recht sicherlich nicht aus dem Stegreif zu beantworten. Dies genau zu erörtern, dazu soll die von uns beantragte Fachtagung dienen.

Dabei muss zweifellos auch die Kostenfrage erörtert werden. Unsere Erfahrungen bei der Umsetzung des Konjunkturpaketes II - eine Anfrage entsprechende läuft derzeit Wirtschaftsausschuss - werden dabei sicherlich hilfreich sein. Anfang 2009 hatten wir nach einem Gedankenaustausch mit Vertretern der IHK Köln, Agentur Arbeit. der für der Kreishandwerkerschaft Köln, der Handwerkskammer Köln sowie der Straßen- und Tiefbau-Innung Köln mit einem Ratsantrag darauf hingewirkt, dass mittelstandsgeeignete Maßnahmen und keine Großprojekte auf den Weg gegeben wurden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters hat damals schon gesagt:

Es muss ein neuer Geist in die Verwaltung einziehen, eine neue Kultur der Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsbetrieben in Köln und der Region. Die Vergaberichtlinien sind zu entschlacken. Aus der Übervorsicht der letzten Jahre ist Ineffizienz entstanden. [# Zitat nicht verifiziert]

Das gilt nach wie vor und sollte eine Leitlinie für die Fachtagung darstellen, wobei notwendige Antikorruptionsverfahren natürlich davon unberührt bleiben.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, letztlich spricht vieles dafür, dass wir konsequentes, von Anfang an begleitendes, verbindliches Kostencontrolling installieren müssen. Die Verknüpfung mit unserem Dringlichkeitsantrag zur Ratssitzung am 6. September 2010 hinsichtlich baulicher Großprojekte ist hiermit ausdrücklich erwünscht. Ich bitte um Zustimmung zum gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)



**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Nächster Redner ist Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! "Regionale Wirtschaft in der kommunalen Vergabepraxis" - so lautet der Titel unseres Antrags. Die Stadt Köln ist ja nicht nur ein großer Arbeitgeber, sie ist auch ein großer Auftraggeber für viele Bereiche der Wirtschaft. Laut Rechnungsprüfungsamt erfolgen im Jahr durchschnittlich 1 250 öffentliche Vergaben der größeren Kategorie. Über 1 100 Firmen nehmen im Zuge des Vergabeverfahrens Aufträge entgegen. Auf den Bereich der VOB entfallen 70 Prozent, auf den Bereich der Vergabe von Dienstleistungen 30 Prozent. Das Volumen aller Vergaben liegt bei circa 200 Millionen Euro; 2009 waren es 207 Millionen Euro. Das zeigt: Es geht um sehr viel. Die Stadt Köln ist ein erheblicher Wirtschaftsfaktor. Daher ist es nicht verwunderlich, dass es bei der Vergabe dieses großen Auftragsvolumens zu Konflikten kommt.

Wir haben in unserem Antrag vorweggestellt - ich zitiere -:

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch die Stadt Köln soll das wirtschaftlichste Angebot berücksichtigt werden, das zugleich auch die festgelegten Qualitätsvorgaben erfüllt. Andererseits ist es im städtischen Interesse, die regionale Wirtschaft, Handwerk und Mittelstand zu fördern.

Das ist ein Zielkonflikt. Wir sind jedoch der Meinung, dass dieser Zielkonflikt lösbar ist, wenn man sich zum Beispiel die einzelnen Bedingungen und Qualitätsvorgaben genauer anschaut.

Natürlich beschäftigen sich auch das Handwerk, die kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie die Innungen mit diesem Konflikt. Ich zitiere aus einem Schreiben der Straßen- und Tiefbau-Innung vom November dieses Jahres, dem eine Statistik beilag, aus der hervorgeht, dass die regionale Wirtschaft bei den beschränkten Ausschreibungen eher im Nachteil ist. In dem Schreiben heißt es - Zitat -:

Aus dieser Statistik lässt sich entnehmen, dass von den beschränkten Ausschreibungen von der Anzahl her weniger als 50 Prozent in Köln und zwischen 57,7 und 67,7 Prozent im Bereich der IHK Köln geblieben sind. In

den Rest des Landes Nordrhein-Westfalen sind noch zwischen 21,5 und 27,6 Prozent der beschränkten Ausschreibungen gegangen. Über beschränkte Ausschreibungen sind in der Stadt Köln im genannten Zeitraum ein Auftragsvolumen von 42,5 bzw. 48,4 Prozent verblieben. [Schreiben der Straßen- und Tiefbauinnung Köln-Bonn vom 23.11.2010 an den Redner]

Das ist weniger als die Hälfte.

Es folgen weitere Ausführungen dazu, aber die Kernaussage ist verständlich: Sowohl der Bereich des Handwerks als auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen haben eine höhere Erwartungshaltung.

Natürlich äußern sich auch große Firmen. So wird in einem Schreiben des Bauindustrieverbands NRW auf ein Rechtsgutachten verwiesen, in dem deutlich gemacht wird, dass - Zitat -:

in einer Studie der Nachweis geführt wird, dass im Hinblick auf Kosten und Terminsicherheit die **GU-Vergabe** wirtschaftlicher ist als die Einzelvergabe. Es hat sich hierbei nachweislich gezeigt, dass schon bei der Betrachtung bis zum Bauende die **GU-Vergabe** die deutlich wirtschaftlichere Lösung sein kann. [Schreiben des Bauindustrieverbandes NRW e.V. vom 04.02.2010 an den Redner]]

Daran lässt sich die Konfliktlage ablesen. Genau mit dieser Konfliktlage müssen wir uns in einer Fachtagung beschäftigen. Wir sind der Meinung, dass wir alles dafür tun sollten, dass die regionale Wirtschaft an diesem doch sehr großen Vergabevolumen partizipiert, natürlich immer unter strikter Beachtung des Vergaberechts.

Wir wissen, dass sich das Vergaberecht geändert hat. 2006 ist eine EU-Richtlinie in Kraft getreten, die am 23. April 2010 endlich in nationales Recht umgemünzt worden ist; es ist das Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts. Und wie heißt es so schön zu dem Gesetz?

Es ermöglicht (wie die europäischen Rahmenrichtlinien) erstmals ausdrücklich die Berücksichtigung "sozialer, umweltbezogener oder innovativer Aspekte, wenn sie im



sachlichen Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand stehen und sich aus der Leistungsbeschreibung ergeben".

mindestens Das ist ein so wichtiger Gesichtspunkt wie die Klärung einzelner Vergaberahmenbedingungen und Ermessensspielraums, der sich daraus ergibt. So lässt sich feststellen, ob wir mit dem von uns angewendeten Vergabeverfahren auf richtigen Weg sind, nämlich unter den gegebenen Rahmenbedingungen auch die regionale Wirtschaft stärker zu berücksichtigen.

Da wir derzeit keine Antwort darauf geben können - das kann, glaube ich, niemand hier im Saal -, ist die Durchführung einer Fachtagung unbedingt erforderlich. Die Details sind im Antrag genau beschrieben. Deshalb verzichte ich, jetzt näher darauf einzugehen. Ich hoffe, dass wir hier zu einer breiten Übereinkunft kommen, damit wir diese Fachtagung 2011 dann auch mit der notwendigen Sorgfalt durchführen können. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Frank. - Nächste Rednerin ist Frau Gordes.

Birgit Gordes (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Schultz, Herr Frank, Sie sehen mich heute wirklich baff erstaunt. Nachdem Sie, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, die Interessen der Kölner Wirtschaft, insbesondere die des Kölner Handwerks, am 7. Oktober dieses Jahres so gründlich ignoriert haben, kann ich mich über diesen Antrag wirklich nur wundern. Es ist schon überraschend, dass ausgerechnet diese Koalition diesen Antrag einbringt, nachdem sie zunächst die Gewerbesteuer kräftig erhöht hat, zusätzlich Gebühren aller Art anhebt und Moritz die Kölner Wirtschaft Frau Rettungsschirm ansieht. Plagte Sie, Börschel. lhr wirtschaftspolitisches etwa Gewissen, falls vorhanden, nach Ihrer letzten Ratsrede zum Kölner Haushalt, oder wollen Sie etwa der Kölner Wirtschaft zum Jahresende noch ein kleines Zückerchen hinwerfen?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das ist ein altes Versprechen!)

Da Herr Frank die Zahlen eben korrekt genannt hat, will ich sie an dieser Stelle nicht wiederholen. Wir sind jedoch der Ansicht: Auch vergaberechtliche Vorschriften könnte mittels Vergabe über beschränkte Ausschreibungen weit mehr als bisher für die Förderung der regionalen Wirtschaft getan werden. Jeder Euro, der im Raum Köln verbleibt, stärkt die Kaufkraft, sichert Arbeitsplätze, stabilisiert die Kölner Wirtschaft, wie Sie selbst formulieren. Demzufolge müssten die Vereinfachungen des Vergaberechts, die im Konjunkturpakets II Rahmen des 2009 beschlossen wurden und am Ende dieses Jahres auslaufen, verlängert werden.

Die Anhebung der Schwellenwerte, bis zu denen ein Auftrag über eine beschränkte Ausschreibung vergeben werden darf, erhöhen nach unserer Auffassung die Chancen, dass in der Region ansässige Unternehmen angemessen bei der Vergabe berücksichtigt werden. Aber, wie das in Düsseldorf so momentan ist. Ministerpräsidentin äußert sich vage und hält sich sehr bedeckt. Dem Westdeutschen Handwerkskammertag erklärte sie kürzlich schriftlich, dass sie erst einmal gründlich und intensiv diskutieren möchte - mit wem auch immer -, die Rahmen ob im des Konjunkturpakets II zeitlich befristeten Erleichterungen zum Jahresende auslaufen oder verlängert werden. Na dann, viel Freude beim Diskutieren!

Meine Damen und Herren, wir werden diesem Antrag zustimmen, wenn auch mit dem unguten Gefühl, dass hier einmal wieder eine Nebelkerze gezündet werden soll. Ich für meinen Teil befürchte, dass hier wieder einmal in Landesmanier diskutiert werden soll: Alle sitzen nett am Runden Tisch, und am Ende heißt es: Außer Spesen nichts gewesen. - Mit dem Antrag wird zwar unser Thema aufgegriffen, aber nicht automatisch einer Lösung zugeführt.

Im Übrigen - darauf möchte ich an dieser Stelle auch hinweisen - ist die regionale Wirtschaft nicht nur von der Vergabepraxis abhängig, sondern in besonderer Weise auch von funktionsfähiger Infrastruktur, die Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, im Moment auf wirklich beachtenswerte Weise hier in Köln missachten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir sollten diese Fachtagung mit dem festen Vorsatz durchführen, die regionale Wirtschaft nachhaltig im Rahmen der Gesetzgebung zu



stärken. Alles andere wäre Vergeudung von Kraft, und daran ist uns allen hoffentlich nicht gelegen. - Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Görzel, bitte.

**Volker Görzel** (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute habe ich es irgendwie mit Bonn.

(Zuruf: Jetzt kommt der zweite Kuss, Herr Görzel!)

Bonn ist nämlich nicht nur eine schöne Kulturstadt,

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Es gehen jede halbe Stunde Züge!)

sondern auch eine Stadt, in der über das Vergaberecht diskutiert wird. Ich möchte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, einladen, nach Bonn zu fahren. Am 9. und am 10. Dezember findet dort ein Seminar des Vergaberechtsforums West des vhw statt. Man kann an dieser zweitägigen Veranstaltung für einen Tagungsbeitrag von 550 Euro teilnehmen.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist ja Wucher! Das ist bei uns kostenlos!)

- Das ist möglicherweise von der Steuer absetzbar, Herr Kollege Börschel.

Was soll auf dem Vergaberechtsforum West diskutiert werden? Auf der Tagesordnung stehen folgende Themen:

- Rechtsschutz unterhalb der Schwellenwerte. -Das kommt auch in dem Antrag vor.
- Korruptionsvorbeugung. Wir erinnern uns: Das ist der Antrag, über den wir hier sprechen.
- Organisation in Kommunen. Auch das ist Gegenstand des heute zu diskutierenden Antrags.

(Ralph Sterck [FDP]: Ist der Antrag vom Programm abgeschrieben?)

 Regelungsbeispiel Bonn: ein Werkstattbericht aus der Bundesstadt. - Das heißt, hier können wir von Bonn lernen. Wir haben ja schon beim ersten Tagesordnungspunkt der heutigen Ratssitzung gelernt: Von Bonn lernen heißt: am Ende an Kultur gewinnen.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

 Exkurs: - Herr Börschel, hören Sie genau zu -Konjunkturpaket II.

Last but not least, Highlight dieser Veranstaltung am 9. und 10. Dezember wird folgender Tagesordnungspunkt sein:

 Bericht aus Bonn: vom Meinungsaustausch der Vergabekammern des Bundes und der Länder am 7. und 8. Dezember in Bonn.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Veranstaltung, zu der jeder von uns fahren kann. Kostenpunkt: 550 Euro! Die Veranstaltung, die wir hier diskutieren, ist aus diesem Grunde, wie ich finde, nicht erforderlich. Sie verursacht Kosten. Möglicherweise hat sie den richtigen Kern, aber ich meine: Sie ist nichts anderes als eine Nebelkerze und Täuschungsmanöver, um der Kölner Bürgerschaft und der Kölner Wirtschaft Sand in die Augen zu streuen.

Es ist nicht die Aufgabe des Kölner Stadtrats, Bundespolitik oder Europapolitik zu machen.

(Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.Köln])

99,99 Prozent aller Vorschriften im Vergaberecht sind Bundes- oder europarechtliche Vorgaben beziehungsweise deren Umsetzungen, die von der Landesregierung in Düsseldorf beschlossen werden. Meine Vorrednerin hat das angeführt. Klingeln Sie doch bei Ihren Kollegen in Düsseldorf an, um Ihrem Ziel näher zu kommen.

Es stellt sich auch die Frage, ob ein Symposium mit den Zielen, die Sie in dem von Ihnen beabsichtigten Beschluss skizzieren, zu dem Ergebnis führt, das Sie erreichen wollen. Kollege Frank hat zu Recht ausgeführt, dass der Konflikt darin besteht, dass wir auf der einen Seite offene, transparente und durchschaubare Märkte haben wollen, auf der anderen Seite aber nur begrenzte Spielräume haben. Das ist das Gegenteil von Offenheit. Im Volksmund wird das "Kirchturmpolitik" genannt. Aber darauf möchte ich jetzt nicht näher eingehen.

Inhalt des Beschlusses soll sein, auf dem Symposium die Mittelstandsklausel gemäß § 97 Satz 3 GWB zu diskutieren. Das ist alles andere als tauglich, um der lokalen Wirtschaft zu helfen. Die Unterschwelligkeit, die Kollegin Gordes angesprochen hat, wäre dagegen ein taugliches



Instrument. Das sollte vertieft werden, statt über die Mittelstandsklausel zu reden.

Ebenso verhält es sich bei der von Ihnen "größere vorgesehenen Fragestellung Kostenwahrheit". Natürlich brauchen Kostenwahrheit. In Zeiten der Opernsanierung, in Zeiten von Stuttgart 21 wollen wir ja nicht schlecht dastehen und sagen müssen: Uns explodieren die Kosten. Aber was Kostenwahrheit mit einer entsprechenden Unterstützung der kommunalen Wirtschaft zu tun, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen? Nichts, aber auch gar nichts.

Außerdem soll das "Vertrags- und Nachtragsmanagement" diskutiert werden. - Ich vergaß, vorhin zu erwähnen, dass es in der Einladung zu dem Seminar Bonn auch dazu einen Tagesordnungspunkt gibt. - Absolut richtig. Keiner hier würde sagen: Wir brauchen kein Vertragsmanagement. Ich habe dazu bereits vorgetragen, als wir Ihren Antrag zum Thema Großprojekte hier diskutierten. Diesen Antrag zitieren Sie auch in dem jetzt vorliegenden Antrag. Aber was hat das mit kommunaler Wirtschaft zu tun?

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die Begründung ist 1A, sie ist klasse. Jeder würde sie unterschreiben. Das Ergebnis jedoch, nämlich ein solches Symposium durchzuführen, ist alles andere als ein taugliches Mittel, um das Ziel zu erreichen. Gleichwohl müssen wir die lokale Wirtschaft mit den uns zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten unterstützen. Deswegen sind wir zu einem Meinungsaustausch über dieses Thema bereit, allerdings nicht mit einem solchen Syposium. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Görzel. - Eine weitere Wortmeldung kommt von Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nun, nach circa zwei Stunden, sind wir bei dem ersten tatsächlichen Antragspunkt angekommen. Die Antragsteller haben vorgeschlagen, eine Klausurtagung durchzuführen, und die Gründe dafür vorgetragen. Sie waren wohl bei der IHK. Dort hat man Ihnen den Kopf gewaschen und aufgezeigt, welche Auswirkungen Ihre ruinöse Politik auf den Mittelstand hat. Jetzt wollen Sie,

dass morgen in der Zeitung steht: Leute, es wird besser. Haltet aus! Das bringt den Leuten zwar nichts, es hält sie von der Arbeit ab; aber schön, dass wir darüber gesprochen haben.

## (Beifall bei pro Köln)

Worum geht es? Es ist eben hier gesagt worden: Die Stadt Köln ist mit dem Volumen aller Auftragsvergaben im Land Nordrhein-Westfalen und weit darüber hinaus ein imminenter Wirtschaftsfaktor. Als Kölner Kommunalpolitiker will ich selbstverständlich den Kölner Mittelstand unterstützen und freue mich für jedes Unternehmen, das einen Auftrag erhält.

Allerdings erfahren wir immer häufiger aus den Verwaltungsvorlagen - im nichtöffentlichen Teil heute auch wieder -, dass andere Firmen zum Zuge kommen. Wir fragen uns dann immer: Haben wir denn keine Kölner Firma, die das machen kann? Dann wird immer auf dieses ominöse EU-Recht verwiesen. Damit gerät die Stadt Köln immer wieder in Konflikt. Ich nenne an dieser Stelle nur die Stichworte Messehallen und Sparkasse; darüber haben wir ja schon im letzten Monat gesprochen. Darum sollten Sie sich kümmern, liebe Freunde.

Wir haben in der konstituierenden Sitzung des einen Vergabeausschuss Rates verlangt, einzurichten. Wenn Sie, meine Damen und Herren auf der Zuschauertribüne, dieses Stichwort einmal in Google eingeben, werden Sie feststellen, dass viele Städte einen eigenen Vergabeausschuss haben, ausgestattet mit juristischem Fachpersonal, damit die Vergaben auch so gestaltet werden können, dass die lokale Wirtschaft partizipieren kann. Einen solchen Ausschuss gibt es in Köln nicht. Stattdessen wollen SPD und Grüne zu diesem Thema nun eine Fachtagung abhalten. Das ist aber toll. In einer früheren Legislaturperiode Vergabeausschuss. hatten wir einen Vorsitzender dieses Ausschusses war der Handwerkskammerpräsident, der damals auch Ratsmitglied war. Da konnte man natürlich vor Ort helfen.

Hinzu kommt, dass wir ab 2011 weitere Konkurrenz bekommen, nämlich aus Osteuropa. Weil dort die Lebenshaltungskosten niedriger sind, kann man auch zu anderen Löhnen arbeiten. So kann man auch montagmorgens mit dem Flugzeug anreisen, bis donnerstagabends arbeiten, sich dann wieder in den Flieger setzen und nach Osteuropa zurückfliegen. Dass diese Leute zu anderen Löhnen arbeiten können als jemand, der hier in Köln wohnt und bei einer



Firma hier in Köln angestellt ist, ist vollkommen klar. Hier muss etwas getan werden.

Es ist gesagt worden, die Stadt Köln stellt immer mehr an der Gebührenschraube. Wer kann, geht ins Umland. Dort kann er preiswerter produzieren; denn dort hat er nur die Produktionskosten und muss nicht die politische Klasse mitfinanzieren. Das ist ein Wettbewerbsvorteil.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich bitte Sie, sich zurückzuhalten.

Jörg Uckermann (pro Köln): Was habe ich denn gesagt?

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Sie haben gerade gesagt: "die politische Klasse mitfinanzieren".

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Ja, das habe ich gesagt, und dazu stehe ich auch.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es ist sehr ungebührlich, so etwas zu sagen.

(Beifall bei Teilen der SPD, der CDU und der FDP)

Jörg Uckermann (pro Köln): Entschuldigen Sie einmal, Herr Oberbürgermeister, wer wollte denn den Gewerbesteuerhebesatz von 450 auf fast 500 Prozent erhöhen? Das haben doch Sie und nicht ich gemacht. Wenn ich hier im Rat anspreche, dass das ein Standortnachteil ist, dann mache ich das, ob ich dafür nun einen Ordnungsruf bekomme oder nicht. Das mache ich immer wieder.

(Beifall bei pro Köln und von der Zuschauertribüne)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich bitte die Besucher auf der Tribüne, von Beifallskundgebungen Abstand zu nehmen. Ansonsten muss ich Sie des Saals verweisen lassen.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über

diesen Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Linke, die CDU, Herr Zimmermann, Herr Hoffmann, die FDP und die Grünen. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist der Antrag damit angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.2 auf:

3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Erhaltung und Erneuerung der Bolzund Basketballplätze in Köln" AN/2003/2010

Herr Köhler, bitte.

Andreas Köhler (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Fehlende Zäune, keine Tore, Löcher und Krater im Spielfeld, defekte Korbanlagen und viele weitere Mängel - das ist der triste Alltag auf den Bolz-, Basketball- und Skateranlagen in der Stadt Köln. Es gibt in Köln insgesamt 154 Bolzplätze mit verschiedenster Ausstattung. Darüber hinaus gibt es 39 weitere sportliche Angebotsplätze zum Basketball spielen oder Skaten.

Die Verwaltung hat dem Sportausschuss in der Sitzung im September mitgeteilt, dass zurzeit circa 50 Prozent dieser Plätze reparatur- oder erneuerungsbedürftig sind. Die Reparaturarbeiten haben einen Umfang von kleinsten Arbeiten bis hin zu kompletter Neugestaltung. Wer nach dieser verheerenden Mitteilung auf ein Konzept oder einen Lösungsvorschlag der von SPD und Grünen geführten Verwaltung gehofft hatte, wurde bitter enttäuscht. Kein Konzept, kein Mut und keine Ideen - das ist die nackte Wahrheit nach einem Rot-Grün und nach einem Oberbürgermeister Roters in Köln, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Die Liste der Enttäuschungen wird immer länger. Heute sind es die Bolzplätze für unsere Kinder und Jugendlichen. Der Bedarf an sportlichen Angeboten im öffentlichen Raum ist in den vergangenen angestiegen. Jahren stark Besonders Jugendliche sind an diesen vereinsungebundenen Angeboten interessiert. Das Angebot an öffentlichen Bolzplätzen reicht bei weitem nicht aus. Nahezu in jedem Stadtteil fehlen konkrete Angebote. Die



öffentlichen Sportflächen leisten neben den Sportangeboten in den Vereinen eine große soziale und kulturelle Integrationsarbeit in den Veedeln. Anstatt auf der Straße abzuhängen, lernen die Jugendlichen beim Sport Teamgeist und Fairness.

Wir wollen dieses wichtige Thema aufgreifen und haben deshalb einen entsprechenden Antrag in den Rat eingebracht. Dadurch müssen Sie sich, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, mit diesem Thema beschäftigen. Die CDU-Fraktion setzt sich für den Erhalt dieser wertvollen Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche ein. Wir werden es nicht zulassen, dass durch Ihre Untätigkeit die Sportflächen für unsere Kinder und Jugendlichen weiter verrotten.

## (Beifall bei der CDU)

Wir schlagen in unserem Antrag vor, die Verwaltung zu beauftragen, eine Umsetzungsstrategie zur Erhaltung und Erneuerung der Bolz- und Basketballplätze in Köln zu erstellen. Hierbei kann sich die Verwaltung an den positiven Erfahrungen aus dem erfolgreichen Konzept der schrittweisen Renovierungs-Abarbeitung des Erneuerungsbedarfs bei den Kölner Spielplätzen orientieren. Neben der fachämterübergreifenden Abstimmung soll geprüft werden, ob eine Einbindung der größeren Trägerkonstrukte, zum Beispiel der JugZ gGmbH, in die Erarbeitung und Umsetzung der Lösungsansätze und in die Erstellung einer Prioritätenliste hilfreich und zielführend ist. Wir halten die Einbeziehung von Jugendhilfeträgern für äußerst sinnvoll, da sie eine große Nähe zu den Nutzern haben und damit wertvolle Erfahrungen mit einbringen können.

Ein weiterer Aspekt sind Patenschaften. Bereits heute werden 89 Bolzplätze von Paten betreut. Diese Paten sind nicht nur Privatpersonen, es finden sich auch Organisationen, Vereine und Firmen unter den Paten wieder. Diese, aber auch neue Paten sind durch das zu erstellende Konzept für die Zukunft zu motivieren. Ich bin mir sicher, dass durch ein schlüssiges Konzept ein noch größeres Potenzial an Spenden für die Bolzplätze in Köln ausgeschöpft und die Anzahl der Patenschaften erhöht werden kann.

Nun ist die Verwaltung an der Reihe, sich aktiv an dem Prozess zu beteiligen. Die CDU ist bereit, mit anzupacken. Das Motto muss lauten: Gemeinsam für die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen in unserer Heimatstadt Köln. Ich appelliere an SPD und Grüne: Springen Sie über Ihren Schatten und stimmen Sie dem von der CDU eingebrachten Antrag, der mit Sicherheit die richtige Intention verfolgt, zu, statt mit Ablehnung oder Verweisung zu votieren! Meine herzliche Bitte an Sie, Frau Moritz - Herr Kollege Börschel ist gerade nicht im Saal -: Verzichten Sie auf Ihre bisherige Basta-Politik

(Heiterkeit beim Bündnis 90/ Die Grünen)

und stimmen Sie unserem Antrag und damit der richtigen Initiative zu! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Köhler. - Nächste Rednerin ist Frau Mucuk-Edis.

Gonca Mucuk-Edis (SPD): Ich möchte die Verwaltung bitten, hierzu Stellung zu beziehen. Nach meinem Sachkenntnisstand ist es nämlich etwas anders, als Herr Köhler hier eben ausgeführt hat. Ich möchte die Verwaltung daher bitten, uns kurz über den aktuellen Sachstand aufzuklären.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Bitte, Frau Dr. Klein.

Beigeordnete Klein: Dr. Agnes Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Diese Plätze gehören zu den öffentlichen Spielplätzen und damit zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir sind dabei - wir werden einen entsprechenden Plan 2011 vorlegen können -, alle Plätze einer Bestandsaufnahme zu unterziehen und eine Prioritätenliste zu erstellen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Dazu sind Sie heute gut angeregt worden!)

Das wird in die Gesamtplanung, die dann auch die entsprechenden Ressourcenfragen beinhaltet - diese müssen ja geklärt sein -, einfließen.

(Henk van Benthem [CDU]: Ende 2013!)

Selbstverständlich begrüßen wir ausdrücklich das Engagement freier Träger, insbesondere der Jugendhilfe und der JugZ gGmbH. Auch wir möchten freie Träger, sofern sie das personell



und finanziell realisieren können, in die Gesamtkonzeption mit einbeziehen. So untätig, wie es scheint, sind wir also überhaupt nicht. - Danke schön.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Können Sie den Stand von heute sagen, Frau Dr. Klein?)

Gonca Mucuk-Edis (SPD): Daran möchte ich mit einer Frage an Herrn Köhler anschließen. Haben Sie sich nicht mit Ihren Kollegen aus der Jugendhilfe auseinandergesetzt? Wir haben in der letzten Sitzung den neuen Familienpark unter der Zoobrücke beschlossen. Darüber hinaus haben wir die neue Skateranlage am Rheinauhafen beschlossen. Meiner Meinung gehört dieser Antrag eigentlich in den Fachausschuss, nämlich das Gremium Jugendhilfeausschuss. Dort sollte darüber diskutiert werden. Frau Dr. Klein hat eben dargelegt, dass an dem Konzept, das Sie gearbeitet einfordern, schon wird. Doppelstrukturen zu vermeiden und um der ohnehin überlasteten Verwaltung nicht noch mehr Arbeit aufzubürden, müssen wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Jetzt kommen wir zu Herrn Kretschmer.

Karsten Kretschmer (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir vorab eine kleine Anmerkung dazu, wie es zu diesem Antrag der CDU gekommen ist.

Zuerst gab es eine Anfrage der SPD und der Grünen zur Situation der Bolz- und Basketballplätze im Fachausschuss - dort, wo dieses Thema auch fachlich hingehört. Ganz kurz danach hat die CDU hier im Rat eine sehr ähnliche Anfrage gestellt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Plagiat!)

Die genauen Termine kann ich Ihnen nennen. Ich habe hier ein Blatt, auf dem der genaue Ablauf aufgeführt ist.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber wirklich kein Stil! -

Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Schändlich!)

Übrigens wurde unsere Anfrage im Sportausschuss von der Verwaltung sehr ausführlich beantwortet. Die Antwort steht nun allen Fachpolitikern zur Verfügung.

Sie war auch die Basis für Ihre Rede, Herr Köhler. Ihre Angaben stammen nämlich aus der Antwort auf unsere Anfrage.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen -Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wird ja immer doller! -Zuruf von Andreas Köhler [CDU])

Sehr geehrte Damen und Herren, ob wir Kinder haben oder auch nicht - wir waren aber alle einmal Kinder und wissen deshalb, wie wichtig Bewegung zusammen mit anderen Kindern, Jugendlichen und Gleichgesinnten ist. Die Orte dafür können Bolz- und Basketballplätze sein.

Deshalb ist es schade, dass hier ein wichtiges Thema plump kopiert wurde - und das auch noch schlecht. Die CDU zeigt, dass sie hier keine eigenen Ideen hat, und fordert deshalb die Verwaltung auf, Ideen für die CDU zu liefern oder dieses Vakuum aufzulösen.

Ihnen fehlen zum Beispiel Ideen für Jugendpartizipation, Gewährleistung von ortsnahen Bewegungsräumen, Einbindung von Schulhöfen etc. pp. Ich könnte dazu noch viele Punkte nennen. Greifen Sie das aber bitte nicht für einen erneuten Versuch auf; denn Herr Klipper weiß, was Beratung und Coaching kosten. Das hat er uns ja bei der letzten Ratssitzung angedeutet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Es ist ja schon einmal gut, dass Sie wissen, was ich weiß!)

Meine Damen und Herren, einen Punkt, den die CDU in ihren Antrag geschrieben hat, sehen wir grundsätzlich anders. Uns geht es nämlich nicht nur um die Sanierung und den Sanierungsbedarf der Plätze, sondern um den Bedarf, den unsere Kinder und Jugendlichen vor Ort wirklich haben. Darum geht es. Uns geht es darum, dieses wichtige Thema weiterzuverfolgen - und nicht darum, wer als Erster einen Antrag auf der Trainingsmatte gestellt hat.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Mir kommen gleich die Tränen! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Erster!)



Sie, meine Damen und Herren der CDU, fordern von der Verwaltung eine Vorlage zur ersten Ratssitzung im neuen Jahr. Wenn Ihnen dieses Thema wirklich wichtig wäre, hätten Sie erstens mehr Zeit in Ihren Antrag investiert und zweitens der Verwaltung mehr Zeit zur Erarbeitung eines qualifizierten Konzepts eingeräumt.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Die Verwaltung ist doch schon längst dabei! Frau Klein hat doch schon alles!)

So wollen Sie mit einem Schnellschussantrag doch nur eines erreichen, nämlich die Verwaltung hier im Rat vorführen. Schließlich wissen die meisten Menschen im Rat, dass man wesentlich mehr Zeit benötigt, um ein Beteiligung qualifiziertes Konzept unter interessierter und betroffener Kreise erarbeiten.

Der Antrag der CDU ist, wie beschrieben, inhaltlich wesentlich zu flach und zu kurz gesprungen - zwei Merkmale, die im Sport, aber auch hier im Rat selten belohnt werden. Weil wir es mit unserem Angebot für Kinder und Jugendliche ernst meinen, können wir diesen Antrag nicht unterstützen. Wir werden dieses wichtige Thema aber dort weiter fachlich vorantreiben, wo es besser aufgehoben ist, nämlich im Sportausschuss - zusammen mit den Ämtern 51 und 67. Dass Sie diese beiden Ämter noch mit aufgenommen haben, war nämlich das einzige Gute an Ihrem Antrag. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Wir kommen nun zu Herrn Wolf.

Manfred Wolf (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist natürlich wieder ein klassisches Beispiel von Handeln der Verwaltung in vorauseilendem Gehorsam aufgrund der Koalitionsfraktionen.

Eines ist nämlich klar: Im September dieses Jahres wurde die Anfrage im Sportausschuss beantwortet. Dort hieß es, dass es rund 155 Plätze gibt, von denen mehr als die Hälfte renovierungsbedürftig ist. Jetzt wird gesagt, das sei nicht im Sportausschuss gesagt worden, und man arbeite daran.

An dieser Stelle habe ich folgende Frage: Schadet dann der Antrag der CDU, um dies zu unterstützen?

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wird er denn nur abgelehnt, weil er von der falschen Seite kommt?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Natürlich!)

Wenn solche Anträge, die schon stattfindende Arbeiten der Verwaltung unterstützen, von Rot-Grün kommen, werden sie nämlich bejubelt und hochgelobt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sie mussten natürlich so schalten, dass aus der Verwaltung etwas kommt. Schließlich stimmt das, was im Antrag der CDU steht; man kann es sachlich ja nicht widerlegen.

Wenn dieser Antrag, wie Herr Kretschmer sagt, zu kurz springt, oder wir damit, wie Frau Mucuk-Edis erklärt hat, der Verwaltung zusätzliche Arbeit aufladen, so ist zumindest Letzteres schon ein Widerspruch in sich. Die Verwaltung macht die Arbeit doch sowieso. Also ist es keine zusätzliche Arbeit.

Vielmehr unterstützt er einfach den Willen dieses Rates, für unsere Kinder und Jugendlichen etwas zu tun.

(Beifall bei der FDP, der CDU und pro Köln)

Wir wollen sie von der Straße holen. Wir wollen, dass sie Sozialverhalten lernen und damit eben keine Sorgen machen, die nachher im Jugendhilfe- und im Sozialausschuss behandelt werden müssen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Wolf. - Dann kommen wir zu Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Einem Antrag zur Erhaltung und Erneuerung der Bolz- und Basketballplätze in Köln wird die Bürgerbewegung pro Köln selbstverständlich zustimmen.



Wenn wir aber hören, dass 50 Prozent dieser Bolzplätze nicht mehr zu gebrauchen sind, weil sie im Prinzip verrottet sind, fragen wir uns natürlich: Wieso hat es die Verwaltung überhaupt so lange dazu kommen lassen?

(Beifall bei pro Köln)

Wieso ist da nicht vorher etwas zum Werthalt getan worden?

Laut Ihrem Antrag wollen Sie dort auch irgendwelchen Kunstbodenbelag verwenden. Dieser Belag ist enorm teuer und muss dann auch unterhalten werden. Die Politik in Köln ist immer schnell dabei, wenn es irgendetwas neu zu errichten gibt. Um die Bauunterhaltung kümmert sich dann aber keiner. Man lässt alles verrotten und sagt anschließend: Jetzt müssen wir es neu machen.

Hier ist auch die Frage des politischen Markenschutzes aufgeworfen worden. Der Antragsteller sagt: Wir haben das jetzt auf einmal entdeckt; uns ist da so eine Eingebung gekommen. - Das ist ja vor Weihnachten immer so. In der besinnlichen Zeit kommen einem Ideen. Auf einmal ist Ihnen das bewusst geworden. Dann hören wir allerdings: Nein, das hätten schon die anderen Parteien alles vorgelegt; außerdem werde es von der Verwaltung ohnehin bereits gemacht.

Für mich stellt sich auch die Frage, worum es an dieser Stelle eigentlich geht. Hier wurde von einer kulturellen Bereicherung gesprochen. Man ist also der Auffassung, dass der Besuch eines Bolzplatzes zu einer kulturellen Bereicherung führt. Da möchte ich widersprechen. Es gibt Stadtteile in Köln, in denen einheimische Jugendliche nicht mehr auf Bolzplätze gehen können, weil sie dort verdrängt werden.

(Beifall bei pro Köln)

Das muss hier auch angesprochen werden.

(Zuruf von Henk van Benthem [CDU])

- Ja, natürlich, Herr van Benthem. Gehen Sie einmal herum. Ich mache mit Ihnen gerne einmal einen Ausflug und zeige Ihnen solche Plätze.

(Henk van Benthem [CDU]: Ich verzichte gern!)

Machen Sie einmal in Porz-Eil eine Bürgersprechstunde, und lassen Sie sich das von den Eltern sagen, die Angst haben, ihre Kinder wieder auf die Straße zu lassen, weil dort irgendwelche Ethno-Gangs hinter ihnen her sind. Das ist leider so.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Uckermann, ich bitte Sie, Ihre Wortwahl abzuwägen. Sie haben gerade von Ethno-Gangs gesprochen.

(Markus Wiener [pro Köln]: Meinungsfreiheit!)

Damit beleidigen Sie unsere ausländischen Mitbürger.

Ich erteile Ihnen hiermit einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken sowie von Klaus Hoffmann [Freie Wähler Köln] und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, schauen Sie, es gibt hier zwei Sachen.

Die Menschen haben von Polit-Show die Schnauze voll.

Wenn bei mir jemand in die Bürgersprechstunde kommt und mir sagt: "Wir sind nach Chorweiler-Nord gezogen; da gab es einen schönen Spiel-und Bolzplatz; meine Kinder haben sich gefreut und sind dorthin gegangen; jetzt hören sie aber: Ihr Scheiß-Deutschen! Macht, dass ihr wegkommt!", dann bringe ich das hier zur Sprache.

(Beifall bei pro Köln)

Damit haben Sie das jetzt gehört. Das müssen Sie so akzeptieren.

Außerdem wurde hier gesagt, das gehöre ja zu Spielplätzen usw. Liebe Kollegen von den etablierten Parteien, ich höre hier "meine Schippe, deine Schippe". Nehmen Sie Ihre politischen Spielsachen und gehen in den nächsten Sandkasten. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.



(Ralph Sterck [FDP]: Eine Frage!)

- Bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister, Herr Wolf hatte noch die Frage an die Dezernentin gestellt, inwieweit der Antrag, wenn wir ihn heute beschließen, bei ihrer Arbeit schaden würde. Diese Frage hätte ich doch gerne von Frau Dr. Klein beantwortet.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Meine Damen und Herren! Herr Sterck, da ich gesagt habe, dass wir ohnehin in den Maßnahmen sind und auch freie Träger mit einbeziehen wollen, ist der Antrag selbstverständlich unschädlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP-Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist er nützlich?)

 Ob er nützt oder schadet, das muss jeder selbst entscheiden.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Damit wurde die Antwort gegeben.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag der CDU-Fraktion ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP, pro Köln, die CDU, Herr Zimmermann und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zu:

3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Resolution zur freien Schulwahl - Köln lehnt Wiedereinführung von Schulbezirksgrenzen ab" AN/2091/2010

Frau Gebauer, bitte.

Yvonne Gebauer (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Land plant, die Schulbezirksgrenzen nicht nur bei den Grundschulen wiedereinzuführen. Nein, die jetzige Landesregierung unter Rot-Rot-Grün geht sogar so weit, die Einführung von Schulbezirken bei weiterführenden Schulen zu fordern - eine kopflose Forderung, die an Anachronismus nicht mehr zu überbieten ist. Dies wäre die Rückkehr in eine Zeit, als Schiefertafel und Kreide das einzige Handwerkszeug unserer Schülerinnen und Schüler gewesen sind. Und das heute, im 21. Jahrhundert!

Herr Oberbürgermeister, gerade Sie, aber auch wir alle hier im Ratssaal sind froh und dankbar Ansiedlung über die von ausländischen Unternehmen hier in Köln. Nicht nur, aber gerade für die Kinder der Mitarbeiter dieser Unternehmen ist eine Schule mit internationalem Abschluss von hoher Notwendigkeit. Sollten aber Schulbezirksgrenzen auch weiterführenden Schulen eingeführt werden, so stehen diesen Kindern unsere beiden Kölner Gymnasien mit IB-Abschluss fortan nicht mehr zur Verfügung - nicht etwa aufgrund mangelnder Leistung, sondern allein deshalb, weil diese Kinder im vermeintlich falschen Stadtteil von Köln wohnen. Und das alles im Zeitalter der Globalisierung!

Liebe Mitglieder der Fraktionen von Rot und Grün, bei allen Vorhaben, die Sie in den vergangenen Monaten im Bereich Schule und Weiterbildung hier in Köln durchgesetzt haben, stand ein Argument bei Ihnen - nicht nur bei Ihnen, sondern natürlich auch bei uns als FDP-Fraktion und bei der CDU-Fraktion - ganz oben auf der Agenda, nämlich die Berücksichtigung des Elternwillens bei schulischen Belangen.

## (Beifall bei der FDP)

Immer wurde von der Verwaltung und von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Argument Elternwille als entscheidendes und ausschlaggebendes für Ihr entsprechendes Handeln vorgebracht. Jetzt aber wollen Sie diesen Elternwillen, was die freie Schulwahl anbelangt, nicht mehr respektieren. Künftig sollen Eltern nicht nur im Grundschulbereich, sondern auch in den Sekundarstufen I und II die Schulen für ihre Kinder zugewiesen bekommen.

Meine Damen und Herren, so etwas nennt man Etikettenschwindel; denn die Berücksichtigung des von Ihnen viel gepriesenen Elternwillens findet dann tatsächlich nur bei der Schulform, aber nicht mehr bei der Schulwahl statt.

## (Beifall bei der FDP)

Damit - auch das ist ein Argument - ist es vorbei mit der künstlerischen, musischen, sprachlichen oder naturwissenschaftlichen Ausrichtung von Schulen bzw. der speziellen Förderung dieser Begabungen eines Kindes an den entsprechenden Schulen.



Geht es nach dem Willen von Rot-Grün im Land, muss zukünftig die Schule vor Ort genommen werden. Das lässt die Quote der sogenannten Abweichler - vor Aufhebung der Schulbezirksgrenzen lag diese bereits bei 15 Prozent - wieder rasant in die Höhe schnellen. In Zukunft sind also Vitamin B und entsprechendes Know-how mehr denn je gefragt.

# (Beifall bei der FDP und von Efkan Kara [CDU])

Auch wird bei der Wiedereinführung der Schulbezirksgrenzen in Zukunft keinerlei Wettbewerb mehr an unseren Schulen stattfinden. Wenn die Schulen im Bezirk künftig wieder nur darauf warten müssen, dass ausreichend Kinder Einzug halten, so ist dies kein Anreiz, die Qualität der Schule zu halten bzw. nachhaltig zu verbessern.

Aber gerade diese Qualitätsoffensiven gilt es einzufordern, zu fördern und auszuweiten, um nachhaltig erkennbare Profile in puncto Unterrichtsqualität und messbarer Lernerfolge für die Eltern bzw. deren Kinder herbeizuführen.

Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, es gilt, den Willen von Eltern bzw. ihren Kindern zu respektieren und die Schulvielfalt in unserem Land Nordrhein-Westfalen zu erhalten. Deshalb lehnen wir als FDP-Wiedereinführung Fraktion die Schulbezirksarenzen ab und bitten um Unterstützung unserer Resolution als einem vielleicht weichenstellenden Signal aus der größten Kommune in Nordrhein-Westfalen. -Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Frau Gebauer. - Dann kommen wir zu Herrn Philippi.

Franz Philippi (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Abschaffung der Grundschulbezirke in der vergangenen Legislaturperiode ist eine der zahlreichen Missgriffe in der Schul- und Bildungspolitik der ehemaligen Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Die veränderte Rechtslage führte in den letzten Jahren hier in Köln und anderswo im Land nur zu marginalen Veränderungen bei der Grundschulwahl.

Die SPD hat sich in dieser Frage immer das Motto "kurze Beine, kurze Wege" auf die Fahne geschrieben - ein Argument, das offensichtlich auch bei den Eltern nach wie vor eine entscheidende Rolle spielt.

Wenn die kommunalen Verwaltungen landesweit derzeit mehrheitlich keinen Handlungsbedarf zur Wiedereinführung der Schulbezirksgrenzen für die Primarstufe erkennen lassen, so bestätigt das nur die Sinnhaftigkeit des Status quo vor der Novellierung des Schulgesetzes im Jahre 2006.

Allerdings - das möchten wir an dieser Stelle auch klipp und klar sagen - möchten wir diese Option Falle möglicher im Segregationsbewegungen als Mittel zur Gegensteuerung erhalten wissen. Wer sozialräumlich denkt und arbeitet und unsere Veedel stärken will, der muss ein hohes Interesse daran haben. dass Grundschülerinnen und Grundschüler wohnortnah den Unterricht besuchen - notfalls auch über das Instrument der Wiedereinführung von Grundschulbezirken.

Meine Damen und Herren, was den zweiten Spiegelstrich der von der FDP vorgelegten Resolution angeht, so handelt es sich derzeit um eine Mutmaßung des Antragstellers. Unsererseits ist nichts davon bekannt, dass im Bereich der Sekundarstufe I oder II eine Einführung von Schulbezirken angedacht ist oder dass Schulbezirke bei den Berufskollegs eingeführt werden sollen.

Insofern erledigt sich aus Sicht der SPD auch der dritte Spiegelstrich für den Bereich der Grundund weiterführenden Schulen.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich ist auch die SPD dafür, dass die Schulen durch ihre programmatische Arbeit vor Ort pädagogisches Angebot qualitativ steigern und erweitern sollten. Dies sollte sich nach unserer Auffassung aber ohne einen Konkurrenz-Wettbewerbsgedanken und vollziehen und entwickeln. Qualitativ gute Arbeit an Schulen kann geleistet werden, ohne dabei auf andere Schulen zu schielen und daran zu denken, diesen Schüler abzujagen.

Meine Damen und Herren, aus meinen Ausführungen ergibt sich in der Konsequenz,



dass wir den Resolutionstext der FDP in allen vier Punkten ablehnen. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Als Nächste Frau Manderla, bitte.

Gisela Manderla (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird Sie sicherlich nicht verwundern, wenn ich direkt sage, dass wir die Resolution der FDP für sehr gut halten. Ich finde, dass Frau Gebauer die Argumente auch sehr klar und deutlich vorgebracht hat. Diese möchte ich gar nicht wiederholen.

Herr Philippi, eigentlich haben Sie das Argument, das ich mir überlegt hatte, direkt mitgeliefert. Gerade weil das System in den letzten fünf Jahren so gut funktioniert hat und die meisten Eltern in der Tat die kurzen Wege für ihre Kinder mit den kurzen Beinen genutzt haben und ihre Kinder in den nahen Schulen angemeldet haben, sehe ich überhaupt keine Veranlassung, dass wir das jetzt wieder verändern sollten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, unsere Verwaltung hat doch schon genug zu tun. Die Verwaltung schafft es ja noch nicht einmal, den Eltern bei der Benachrichtigung, dass ihre Kinder in Kürze eingeschult werden, die nächste Schule richtig zu benennen. Da wird Kindern in Rath/Heumar eine Schule in Neubrück genannt. Wie soll es vor diesem Hintergrund eigentlich funktionieren, wenn Sie diesen Rückschritt machen und der Verwaltung wieder diese zusätzlichen Aufgaben auflasten? Und wo bleibt denn endlich auch einmal die Leitung des Schulverwaltungsamtes? Ich glaube, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter derzeit mehr als genug zu tun haben.

Lassen Sie mich noch hinzufügen, dass das, Landesregierung, was die die zurzeit Minderheitsregierung, tut, reiner Aktionismus ist. Es geht ja nicht nur um die der Freiheit Aufhebung bezüglich Schulbezirke. Es gibt einen Schulversuch. Da werden unsere Kinder zu Versuchskaninchen. Es wird die Drittelparität in den Schulkonferenzen eingeführt. Außerdem werden die Kopfnoten schnell wieder abgeschafft - die Kopfnoten, die den leistungsschwachen Schülern immer noch eine Möglichkeit gaben, einen Ausbildungsplatz zu finden.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie sich also etwas Vernünftiges in der Schulpolitik einfallen, meine Damen und Herren. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Jetzt kommen wir zu Herrn Thelen.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag für eine Resolution setzt einen doch sehr ins Erstaunen. Als Erklärung für dieses Erstaunen halte ich - mit Ihrer Erlaubnis, Herr Oberbürgermeister - nur einmal diese beiden Blätter hoch.

(Der Redner hält die Landtagsdrucksache 15/543 hoch -Zuruf: Höher!)

Wahrscheinlich können nur diejenigen in den ersten Reihen erkennen, was das ist. Deshalb muss ich ja sagen, was darin steht. Es ist ein von der FDP im Landtag Nordrhein-Westfalen gestellter Antrag, der wortgleich diesem Antrag hier entspricht.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- Zuhören, Herr Sterck. - Natürlich kann man im Rat Resolutionen an den Landtag richten.

(Yvonne Gebauer [FDP]: Das haben Sie doch in der vergangenen Legislaturperiode immer wieder gemacht!)

- Frau Gebauer, hören Sie einmal zu, zu welchem Zweck man das macht. - Das macht man aber doch nicht in Fragen und Sachen, die längst im Landtag verhandelt werden. Vielmehr machen wir das bei Punkten, bei denen die Städte initiativ werden müssen, weil etwa in der Landespolitik Dinge übersehen oder vergessen werden.

(Beifall bei der FDP)

Nur dann haben solche Resolutionen einen Sinn.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)



Man müsste sich einmal vorstellen, wir würden die Landtagspolitik im Rat so begleiten, dass alle Fraktionen die Anträge, die dort laufen, hier noch einmal als Resolutionen einbringen.

(Henk van Benthem [CDU]: Hier könnt ihr das machen! Hier habt ihr die Mehrheit!)

- Ja, okay. - An diesem Beispiel wird doch erkennbar, dass ein solches Verhalten im Grunde einen Gebrauch des Rates darstellt, der unseriös ist.

Wir lehnen diesen Antrag aber nicht nur aus diesen Gründen ab, sondern selbstverständlich auch wegen inhaltlicher Mängel. Der Antrag hat unseres Erachtens nur den einen Sinn, Ängste im Hinblick auf die neue Schulpolitik zu wecken.

Man braucht sich lediglich die Formulierung im zweiten Spiegelstrich anzuschauen, dass die Schulvielfalt zerstört werde, oder an den vierten Spiegelstrich zu denken, in dem die FDP auf das pädagogische Engagement der Schulen Bezug nimmt und den Eindruck erweckt, als ob irgendjemand ein Interesse daran habe, das pädagogische Engagement zu bremsen. Das ist doch völlig unsinnig.

Frau Gebauer, es tut mir leid; das Katastrophenszenario, das Sie da an die Wand gemalt haben, entbehrt doch jeder Grundlage.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Antrag ist unseres Erachtens von der Sache und selbstverständlich auch vom Verfahren her verfehlt. Wenn überhaupt, gehörte er in den Schulausschuss, und zwar als qualifizierter Antrag im Blick auf das Vorhaben, das den Kommunen das Recht geben soll, wieder Schulbezirke einzuführen, wenn es denn sinnvoll ist. Diese Regierung will nämlich nicht wie die alte Regierung etwas generell verordnen, sondern die betroffenen Ebenen mit mehr Möglichkeiten ausstatten.

Deshalb können wir diesem Antrag nicht zustimmen. Allerdings werden wir das später, wenn es dann ein entsprechendes Gesetz oder eine Vorlage aus dem Landtag gibt, gerne in qualifizierter Form im Schulausschuss diskutieren. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Herr Thelen. - Wir kommen zu Frau Wolter.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Fraktion pro Köln wird dem Antrag der FDP nicht zustimmen. Sie versuchen hiermit nicht, Probleme im Sinne der Allgemeinheit zu lösen, sondern machen einseitige Klientelpolitik.

Die Probleme in den Grundschulen, die in sozialen Brennpunkten liegen, bestehen vor allem darin, dass ein Großteil der Schüler nicht oder nur unzureichend deutsch spricht. Ein erfolgreiches Unterrichten ist in solchen Klassen selbstverständlich kaum möglich.

Vor diesem Hintergrund ist es natürlich verständlich, wenn Eltern, die in einem solchen Bezirk wohnen, alles versuchen, um ihr Kind in einem anderen Stadtteil auf die Grundschule zu schicken. Das können aber nur die Eltern tun, die die finanziellen und zeitlichen Möglichkeiten dazu haben, ihr Kind jeden Morgen in eine weiter entfernte Schule zu bringen.

Zurück bleiben bei dieser Variante die Kinder aus sozial schwachen Familien sowie die Kinder aus bildungsfernen Schichten, deren Eltern sich für die Qualität der Schule nicht so sehr interessieren. Diese Kinder haben von Anfang an wesentlich schlechtere Chancen für den späteren Schul- und Berufsweg.

Natürlich werden diese Probleme auch nicht dadurch gelöst, dass man die Schulbezirksgrenzen wiedereinführt. Dann bemüht sich die besser verdienende FDP-Klientel darum, in einen weniger problembelasteten Stadtteil umzuziehen, bevor das Kind in die Schule kommt. Das führt wiederum dazu, dass die sozialen Brennpunkte immer weiter abrutschen. Letztlich sind auch hier die Kinder aus sozial schwachen Familien die Leidtragenden.

Eine Alternative wäre beispielsweise die Einführung von Nationalitätenklassen

(Beifall bei pro Köln)

bzw. eine Differenzierung nach der Sprachfähigkeit der Schüler. In diesem Fall hätten Schüler, die in benachteiligten Vierteln leben und zur Schule gehen, die gleichen Bildungschancen wie Kinder aus gut situierten Gegenden.



(Beifall bei pro Köln)

Dann bräuchte man diese ganze Debatte, die die eigentlichen Probleme ohnehin nicht benennt, um Schulbezirksgrenzen und Ähnliches überhaupt nicht. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen zu Frau Senol.

Sengül Senol (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir lehnen den FDP-Antrag nicht nur in der Sache ab. Er ist auch vollkommen unnötig: denn im Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Schulgesetzes vom 7. Juli 2010 steht, dass zukünftig der Schulträger - also die Stadt Köln - entscheiden kann, Schulbezirke bilden will oder nicht. Wieso sollen wir das Land auffordern, diese uns Entscheidungsmöglichkeiten wieder wegzunehmen? Haben Sie so wenig Zutrauen in Ihre Entscheidungskompetenz, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP?

Die Debatte darum, ob wir Schulbezirke in Köln wiedereinführen oder nicht, werden wir führen, wenn das neue Schulgesetz verabschiedet ist. Wir, die Linken, sind uneingeschränkt dafür.

Wenn für Sie von der FDP bei freier Schulwahl der Elternwille ausschlaggebend ist, übersehen Sie doch, dass nicht alle Eltern bzw. Kinder in gleicher Weise diese Freiheit nutzen können. Arme Kinder verlassen in der Regel nicht ihren Stadtteil. Das zeigen Erfahrungen, die im Erfahrungsbericht zum kommunalen Kinder- und Jugendförderplan von Ende 2009 festgehalten sind. Neben dem Unbehagen, sich außerhalb der eigenen Lebenswelt zu bewegen, gibt es handfeste finanzielle Gründe. Schülerfahrkarte ist nur dann kostenlos, wenn die nächste Grundschule mehr als 2 Kilometer entfernt liegt. Das Schülerticket für Grundschüler kostet innerhalb von Köln 50,70 Euro. Das ist bereits für Mittelschichtfamilien mit mehreren Kindern unerschwinglich.

Auch die Idee, dass Wettbewerb durchgängig zu besseren Schulen führt, ist absurd. Eine Grundschule in einem benachteiligten Stadtteil muss wesentlich mehr Energie in die Bewältigung des Alltags investieren. Es muss Geld für Schulmaterial, Mittagessen und Ausflüge organisiert werden, das Schüler in nicht

benachteiligten Stadtteilen in der Regel Schüler problemlos aufbringen. in benachteiligten Stadtteilen haben viele Probleme, die, wenn nicht die Schule, häufig niemand auffängt. Sprechen Sie einmal mit dort tätigen Lehrern.

Dieses Engagement erledigen viele Lehrer in ihrer Freizeit. Selbst wenn die Lehrerschaft darüber hinaus mit übermenschlichem Engagement ein überdurchschnittliches Profil ausbilden würde - allein der Schulbesuch in diesem Stadtteil wirkt oft stigmatisierend. Glauben Sie im Ernst, dass engagierte Eltern ihre Kinder dann in diese Schule schicken?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, letztlich führt die Aufhebung der Grundschulbezirke zu mehr sozialer Selektion. Wir, die Linke, wollen keine gespaltene Gesellschaft. Wir wollen nicht, dass bestimmte Kulturkreise bzw. bestimmte Milieus unter sich bleiben, während einheimische Kinder Grundschulen mit höherem Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund verlassen oder gut betuchte Eltern ihre Kinder in besseren Stadtteilen anmelden.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Solidarität setzt voraus, dass verschiedene Kulturen zusammenleben. Das fängt bei Kindern an. Das fängt bei guter Bildung an. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Senol.

Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag der FDP-Fraktion. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP, die CDU und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Bei keiner Enthaltung ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Bürger-Sparkommission für Köln" AN/2077/2010

Herr Wiener, bitte.

**Markus Wiener** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Besucher auf der



Zuschauertribüne! Lassen Sie mich einleitend kurz auf den Hintergrund unseres heutigen Antrags eingehen.

In Köln hat man in den letzten Jahren mit viel Aufwand und Werbung versucht, den Bürgern weiszumachen, dass sie über den städtischen Haushalt im Zuge eines sogenannten Bürgerhaushaltes direkt mitbestimmen könnten.

Dieses hehre Versprechen erwies sich freilich in der Realität rasch als Makulatur. Von echter Mitbestimmung konnte keine Rede sein, da es im Prinzip über unverbindliche Vorschlagsmöglichkeiten in bestimmten Bereichen nicht hinausging - wobei diese Bereiche auch noch immer weiter eingeengt wurden.

Das lag zum einen natürlich daran, dass in Köln seit Jahren nur noch der finanzielle Mangel mehr schlecht als recht verwaltet wird. Und wo es nach Jahrzehnten der Misswirtschaft der Altparteien nichts mehr zu verteilen gibt, fallen selbstverständlich auch die besten Vorschläge der Bürger kaum auf fruchtbaren Boden.

Zum anderen konnte man aber auch von Anfang an einen deutlichen Unwillen bei den etablierten Mehrheitsfraktionen feststellen, die Bürger wirklich mitbestimmen zu lassen. Genauso wenig, wie sich CDU, SPD und Co von der Bürgerbewegung pro Köln in ihr Treiben hineinreden lassen wollen, haben die Altparteien ein echtes Interesse an einer tatsächlichen Mitwirkung der Bürger. Am besten soll niemand ihre erlauchten Kreise stören.

## (Beifall bei pro Köln)

Pro Köln hat dagegen diese Form der Bürgerbeteiligung immer offen und ehrlich begleitet und auch kritisiert, dass der Bürgerhaushalt in der praktizierten Form nur wenig Sinn mache - insbesondere aufgrund der katastrophalen Haushaltslage.

Nur kurz zur Erinnerung: Der mit großer Verspätung kürzlich verabschiedete Doppelhaushalt 2010/2011 ist der finanzielle Offenbarungseid für Oberbürgermeister Roters und seine rot-grüne Haushaltskoalition. Schon jetzt ist klar, dass spätestens in zwei oder drei Jahren der Nothaushalt verkündet werden muss, wenn kein Wunder mehr geschieht. Und an Wunder kann ich hier in Köln leider schon lange nicht mehr glauben.

In dem Moment, in dem der Nothaushalt verhängt wird, haben sowohl der Rat der Stadt

Köln als auch erst recht die Bürger der Stadt überhaupt nichts mehr mitzubestimmen. Dann werden nur noch die sogenannten gesetzlichen Pflichtaufgaben erfüllt, und jeder freiwillige Gestaltungsspielraum unterliegt bis auf Weiteres dem Genehmigungsvorbehalt des Regierungspräsidenten.

Deshalb sollten wir jetzt noch unsere eigenen Gestaltungsmöglichkeiten, unsere eigenen Ideen und die Ideen unserer kreativen Kölner Bürgerinnen und Bürger nutzen - auch und gerade zum Sparen. Denn das ist wenigstens ehrlich. Wir sagen den Menschen draußen: Wegen der Misswirtschaft der Altparteien gibt es nichts mehr zu verteilen; wenigstens sollt ihr aber darüber mitbestimmen dürfen, wo gespart werden soll.

Ich bin mir sicher, dass bei einem Bürgersparwettbewerb, wie er zum Beispiel in der Stadt Herzogenrath erfolgreich praktiziert wurde, andere und interessantere Ideen zutage treten würden - anstelle der immer gleichen bürgerfeindlichen Automatismen der etablierten Parteien, die da heißen: Leistungen für die Bürger streichen und städtische Gebühren in allen Bereichen erhöhen, ansonsten aber die eigene Misswirtschaft und die eigenen Pfründe unangetastet lassen.

Ich könnte mir zum Beispiel gut vorstellen, dass die Bürger als Erstes vorschlagen, die millionenstarke Fraktionsfinanzierung zu überprüfen.

(Ralph Sterck [FDP]: Die meisten Kosten haben Sie mit Ihren Sondersitzungen des Rates verursacht!)

- Ja, das wollen Sie nicht hören; das weiß ich schon. Aber Sie müssen jetzt zuhören. Das sind die Spielregeln in der Demokratie.

Wenn ich mir ansehe, dass die großen Fraktionen von CDU, SPD und Grünen mit einem Vielfachen an Personal und Budget im Vergleich zur Fraktion pro Köln wesentlich weniger Anträge und weniger Sacharbeit produzieren, muss ich schon sagen: Da besteht ein großes Einsparpotenzial - gerne auch nach dem Rasenmäherprinzip prozentual bei allen Fraktionen. Wenn das beschlossen wird, machen wir gerne mit; denn wir als Kommunalpolitiker können in wirtschaftlich schweren Zeiten nicht immer Wasser für die Bürger predigen und selbst Wein trinken. Das geht so nicht mehr weiter.



Auch eine permanente Sparkommission unter Beteiligung des Bundes der Steuerzahler hielte ich für außerordentlich sinnvoll.

(Beifall bei pro Köln)

Zwar gibt es auch das städtische Rechnungsprüfungsamt, das ordentlich arbeitet und nominell unabhängig ist. Die Realität sieht aber etwas differenzierter aus. Wir alle wissen, wovon wir hier reden. Deshalb würde die Einbeziehung einer völlig unabhängigen Instanz sicher neue Einsparpotenziale erschließen und Fälle von Steuergeldverschwendung schon im Vorfeld erschweren.

Auch der Fraktion pro Köln ist selbstverständlich klar, dass damit nicht in toto die riesigen Finanzierungsprobleme im maroden Kölner Haushalt geschlossen werden können. Es wäre aber ein Anfang - und ein ehrlicher Anfang gegenüber den Bürgern noch dazu. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion pro Köln ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist er abgelehnt.

Als nächsten Tagesordnungspunkt rufe ich auf:

3.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln und Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Helios-Gelände und Baulücken auf der Venloer Straße"
AN/2071/2010

Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Bei den Haushaltsberatungen in der vorletzten Ratssitzung haben sowohl Frau Kollegin Moritz als auch Herr Sterck als auch ich im Zusammenhang mit Stuttgart 21 eine deutlich bessere Bürgerbeteiligung bei großen Bauprojekten gefordert.

Der geplante Bau eines Einkaufszentrums auf dem Helios-Gelände in Köln-Ehrenfeld hat zu einem breiten Protest geführt. Auf einer Bürgerversammlung der Bürgerinitiative Helios waren 300 Personen, bei der Versammlung der Bezirksvertretung im September dieses Jahres 700 Personen.

Auf Antrag der Bezirksvertretung Ehrenfeld hat der Stadtentwicklungsausschuss in der vergangenen Woche eine vertiefte Bürgerbeteiligung beschlossen.

Der hier vorliegende Antrag von der Linken und Thor-Geir Zimmermann - Deine Freunde - geht noch einen Schritt weiter. Wir möchten auch die Entwicklung der Venloer Straße mit in die Debatte einbeziehen.

Dem uns jetzt vorliegenden Einzelhandels- und Zentrenkonzept kann man entnehmen, dass auf der Strecke der Venloer Straße von Innerer Kanalstraße bis Lessingstraße eine Leerstandsquote von 6 Prozent vorhanden ist und es weitere Baulücken und minderbebaute Baugrundstücke gibt. Nach meiner Zählung existieren mindestens zwölf Baulücken.

Unseres Erachtens brauchen wir eine Verdichtung der Venloer Straße und kein Einkaufszentrum auf dem Helios-Gelände.

Uns geht es aber darum, nicht nur Nein zu sagen, sondern auch Perspektiven aufzuzeigen. Dafür brauchen wir die Hilfe und Unterstützung der Verwaltung, die uns praktische Hinweise geben kann. Das ist der Sinn dieses Antrages.

Dass eine tatsächliche Verdichtung nur im Einvernehmen mit den Besitzern stattfinden kann, ist uns vollständig klar.

Die Venloer Straße hat Entwicklungspotenzial. Die Kreativwirtschaft hat sich mit 300 Arbeitsplätzen dort angesiedelt. Mit der Renovierung wird die Venloer Straße deutlich aufgewertet.

Die positiven Entwicklungen können aber auch schnell zerstört werden. Das haben wir in Kalk ganz deutlich erlebt.

Bundesminister Ramsauer hat vor vier Wochen den "Entwurf Weißbuch Innenstadt" veröffentlicht, in dem er vor weiteren innerstädtischen Einkaufszentren warnt. Darin heißt es:

Wird die Eröffnung häufig zur Stärkung der Zentren begrüßt, können diese doch oft massive negative Auswirkungen auf Erscheinungsbild, Einzelhandelstruktur, Mieten und Umsätze in umgebenden



Geschäftsstraßen und Fußgängerzonen haben.

Weiter heißt es im Entwurf des Weißbuchs:

Insbesondere größere Städte stehen vor der schwierigen Aufgabe, ihre Ortsteilzentren zu stabilisieren und qualitativ weiterzuentwickeln.

Diese Warnungen korrespondieren mit einem *FAZ*-Artikel vom letzten Freitag zum Thema Shoppingcenter. Dort ist zu lesen:

Großflächige Einkaufszentren stehen auf der Einkaufsliste von Immobilieninvestoren derzeit ganz oben.

Die derzeitige Shoppingcenter-Rendite liegt laut *FAZ* bei 5,25 Prozent, bei Nebenlagen sogar bei 6 Prozent, und damit deutlich höher als bei Büroprojekten.

Eine solche Rendite können Herr Bauwens-Adenauer und die mfi nur erzielen, wenn sie ein großes, massives Einkaufszentrum auf dem Helios-Gelände bauen, die Einkaufsstellen in der Venloer Straße ruinieren und auch der Innenstadt und anderen Einkaufszentren massiv Kunden abwerben.

Herr Bauwens-Adenauer hat sich auf der Veranstaltung selbst auch in dieser Hinsicht geäußert. Er hat gesagt, dass ihm völlig klar ist, worauf das hinausläuft.

Meines Erachtens sollte er aber überlegen, ob er dieses Risiko überhaupt eingehen will; denn die derzeitige Ladenmiete auf der Venloer Straße liegt bei 10 Euro. Dort kann er auch landen.

Deshalb brauchen wir eine andere Nutzung des Helios-Geländes.

Außerdem brauchen wir eine Verdichtung der Venloer Straße. Wenn wir nur ein oder zwei Baulücken auf der Venloer Straße schließen würden, hätten wir einen erheblichen Beitrag dazu geleistet, diese Gegend zu stabilisieren.

(Beifall bei der Linken.Köln und von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Herr Detjen. - Dann kommen wir zu Herrn Thor-Geir Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und auf der Tribüne! Herr Detjen hat unseren Antrag dankenswerterweise gerade schon ausführlich begründet. Ich wollte mich aber auch noch kurz dazu zu Wort melden.

Zunächst einmal möchte ich mich beim Stadtentwicklungsausschuss für Entscheidung bedanken, beim Helios-Gelände in Ehrenfeld vertieftes ein Bürgerbeteiligungsverfahren durchzuführen. Das ganz großartig und freut außerordentlich - zumal wir in der Bürgerinitiative Helios die Erfahrung gemacht haben, dass wir es dann, wenn wir uns rechtzeitig zu Wort melden und Partner in Politik und Verwaltung finden, schaffen können, dass gemeinsam mit den Bürgern über das Gelände diskutiert wird und die Entscheidungen nicht über die Köpfe der Bürger hinweg gefällt werden, wie das in anderen Städten und auch in anderen Stadtteilen von Köln leider manchmal der Fall ist.

Bei dem von uns jetzt gestellten Antrag geht es uns in erster Linie wirklich nur darum, den Sachstand auf der Venloer Straße zu dokumentieren. Darum wollen wir die Verwaltung bitten. Wie viele Baulücken gibt es? In welcher Form kann man dort weiter verdichten?

Eine Aussage der Potenzialanalyse lautet, dass in Ehrenfeld noch Bedarf für weiteren Handel bestehe, gerade im Textilbereich. Wir wollen feststellen, ob wir diesen Bedarf, wenn er denn tatsächlich existieren sollte, nicht auch auf der Venloer Straße erfüllen können, sodass wir kein Einkaufszentrum brauchen. Wir bezweifeln auch die Aussage, dass ein Einkaufszentrum das Zentrum Ehrenfelds stärken würde.

Damit wir alle zusammen die Chancen und Risiken der Venloer Straße besser bewerten können, möchten wir mit diesem Antrag die Verwaltung beauftragen, uns weitere belastbare Daten zur Verfügung zu stellen. Alle verschiedenen Interessengruppen, ob Einzelhändler oder Immobilienbesitzer, aber auch die Bürgerinitiative Helios und sicher auch der Investor wären dafür dankbar. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Dann kommen wir zu Herrn Zimmermann von der SPD.



(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist heute Tag der Zimmermänner?)

Michael Zimmermann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag, den Sie hier gestellt haben, ist eigentlich kein Antrag für den Rat, sondern ein Antrag für den Stadtentwicklungsausschuss. Wenn die Linke diesen Antrag alleine gestellt hätten wir ihn auch in Stadtentwicklungsausschuss verwiesen, weil sie dort vertreten ist. Da der Kollege Zimmermann ihn mit gestellt hat und er nur hier im Rat vertreten ist, wollen wir ihn gerne heute hier behandeln.

Mit Ihrem Anliegen in Bezug auf ein Baulückenprogramm rennen Sie bei der SPD offene Türen ein.

Schon vor 20 Jahren hat es das erste Baulückenprogramm gegeben. Erst vor kurzem haben wir im Stadtentwicklungsausschuss eine Mitteilung darüber bekommen, wie erfolgreich dieses Baulückenprogramm war. Es hat 1990 begonnen. Die Verwaltung hat mehr als 3 200 Fälle von Baulücken identifiziert. Aus diesen Baulücken sind 19 600 Wohnungen entstanden. Daran erkennen Sie, um welches Potenzial es hier geht. Das ist wohl auch bundesweit unerreicht, wie die Verwaltung richtig dargelegt hat.

Herr Oberbürgermeister, leider ist dieses Baulückenprogramm von Ihrem Vorgänger personell zurückgefahren worden, was nicht günstig war.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nein, das war Frau Kröger!)

Zweiter Punkt zum Baulückenprogramm: Der Rat hat am 2. Februar dieses Jahres "Handlungskonzept Preiswerter Wohnungsbau" beschlossen. Bei der Erarbeitung dieses Handlungskonzepts sollen insbesondere auch die vorhandenen Potenziale in Baulücken und bei Mindernutzungen dargestellt werden. In diesem Zusammenhang wird man sich sicherlich auch mit der Venloer Straße beschäftigen wird dann können. Das kein großer Mehraufwand für die Verwaltung sein.

Gestatten Sie mir noch eine kurze Anmerkung konkret zur Venloer Straße. Herr Kollege Detjen hat gerade geschätzt, dass es dort zwölf Baulücken gibt. Aus meiner Ortskenntnis glaube ich, dass es etwas mehr sind. Ich würde eher

von um die 20 Baulücken sprechen - vielleicht sogar ein bisschen mehr. Das sind auch keine klassischen Baulücken, sondern im Grunde Mindernutzungen, also Grundstücke, die einoder zweistöckig bebaut sind.

Weil das so ist und es dort heute schon zu großen Teilen Einzelhandelsnutzungen gibt - durch Geschäfte, aber auch durch Gaststätten -, teile ich nicht Ihre Hoffnung, man könne daraus ein so großes Potenzial erschließen, dass man dadurch praktisch die Nutzung auf dem Helios-Gelände ersetzen kann.

Dennoch sollte man das überprüfen.

Außerdem führen Sie in der Begründung Ihres Antrags aus:

Die Darstellung der bestehenden Baulücken bzw. minderbebauter Grundstücke würde zur Sachlichkeit der Diskussion beitragen.

Das sehen wir ebenfalls so. Deswegen können wir Ihrem Antrag auch zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke, Herr Zimmermann. - Dann kommen wir zu Herrn Klipper.

Karl-Jürgen **Klipper** Herr (CDU): Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich sage Ihnen von vornherein, dass wir den Antrag ablehnen werden, und zwar nicht aus inhaltlichen Gründen - da stimme ich mit allem überein -, sondern vom Verfahren her. Das, was Herr Zimmermann ganz am Anfang seiner Rede sagte, ist nämlich vollkommen richtig. In der Tat handelt es sich hier ganz klar um einen Antrag ausschließlich für den Stadtentwicklungsausschuss.

Wenn ich mir einmal den Inhalt Ihres Beschlussvorschlages anschaue - nicht das, was Herr Detjen nachher zur Begründung gesagt hat, sondern den Inhalt -, muss ich lesen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die derzeit bestehenden Baulücken, minderbebauten Grundstücke und abbruchreifen Gebäude ... festzustellen bzw. aus dem Baulückenkataster zusammenzustellen. Die Verwaltung



möge bewerten, ob auf diesen Grundstücken eher eine Wohn- oder Gewerbebebauung ... oder eine Mischnutzung vorteilhaft wäre.

Das haben wir alles schon diskutiert. Gerade für die Venloer Straße gibt es eine Aufstellung, die für jedes einzelne Grundstück enthält, wie es genutzt wird und was sich darin befindet, beispielsweise ein Telefonladen oder eine Kneipe. Das gibt es für jedes einzelne Grundstück.

Jetzt beschäftigen wir uns hier im Rat - darum geht es mir eigentlich - mit einer Sache, die überhaupt nicht für eine Diskussion im Rat geeignet ist - zumal dann, wenn das alles zusammengestellt worden ist, laut Antragstext Folgendes geschehen soll:

Diese Mitteilung soll dem Stadtentwicklungsausschuss und der Bezirksvertretung Ehrenfeld kurzfristig zur Verfügung gestellt werden.

Herr Detjen, es tut mir leid; das hat mit dem Rat als übergeordnetem Gremium überhaupt nichts zu tun.

### (Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch Folgendes sagen, Herr Zimmermann: Die FDP und wir haben den Antrag gestellt, die Baulücken noch einmal aufzunehmen, und Frau Kröger gebeten, das aktiv nach vorne zu bringen. Das Einzige, was ich aus diesem Amt gehört habe, war ein Winden; das habe man schon einmal gemacht, das sei zu viel Arbeit usw. Man hat es nicht weiterverfolgt.

Dies noch einmal für eine Initiative im Rat herauszustellen, ist mir, ehrlich gesagt, zu einfach. Ich bin der Meinung, dass der Rat dafür nicht zur Verfügung steht.

Es soll hier auch nicht diskutiert werden. Das kann man alles im Stadtentwicklungsausschuss besprechen - oder überall sonst.

Rein aus diesen formalen Gründen lehnen wir den vorliegenden Antrag ab. Wir möchten uns dann im Stadtentwicklungsausschuss darüber unterhalten.

Herr Detjen, vielleicht gehen Sie ja ab und zu mal hin.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Der dauert ihm zu lange!) - Ja, der dauert möglicherweise zu lange; das ist vielleicht die Macke. - Wir haben am 18. November dieses Jahres eine Vorlage der Verwaltung vom 12. November 2010 für das Helios-Gelände gehabt, in der das Verfahren und die Pläne zur Umsetzung hervorragend dargestellt werden.

Heute - ich erinnere nur an den von Herrn Köhler vorgestellten Antrag, der kassiert worden ist - nimmt man das alles auf. Was Sie hier machen, ist ein billiger Abklatsch davon - und das auch noch im Rat. Herr Detjen, von Ihnen bin ich eigentlich etwas Besseres gewohnt.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Jetzt kommen wir zu Frau Moritz.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Eigentlich könnte man es kurz machen.

# (Beifall bei der CDU)

- Ja, ich mache es auch kurz. - Allerdings stelle ich mir gerade vor, ich säße oben auf der Tribüne und käme dann zu dem Ergebnis, dass die meisten Ratsmitglieder am meisten Wert darauf legen, festzustellen, was sie zuerst eingebracht haben, wer wem was wegnimmt und wer sich was an den Hut steckt.

### (Zurufe von pro Köln)

- Ich warte einmal ein bisschen ab. - Deswegen bin ich jetzt doch nach vorne gegangen, Herr Detien. Ich finde, dass Sie außergewöhnliche Kreativität an den Tag gelegt haben, eine normale Anfrage in einen Antrag zu kleiden. Darüber schmunzele ich jetzt einmal. Sonst würde ich diesen Antrag eigentlich auch ablehnen; denn ich habe mich ebenfalls darüber geärgert. Die aufgrund dieses Antrags zu erstellende Mitteilung der Verwaltung taucht nämlich im Rat nicht mehr auf, sondern geht an den Stadtentwicklungsausschuss, wo sie auch Bezirksvertretung hingehört, und an die Ehrenfeld.

Die Informationen liegen alle vor. Wir haben ein Baulückenkataster. Wenn man die Frage im Ausschuss gestellt hätte, hätte man eine inhaltliche Debatte darüber führen können,



warum unser Baulückenkataster an seine Grenzen stößt. Das tut es nämlich deshalb, weil wir die meisten Baulücken gefüllt haben. Bei den letzten Baulücken, die sozusagen als Kaffeesatz übrig bleiben, kann man dann nur Baugebote anwenden - und Baugebote sind gerichtlich sehr schwer durchsetzbar. Aus diesem Grunde haben wir das nicht mehr so aktiv betrieben. Die Daten liegen aber alle vor.

In Ihrem Antrag führen Sie aus:

Die Verwaltung möge bewerten, ob auf diesen Grundstücken eher eine Wohnoder Gewerbebebauung ... oder eine Mischnutzung vorteilhaft wäre.

Diese Frage ist naiv. An Geschäftsstraßen wie der Venloer Straße, der Neusser Straße, der Bonner Straße und der Frankfurter Straße halten wir überall das Gleiche für sinnvoll, nämlich unten Geschäfte und oben Wohnen. Das gilt für die Venloer Straße wie für all die anderen Einkaufsstraßen.

Trotzdem: Die Verwaltung wird diese Dinge ohne große Mühe vorlegen können. Das sollte als Information hineingegeben werden. Es kommt ohnehin nicht mehr in den Rat. Deswegen können wir auch zustimmen. Ich tue es Herrn Zimmermann zuliebe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Übrigens gehöre ich auch zu den Zimmermännern. Ich bin die Frau von einem Zimmermann.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Das ist heute ja ein großer Zimmermann-Auftrieb. - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch an der Einbringungsrede von Herrn Detjen erkennt man, dass hier mehrere Dinge durcheinandergehen.

An die Bürgerbeteiligung machen wir jetzt einmal einen großen Haken. Das hat der Stadtentwicklungsausschuss gerade beschlossen. Wir sind sehr zuversichtlich, dass dabei etwas Gutes herauskommt.

Dann geht es um die Frage, wie wir die Venloer Straße und den Einzelhandel stärken können. Das wird das Verfahren zeigen. Es gibt bereits die ersten Gutachten. Ich habe eine Ahnung, dass wir da nachher unterschiedlicher Meinung sind. Auch über den Erfolg der Köln Arcaden und der Kalker Hauptstraße sind wir unterschiedlicher Meinung. Ich war der Bezirksvertreter. Mit der Kalker Hauptstraße ging stark herunter.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Vielleicht liegt es am Bezirksvertreter!)

Jetzt sagen Sie, dass es vielleicht nicht so weit abwärts geht. Aus meiner Sicht war die Ansiedlung dort für Kalk ein Erfolg. Da werden wir auch nicht zusammenkommen. Aber das wird das weitere Verfahren entsprechend zeigen.

Außerdem geht es um die Baulücken, die das eigentliche Thema dieses Antrags sind. Hier hat die Stadt auch schon viel gemacht. Eben sind Dinge angesprochen worden. Ich habe auch einmal in meinem Archiv gekramt. Das Baulückenkataster für die Venloer Straße kann ich Ihnen gleich herübergeben. Nach diesem Plan - er ist schon einige Jahre alt; bei der Verwaltung gibt es mittlerweile bestimmt neuere Pläne - hatten wir damals zwischen der Inneren Kanalstraße und der Lessingstraße 23 Baulücken oder Mindernutzungen.

Auch dort müssen wir sauber unterscheiden. Sie haben eben von zwölf Baulücken gesprochen. Ich habe noch einmal nachgefragt. Sie meinten zwölf Mindernutzungen und nicht zwölf Baulücken. Bei Baulücken ist vorne nur ein Zaun und dahinter gar nichts. Bei Mindernutzungen ist, wie die Stadtverwaltung sagt, sogar bis zum zweiten Geschoss etwas vorhanden, nämlich in der Regel gewerbliche Einheiten. Darauf könnte man aber noch Wohnungen bauen, wie Barbara Moritz richtig gesagt hat.

Diese Dinge sieht die Stadt Köln also schon vor.

Sie gehen allerdings noch ein bisschen rabiater vor. Nach Ihrem Antrag soll die Stadt nämlich auch aufzeigen, welche abbruchreifen Gebäude sich an der Venloer Straße befinden. Ich bin einmal gespannt, was dabei herauskommt

(Beifall bei der FDP)

und welche Gebäude an der Venloer Straße die Verwaltung als abbruchreif ansieht. So viele Ruinen sind mir dort eigentlich nicht untergekommen.

Herr Detjen, Sie haben über zwölf Mindernutzungen gesprochen. Herr Zimmermann von der SPD hat die Zahl 20 genannt. Dort befindet sich unten überall schon etwas Gewerbliches. Und wir wissen alle, dass



es ab der ersten Etage nicht mehr funktioniert. Sie bekommen so etwas nicht hin. Früher gab es auf der Neusser Straße noch Möbel Heikaus, wo auf sieben Etagen Möbel angeboten wurden. Irgendwann hat dieses Geschäft auch geschlossen, und das Gebäude ist umgenutzt worden. Die Konsumenten wollen so etwas heute nicht mehr. Sie wollen weder ins Basement noch auf die erste Etage gehen, sondern alles auf einer Ebene haben. Daher funktioniert das nicht.

Deswegen wird bei dieser Prüfung am Ende herausgekommen, dass Sie - ich bin einmal großzügig - 500 Quadratmeter zusätzliche Verkaufsfläche auf der Venloer Straße schaffen können.

Das hilft Ihnen in der Diskussion um das Heliosüberhaupt nicht; denn Gelände Mindernutzungen, die wir heute haben, sind im Zweifelsfall seit 65 Jahren vorhanden. Die Eigentümer hätten doch die Möglichkeit, obendrauf Wohnungen zu bauen. Das haben wir unseren Beschlüssen Stadtentwicklungsausschuss zur Entlastung von den Beiträgen für die Stellplätze doch versucht. Diesen Beschluss haben wir im Jahr 2003 gefasst. Er ist von der Verwaltung in eine Satzung überführt worden. 2009 ist das Ganze noch einmal verlängert worden. Wir wollen ja erreichen, dass obendrauf Wohnungen gebaut werden.

Das heißt: Wenn es 65 Jahre lang - aus welchen Gründen auch immer - nicht geschafft worden ist, aus einer Mindernutzung ein komplettes Haus zu machen, werden wir das wahrscheinlich auch in den nächsten fünf Jahren, in denen wir hier vielleicht noch über das Helios-Gelände diskutieren, nicht schaffen.

sage Ihnen auch Herr Zimmermann, ich Folgendes: Wenn ein großes Bekleidungsunternehmen sich in der Venloer Straße ansiedeln will, dann soll es das doch bitte tun. Das kann es auch heute schon tun. Dann vielleicht kann es zwei oder drei Gewerbeeinheiten zusammen nutzen. Die Unternehmen machen das aber selbstverständlich nicht - und diese Diskussion werden wir in Verbindung mit dem für möaliches Einzelhandelsmix ein Einkaufszentrum am Helios-Gelände führen -, weil man natürlich eine kritische Größe braucht. Schließlich will derjenige, der zum Beispiel bei H & M einkaufen geht, auch beispielsweise zu Saturn gehen usw. Diesen Branchenmix gibt es entsprechenden dort leider nicht. Die

Diskussionen werden wir, wie gesagt, noch führen.

Frau Moritz, Sie waren wenigstens so ehrlich, zu sagen, dass Sie diesem Antrag heute zustimmen, weil Sie jemandem einen Gefallen tun wollen. Sie wollen Herrn Zimmermann einen Gefallen tun. Andere wollen hier vielleicht den Linken einen Gefallen tun. Die müssen ja auch mal etwas dafür bekommen, dass sie hin und wieder bei Ihnen mitstimmen.

Aus diesem Grund wird dieser Beschluss hier gefasst. Deswegen werden damit soundso viele Manntage der Verwaltung eingesetzt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn alles vorliegt, kann es ja nicht so viel sein!)

Das ist eine Beschäftigungstherapie für die Verwaltung, die uns weder in der Frage des Helios-Geländes noch in der Frage der Einzelhandelsnutzung noch in der Frage der Baulücken irgendwie weiterbringt. Deswegen werden wir das als FDP ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Uckermann Jöra (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es liegt uns hier ein Antrag vor unter dem Rubrum "Helios-Gelände und Baulücken auf der Venloer Straße". Uns von der Bürgerbewegung pro Köln ist egal, ob Sie hiermit jemandem einen Gefallen tun wollen oder nicht und ob Sie dem zustimmen, aus welchen Gründen auch immer, um sich bei irgendjemandem beliebt zu machen. Wir stimmen einer Sache nur zu, wenn sie gut ist. Dazu muss das Ganze richtig analysiert werden.

## (Beifall bei pro Köln)

Hier war bisher ein Zuständigkeitsgebrabbel wahrzunehmen, das einer Richtigstellung bedarf: Jedes Ratsmitglied darf zu einem Antrag der eigenen Fraktion in jedem Ausschuss reden. Schlagen Sie einmal in der Gemeindeverfassung nach. Daraus ergibt sich, dass der Kollege, der diesen Antrag eingebracht hat, sehr wohl im Stadtentwicklungsausschuss dazu hätte sprechen können.



Selbstverständlich ist das Thema Ehrenfeld wichtig. Ich bin deshalb froh, dass wir es hier noch einmal aufgreifen und zum Helios-Gelände etwas sagen können. Wenn man allerdings den Beschlusstext liest, fragt man sich: Was hat die Einrichtung eines großen Einkaufszentrums auf dem Helios-Gelände mit den angeblichen Baulücken auf der Venloer Straße zu tun? Die Wissenslücken einiger Kollegen kann ich füllen. Baulücken in diesem Bereich gibt es nicht. Eine mindergenutzte Bebauung ist natürlich vorhanden, aber es besteht jetzt schon ein B-Plan, um die Bebauung dort zu verdichten.

Allerdings muss dazu gesagt werden: Wer die Venloer Straße tagtäglich benutzt, kann feststellen, dass es nach der sogenannten Umgestaltung in verkehrlicher Hinsicht nicht wirklich besser geworden ist. De facto - das kann man sich jederzeit anschauen - wird weiterhin in zweiter Reihe geparkt. Es wird im Prinzip immer schlimmer. Man hat das Gefühl, diese Straße wird zur Einbahnstraße. 80 Prozent dieses Verkehrs sind Ziel- und Quellverkehr aus diesem Stadtteil. Jetzt wollen Sie diesen Stadtteil noch weiter verdichten. Das wird auf dieser Straße für noch größeres Chaos sorgen. Die Bahnen sind doch jetzt schon richtig voll. Wie viele Anwohner haben sich in der letzten Legislaturperiode gegen Verdichtungen gewehrt? Ich erinnere an vorgesehenen Verdichtungen Simrockstraße und in den Nebenbereichen. In der Bezirksvertretung konnten wir das alle gemeinsam abwehren.

Ehrenfeld ist jetzt schon einer der am dichtesten bebauten Stadtteile Kölns. Ich weiß nicht, warum Sie dort noch weiter verdichten wollen. Die Frage, ob Sie auf einem historischen Gelände dem Helios-Gelände jetzt Megaeinkaufscenter errichten wollen, hat doch mit der baulichen Verdichtung gar nichts zu tun. Eben wurde ja die Frage aufgeworfen, wie man den Handel vor Ort stärken kann. Doch nicht, indem man direkt um die Ecke ein megagroßes Einkaufszentrum errichtet. Ehrenfeld ist ein Oberbeziehungsweise Mittelzentrum mit Einzelhandel. der durch Maßnahmen stadtentwicklungspolitische regelrecht ruiniert worden ist. Zuerst ging es durch den U-Bahn-Bau den Bach herunter. Wenn Sie sich dort einmal umschauen, werden Sie feststellen, wie viele Fachgeschäfte nach der von Ihnen veranlassten ominösen Straßenumgestaltung weggezogen sind. Jetzt machen Sie den Leuten Angst mit einem in der Nachbarschaft beheimateten Großeinkaufscenter.

In dem Antrag selbst steht davon überhaupt nichts drin; das wird nur in der Überschrift erwähnt. Das ist lächerlich. Wir werden uns deshalb bei der Abstimmung enthalten. Wie gesagt, wer die Informationen haben will, die gefordert werden, kann sie sich ganz einfach beschaffen. Das tut nichts zur Sache.

Zum Thema Bürgerbeteiligung ist zu sagen: Es war einzig und allein die Bürgerbewegung pro Köln, die im Stadtentwicklungsausschuss mit einem Antrag herbeigeführt hat, dass die Bürgerbeteiligung so gestaltet wird, dass alle Bürger tatsächlich eine Mitwirkungsmöglichkeit haben. Erst dann gilt es zu entscheiden: Wollen wir eine Baugesetzänderung und damit ein Megaeinkaufscenter und damit den klassischen Einzelhandel plattmachen, oder wollen wir das nicht? Das wird die große Frage sein. Das bekommen Sie nicht geregelt, indem Sie hier einen lapidaren Antrag stellen, um Informationen zu bekommen, die Sie sich jederzeit aus dem Internet holen können. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Ich sehe, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer für den Antrag der Fraktion Die Linke.Köln und Herrn Zimmermann ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Linke, die Grünen, Herr Hoffmann und Zimmermann. Wer enthält sich? - Die Fraktion pro Köln. Damit ist der Antrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.6 auf:

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Zukunft der Job-Center in Köln" AN/2093/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion AN/2205/2010

Herr Paetzold, bitte.

Michael Paetzold (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Mit der Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag, um die ich Sie herzlich bitte, spricht sich der Rat der Stadt Köln für ein Job-Center in gemeinsamer Trägerschaft mit der Agentur für Arbeit aus. Die Form einer gleichberechtigten



Aufgabenwahrnehmung, das sogenannte Kölner Modell, hat sich in der Vergangenheit durchaus bewährt. Wir sind bereit, sie fortzusetzen, eine Partnerschaft erwarten aber Augenhöhe. Nur damit sehen wir uns in der Lage, die Verantwortung für die gleichgewichtete berufliche und soziale Integration Arbeitsuchenden zu gewährleisten und damit einen Beitrag zur sozialen Balance in unserer Stadtgesellschaft zu übernehmen.

Im Mittelpunkt all unserer Überlegungen müssen die Menschen stehen, die von der gemeinsamen Einrichtung betreut werden. Der Grundsatz "Armutsvermeidung vor Armutsverwaltung" wird umso wichtiger, je schwächer die Zielgruppe ist. Unser vordringliches Ziel bleibt insbesondere die Eingliederung von Menschen mit Behinderungen, von Älteren und Kranken, von Langzeitarbeitslosen sowie von iungen Erwerbslosen in den normalen Arbeitsmarkt. Ihre individuellen Lebenslagen und auch ihre Möglichkeiten adäquate müssen Berücksichtigung finden.

von uns anstrebte und skizzierte einvernehmliche Partnerschaft sehen angesichts der gesetzlichen Veränderungen im und der aktuellen finanziellen Streichvorschläge der Bundesregierung ganz erheblich gefährdet. Schon in der Vergangenheit beklagten die Träger der Grundsicherung ein auskömmliches nicht Verwaltungskostenbudget. Neue Aufgaben kamen hinzu, ohne die finanziellen Mittel dafür bereitzustellen. Nun soll dieses schon jetzt nicht auskömmliche Budget noch einmal um 9 Prozent gekürzt werden.

Die weiterhin vorgeschlagene Kürzung beim Eingliederungstitel sogenannten für Förderung von Langzeitarbeitslosen hier in Köln um rund 41 Millionen Euro - das entspricht einem Drittel des Budgets - ist schlichtweg zynisch. Damit sollen die Schwächsten der Gesellschaft die größten Lasten des Sparpakets der Bundesregierung tragen. Ihnen werden damit die Perspektiven genommen, die die politisch Verantwortlichen bisher so gerne und so vollmundig propagiert haben. Gerade die älteren, die leistungsschwachen, die psychisch und physisch beeinträchtigten Menschen brauchen unsere Unterstützung und Hilfe zum Erhalt oder zur Wiederherstellung ihrer Erwerbsfähigkeit und zu ihrer beruflichen und sozialen Integration. Genau das war bisher ein sozialpolitischer Schwerpunkt hier in dieser Stadt und Kern des sogenannten Kölner Modells.

Die von Berlin geplanten Kürzungen bedeuten das Aus für viele bewährte Fördermaßnahmen in der Stadt. Sie sind das Ende einer aktivierenden Sozialpolitik für langzeitarbeitslose Kölnerinnen und Kölner. Es kann nicht sein, dass der Erfolg von Job-Centern nur an der schnellen Integration arbeitsmarktnaher Menschen gemessen wird, auch wenn sich das in den Statistiken gut verkauft. Die Arge in Köln verfolgt nicht nur einen beschäftigungspolitischen Ansatz, sondern hat auch einen sozialpolitischen Auftrag. Dieser darf der angesichts Kürzungen bei Bundesagentur nicht unter die Räder kommen.

Deshalb fordern wir unter Punkt 2 unseres Antrags von der Bundesregierung eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung des Eingliederungsbudgets und eine auskömmliche Beteiligung an den realen Kosten der Unterkunft. Genau diese Resolution wollen wir nicht einfach unter den Tisch fallen lassen, wie Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, es mit Ihrem Änderungsantrag beabsichtigen. Man muss bei der Sache schon Ross und Reiter nennen.

Die Rahmenbedingungen für eine einvernehmliche, partnerschaftliche und an den Interessen der betroffenen Menschen orientierte Kooperation müssen eben stimmen. Nur so kann das neue Job-Center in die Lage versetzt werden, seiner Aufgabe nachzukommen. Ich bitte Sie deshalb herzlich um Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Paetzold. - Nächster Redner ist Herr Helling.

Ossi Werner Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir sprechen heute über die Zukunft des Job-Centers in Köln. Damit sprechen wir auch über die Zukunft von circa 120 000 Menschen, die vom Sozialgesetzbuch II betroffen sind. Diesen Menschen wird ihre Grundsicherung - im Volksmund Hartz IV genannt - ausgezahlt, und sie werden auf den Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt vorbereitet. Besser gesagt: Sie sollten darauf vorbereitet werden. Es gibt in Köln immerhin noch 40 000 langzeitarbeitslose Menschen, die tagtäglich auf einen Arbeitsplatz



warten. Ein Einschub zur Erinnerung: In Köln stehen 52 000 Arbeitslosen insgesamt 7 000 offene Stellen gegenüber.

Meine Damen und Herren, da der direkte Übergang in den ersten Arbeitsmarkt nur bei 10 bis 15 Prozent der Langzeitarbeitslosen klappt, kommt alles auf den sogenannten Instrumentenkasten der Arbeitsförderung an. Bisher wurde dieser Instrumentenkasten, den im Allgemeinen das Bundesarbeitsministerium sowie die zentrale Arbeitsagentur in Nürnberg vorgeben, durch die von Kommune und Agentur in Köln gemeinsam geführte Arge konkretisiert und realisiert.

Nachdem der Bundestag und der Bundesrat im Sommer 2010 das Gesetz zur Weiterentwicklung Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende endlich verabschiedet hatte, konnten Kommunen wie Köln dieses Gesetz leider nur mit einem lachenden und einem weinenden Auge zur Kenntnis nehmen. Zwar war ehemals geplante katastrophale Zerschlagung der Zusammenarbeit Sozialämtern und Arbeitsagenturen in Form von Argen vom Tisch und damit die Hilfe aus einer Hand weiterhin gewährleistet und gesichert, dennoch ist strategisch in der zukünftigen gemeinsamen Einrichtung Job-Center eine getrennte Aufgabenwahrnehmung vorgesehen.

Der kommunale Partner soll eigenverantwortlich die Auszahlung von Unterkunftskosten und die flächendeckende Gewährung von komplementären Leistungen wie Schuldnerberatung, Kinderbetreuung usw. steuern und lenken. Vonseiten der Agentur sollen auf der Grundlage von Weisungen und Kontrollrechten der Regionalagenturen und der Bundesagentur alle Integrationstätigkeiten, also Ausgestaltung der sogenannten Eingliederungstitel, durchgeführt werden. Das heißt: Sie soll letztlich entscheiden, welche Instrumente - sei es das JobBörsen Programm, das Angebot "Wege in Arbeit", das Programm "Bürgerarbeit", das Angebot "Sprungbrett" und wie sie alle heißen in Köln - eingesetzt und finanziell bezuschusst werden. Das heißt, die Arbeitsagentur wird durch dieses Gesetz erheblich gestärkt.

Mit unserer heutigen Ratsbeschlussfassung geben wir den Verhandlungen über den zu schließenden Kooperationsvertrag, den wir hoffentlich in der Dezember-Sitzung beschließen werden können, eine klare Richtung. Wir als Kölner Rat wollen nach wie vor keine getrennte Aufgabenwahrnehmung, sondern eine

gemeinsame Aufgabenwahrnehmung. Die Trägerversammlung Köln, die mit der Stadt und zusammenarbeitet, Agentur muss gleichberechtigt über alle wesentlichen Tätigkeiten des Job-Centers Köln beschließen können. Wir bitten alle Fraktionen im Interesse von mindestens 120 000 Kölnern diesem rotgrünen Beschlussantrag zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Herr Helling. - Nächster Redner ist Herr Ensmann.

Bernhard Ensmann (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um die Spannung ein wenig herauszunehmen, will ich Ihnen als Erstes sagen, dass wir Ihrem Antrag zustimmen werden.

> (Beifall bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Dennoch ist es notwendig, dazu noch einige Worte zu verlieren. In dem Antrag finden sich mehrfach die Formulierungen: "es ist anzustreben", "es ist zu erwirken", "es ist zu verhandeln". Eine konkrete Forderung jedoch, die wir als Rat der Stadt Köln heute hier stellen, habe ich vergeblich gesucht.

Gleichberechtigung, wie Sie sie im Antrag und auch jetzt noch einmal mündlich dargestellt haben, ist vom Gesetzgeber nicht gewollt. Es gibt kein Bundesgesetz, das nur für Köln gilt. Gesetz gilt für die gesamte Bundesrepublik Deutschland, und wir sind ein Teil dessen. Unsere spezifischen Probleme können in einem solchen Gesetz daher nicht berücksichtigt werden. Fakt ist: Es gibt mehrere hundert Argen, die in den letzten fünf Jahren bewiesen haben, dass sie nicht dazu in der Lage sind, Langzeitarbeitslose in Arbeit zu bringen. Deswegen hat der Gesetzgeber jetzt die Konsequenzen gezogen und eine Zweistufigkeit im Gesetz festgeschrieben. Das heißt, zum einen ist die Agentur für Arbeit für die Integration in Arbeit allein zuständig; zum anderen haben die Kommunen, die den anderen Part spielen, all das zu regeln, was mit sozialen Komponenten in Zusammenhang steht.

Dass das nicht gleichgewichtet sein kann, lässt sich auch an dem Beispiel belegen, dass das



Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Aufsicht über die Agentur für Arbeit führt, die Länder jedoch die Aufsicht über die Kommunen. Ich will Ihnen noch ein weiteres konkretes Beispiel dafür nennen, das im Leben in einer Großstadt durchaus zu beobachten ist. Ein Polizist geht auf Streife, aber nicht allein, sondern mit einem Partner, der von der kommunalen Ebene, zum Beispiel vom Ordnungsdienst, kommt. Das hat den Sinn und Zweck, Probleme vor Ort optimal lösen zu können. Der Polizist weiß, welche Kompetenzen er hat, und sein Partner vom Ordnungsamt weiß, welche Kompetenzen er hat.

So ähnlich verhält es sich auch bei dem jetzt diskutierten Thema. Ich will das noch einmal für diejenigen deutlich machen, die sich mit dieser Thematik bisher nicht so konkret befasst haben. Hier wird nicht verschmolzen, sondern zwei unterschiedliche Ebenen werden so nahe wie möglich aneinander herangeführt. Sie sollen die Probleme möglichst so geräuschlos bearbeiten, dass der Betroffene, also der Hilfeempfänger, nicht das Gefühl hat, dass er es mit zwei unabhängigen Verwaltungsstrukturen zu tun; das ist die Aufgabe.

In Ihrer Begründung schreiben Sie, die Kooperation sei gefährdet. Dazu sage ich Ihnen: Das, was Sie dazu vorbringen, ist Makulatur.

Zum einen werden wir jeden Monat von der Arge beziehungsweise vom Job-Center - ab dem 1. Januar nächsten Jahres lautet die Bezeichnung ja nicht mehr Arge, sondern Job-Center - über den neuesten Stand informiert. Auch von der Verwaltung werden wir im Ausschuss Soziales und Senioren darüber in Kenntnis gesetzt, zuletzt mit der Mitteilung 6.4 vom 4. November, also ganz aktuell. Darin wird die Situation ganz klar geschildert.

Zum anderen haben uns die Träger, die Stadt Köln und die Arbeitsagentur x-mal versichert, dass sie weiterhin so nahe wie möglich zusammenarbeiten wollen. Allerdings sollte niemand hier im Saal glauben, dass der Leiter der Agentur für Arbeit, Herr Welters, Dinge tut, die vom Gesetz her nicht zulässig sind. Er wird sich ganz strikt - so habe ich ihn über die Jahre hinweg kennengelernt - an das halten, was der Bundesgesetzgeber vorgegeben hat. Er wird genau die Trennlinie einhalten. Auch die Verwaltung der Stadt Köln, vertreten durch Frau Dr. Klein, hat im Sozialausschuss noch einmal deutlich gemacht, dass es der erklärte Wille der Verwaltung ist, im Sinne der Bürger so eng wie

möglich und so effizient wie möglich zusammenzuarbeiten.

Was mich allerdings etwas verwundert hat, ist die Tatsache, dass ich heute um 11 Uhr einen Brief in Kopie bekommen habe, mit dem die Kölner Bundestagsabgeordneten zu einem Gespräch in die Verwaltung eingeladen wurden. Das kann man natürlich machen; dagegen habe ich nichts. Aber glaubt denn irgendjemand hier, dass die Kölner Bundestagsabgeordneten dieses Gesetz, das am 1. Januar in Kraft tritt, noch ändern könnten? Das glaubt doch wohl keiner hier.

Abschließend noch ein Wort zur Situation der Finanzen. lm Grundgesetz wurde eine Schuldenbremse verankert. Ich bin der Frau Bundeskanzlerin dankbar, dass sie darauf achtet, dass diese auch angewendet wird. In Düsseldorf wird ja zurzeit entgegengesetzt agiert. Da werden Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen, um andere zu entlasten, ohne darüber nachzudenken, wer einmal dafür aufkommen muss. Da halte ich es lieber mit Frau Merkel, die beides sieht: die Verantwortung gegenüber den Menschen und Verantwortung gegenüber den Finanzen. Oder möchte einer hier im Saal Verhältnisse wie in Portugal, Spanien, Griechenland oder Irland? Ich glaube, das will keiner. - Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Ensmann. - Nächste Rednerin ist Frau Hoyer.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Zu Beginn meiner Rede möchte ich erst einmal betonen, wie sehr ich mich freue, dass die Argen unter dem Label "Job-Center" gesichert sind. Noch zu Beginn des Jahres war es ja recht fraglich, ob das gelingen wird. Aber aufgrund eines parteiübergreifenden Kompromisses für eine Grundgesetzänderung wird nun auch künftig unter dem Dach der Job-Center die gemeinsame Betreuung - Herr Helling hat es angesprochen - von Langzeitarbeitslosen durch Kommune und Bundesagentur möglich sein.

Für uns war es immer vorrangiges Ziel, im Interesse der betroffenen Menschen an dieser Leistungsgewährung aus einer Hand festzuhalten. Dass dies gelungen ist, ist ein



schöner Erfolg. Hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung der Job-Center ist auch die FDP der Meinung, dass im Interesse einer Aufgabenerfüllung, die sich an den Gegebenheiten und an den Anforderungen vor Ort orientiert, lokales Know-how und Erfahrung gefragt sind. Deshalb können wir uns im Wesentlichen auch den Forderungen von Rot und Grün anschließen.

Wichtig ist uns allerdings, dass in dieser Kooperationsvereinbarung explizit auch Bemühungen angesprochen werden, die den Menschen gelten, die aufgrund ihrer Arbeitsmarktnähe schneller in Beschäftigung vermittelt werden können. Vorrangiges Ziel jeder vernünftigen Arbeitsmarktpolitik muss es sein, Menschen in Beschäftigung zu bringen. Ich persönlich freue mich jedenfalls über jeden, der wieder in Arbeit kommt, egal, ob arbeitsmarktnah oder arbeitsmarktfern.

#### (Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, dieses Plädoyer für arbeitsmarktnahe Personen heißt nicht, dass wir unsere besondere Verantwortung für Menschen, die aufgrund von Handicaps einen erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt haben, vergessen. Wir wissen, dass hier besondere Anstrengungen notwendig sind, und würdigen, dass hier auf Kölner Ebene viele gute Projekte durchgeführt werden. Allerdings halte ich die Forderung von Rot-Grün nach einem Ausbau dieser Proiekte zwar für wünschenswert, aber unrealistisch. Forderungen dieser Art gehören in die politische Diskussion - das hat der Oberbürgermeister mit seinem Brief an die Bundestagsabgeordneten jetzt angestoßen -, aber nicht in Kooperationsvereinbarung.

Bevor Sie mir jetzt wieder den gekürzten Eingliederungstitel vorhalten, komme ich selbst darauf zu sprechen. Natürlich stellen diese Kürzungen die Träger von Beschäftigungsmaßnahmen vor große Probleme, und sie werden Auswirkungen auf die Integration haben. Aber - ich erinnere Sie an den gerade verabschiedeten Kölner Haushalt -: Kürzungen im sozialen Bereich, ob sie uns gefallen oder nicht, finden auf allen politischen Ebenen statt, sowohl auf Bundesebene als auch hier im Kölner Rat.

#### (Beifall bei der FDP)

Wir haben das auch bei der Verabschiedung des Kölner Haushaltes gewürdigt. Die FDP - ich sage es noch einmal - steht für die Konsolidierung von Haushalten. Das heißt auch: Einsparungen, selbst wenn sie wehtun.

zum Punkt Resolution Bundesregierung. Ich nenne hier das Beispiel Kosten der Unterkunft. Hier fordert Rot-Grün, der Bund müsse sich stärker an den realen Kosten beteiligen; das ist ohne Zweifel ein Thema von großer Bedeutung für die kommunalen Haushalte. Deshalb haben wir ja hier im Rat bereits im März gemeinsam eine Resolution beschlossen, in der wir uns für eine Erstattung Unterkunftskosten in einer Höhe ausgesprochen haben, die den Gegebenheiten vor Ort Rechnung trägt.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, wir können jetzt natürlich gebetsmühlenartig jedes halbe Jahr eine neue Resolution zu diesem Thema verfassen. Wir haben gerade von Herrn Thelen gehört, wir sollten uns beim Beschließen von Resolutionen beschränken - nur Sie dürfen sie *immer* fassen.

# (Beifall bei der FDP)

Darüber hinaus ist das auch nicht zielführend, zumal das Thema ja auf der bundespolitischen Agenda ist und im Rahmen der Kommission zur Neuordnung der Gemeindefinanzen behandelt wird.

Mit Verlaub, meine Damen und Herren, ärgerlich ist es schon, wenn SPD und Grüne immer wieder versuchen, dieses Thema allein der jetzigen Bundesregierung in die Schuhe zu schieben. Das Problem der hohen Unterkunftskosten besteht doch darin, dass man sich im Wesentlichen an der Zahl der Bedarfsgemeinschaften orientiert und nicht an den realen Kosten. Wer hat denn diese Berechnungsformel erfunden? Ich sage es Ihnen: Olaf Scholz, seines Zeichens SPD-Arbeitsminister zu Zeiten der Großen Koalition.

Meine Damen und Herren, einer Resolution dieser Art werden wir hier und heute nicht zustimmen. Stattdessen bitten wir Sie, unseren Änderungsantrag zu unterstützen, der sich konkret mit der Situation in Köln beschäftigt. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Hoyer. - Nächste Rednerin ist Frau Stahlhofen.



Gisela Stahlhofen (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nachdem sich jetzt alle so wunderbar einig sind, wird Sie es nicht wirklich verwundern, dass ich mich dagegen aussprechen werde.

Ich will auf die Parteien zu sprechen kommen, die die Hartz-Gesetzgebung zu verantworten einem Nach historisch vergleichbaren politischen Zickzackkurs ist die organisatorische Neuorientierung im SGB II mit der Zustimmung des Bundesrates am 9. Juli 2010 abgeschlossen. Durch die Hartz-Parteien SPD, Grüne, FDP, CDU und CSU wurde 2003, der Vorstandsvorsitzende Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, Deutschlandradio ausdrückte. "ein Mitternachts-Bierdeckel-Kompromiss von beruflich unerfahrenen Menschen" geschlossen. Diesem wurde jetzt das Grundgesetz geopfert. "Mitternachts-Bierdeckel-Kompromiss" - diesen Begriff hatten wir doch schon einmal, nämlich bei den Steuern, oder wie war das meine Damen und Herren? Können Sie mir auf die Sprünge helfen?

Zur Erinnerung: Auch der erste Entwurf zu Hartz IV der damaligen rot-grünen Bundesregierung sah eine organisatorische Umsetzung seitens der Bundesagentur für Arbeit vor. Anstatt die Doppelzuständigkeit zusammenzufassen, ist eine dritte Leistung mit Behörde entstanden. Nun haben wir das Sozialamt, das Arbeitsamt und die Arge beziehungsweise das Job-Center. So viel zu "Leistung aus einer Hand".

Die Linke hat schon immer gefordert: Hartz IV muss weg! Würden Sie dieser Forderung folgen, müssten wir hier nicht darüber diskutieren, wie die kommunale Umsetzung erfolgen soll. Mit der Verfassungsänderung und der kommunalen Umsetzung der Chaoshilfen aus einer Hand wird die Spaltung der Erwerbslosen in solche erster und solche zweiter Klasse verfassungsmäßig zementiert.

Ein neues Modell, in dem die Bundesregierung allein für Beratung und Vermittlung von Arbeitslosen zuständig ist und die Kommune sozialintegrative Leistungen, die für die Arbeitsaufnahme wichtig sind, zur Verfügung stellt, also ein Modell mit einer klaren Aufgabenverteilung, wäre das bessere Modell. Aber selbst gegenüber solchen Forderungen von Fachleuten zeigen sich CDU, SPD, Grüne und FDP als beratungsresistent.

Ich will nun konkret auf den vorliegenden Antrag eingehen: Sie möchten beschließen: Personalausstattung "angemessene mit qualifizierten Fachkräften". Tatsächlich ist gesetzlich bereits vorgesehen, die Trägerversammlung bei Personalbedarfsermittlung zu berücksichtigen hat. Der Betreuungsschlüssel liegt bei 1 zu 75 bei den unter 25-Jährigen und bei 1 zu 150 bei allen anderen Erwerbslosen. Da das bereits gesetzlich geregelt ist, braucht es der Rat nicht extra zu beschließen. In den anderen Bereichen ist mit den Personalräten abzustimmen, welche Personalausstattung angemessen ist.

Sie wollen beschließen, dass "Instrumente gesichert und ausgebaut werden". Ich nehme an, dass Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, mit Instrumenten, die gesichert werden sollen, in erster Linie 1-Euro-Jobs meinen. Ich unterstelle einmal, dass Sie beabsichtigen, die Trägerschaft hier zu sichern. Instrumente, wie beispielsweise die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung, die sogenannten 1-Euro-Jobs, die sich als nicht effektiv erwiesen haben - lesen Sie einmal den Bericht des Bundesrechnungshofs -, müssen genau wie die Bildungsmaßnahmen, die seit 20 Jahren sinnlos sind, gestrichen und durch den Ausbau des öffentlichen Dienstes ersetzt werden.

beschließen: Weiteren wollen Sie "Ausschreibung und Vergabe zum Beispiel des bewährten Pro-Veedel-Programms". Bewährt hat sich das Programm in erster Linie finanziell für die lokalen Träger. Sie machen sich hier stark für EVA, IB, KGAB usw., um sich am SGB II bedienen zu können. Genau in diese Richtung geht leider auch Brief, Herr lhr Oberbürgermeister, Sie nach Berlin den geschickt haben.

In Punkt II formulieren Sie eine Resolution, diese Resolution, wobei die an Bundesregierung gerichtet ist, sehr dürftig ausfällt. Floskeln wie "bedarfsgerecht im Sinne der notwendigen Förderung" und "erhöhte Beteiligung an den realen Kosten der Unterkunft" lassen so viel Spielraum, dass das sogar Frau von der Leven unterschreiben könnte. Nein, wenn schon eine Resolution - ich bin mir sicher, dass ich auch jetzt keine Überraschung erleben werde; denn Sie werden mir nicht zustimmen -, dann eine mit dem Wortlaut, wie wir ihn vorschlagen:

Der Rat der Stadt Köln fordert von der Bundesregierung die Erstellung eines Sofortprogramms zum Ausstieg aus Hartz IV. Bis



dies organisatorisch umgesetzt werden kann, sind die Bedarfssätze auf 500 Euro monatlich anzuheben, die realen Kosten der Unterkunft zu übernehmen und sämtliche Sanktionen auszusetzen.

Ich bedanke mich dafür, dass Sie mir so ruhig zugehört haben.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der FDP ab. Wer für den Änderungsantrag der FDP ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Enthaltungen von pro Köln. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Hoffmann ist der Antrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.7 auf:

3.1.7 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Sicherung der Arbeit der Jugendbüros in Köln" AN/2005/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/2232/2010

Herr Dr. Schlieben, bitte.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Das Budget der Arge für das Jahr 2010 beträgt 108 Milliarden Euro. Für das Jahr 2011 wird es so weit gekürzt, dass nur noch 78 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Damit wir uns richtig verstehen, will ich hier im Rat der Stadt Köln sagen: Ich bedauere diese Kürzungen auch mit Blick auf die möglichen Folgen. Mit Blick auf den Änderungsantrag, der heute hier vorliegt, können Sie meine Darstellung durchaus auch als Appell an die Bundesregierung

verstehen, in Zukunft solche Kürzungen zu überdenken. Sie können das aber auch als Appell an die kommunale Verwaltung und an die Arge hier in Köln verstehen, die Kürzungen so zu gestalten, dass erfolgreiche Maßnahmen auch in Zukunft sichergestellt werden können.

Genau auf diesen Punkt möchte ich meinen Beitrag jetzt fokussieren. Die Arge wird die Kürzungen an die Maßnahmen weitergeben. Aufgrund dieser Kürzungen ist insbesondere die Arbeit der Kölner Jugendbüros gefährdet. Denn die Beratungsverträge mit den Büros sollen wohl über den 31. Dezember dieses Jahres hinaus nicht verlängert werden. Konsequenz wäre, dass die Jugendbüros ihre Arbeit einschränken müssten. Standorte in Ehrenfeld und in der Südstadt wären bedroht. Angebote wie Schulungen und Beratungsgespräche würden von einem Tag auf den anderen wegfallen.

Sie wissen sicherlich, dass die Jugendbüros seit fast zehn Jahren bestehen. Sie helfen unterstützungsbedürftigen Jugendlichen gerade beim Übergang von Schule zur Ausbildung. Über die Hälfte der betreuten Jugendlichen hat nach meinen Recherchen Migrationshintergrund. Die Vielzahl und die Schwere der Probleme der Jugendlichen, egal, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, reicht von Wohnungslosigkeit, psychischen Problemen, Schulden bis zu Drogenproblemen. Zusammenarbeit mit anderen Institutionen haben die Jugendbüros versucht, den Jugendlichen zu helfen, diese Probleme zunächst einmal in den Griff zu bekommen, bevor versucht wird, und zwar durchaus erfolgreich, diese Jugendliche in Unternehmen zu vermitteln.

Sie werden wissen, dass Berufsorientierung, Bewerbungscoaching, Förderkurse in Mathe und Deutsch und die Vermittlung der so wichtigen Soft Skills in diesen Büros stattfinden und nach der Lösung von psychischen Problemen beim konkreten Übergang von Schule zur Ausbildung hilfreich sind. Sie wissen auch, dass die Jugendbüros sehr erfolgreich mit Kölner Unternehmen kooperieren und jährlich etwa 50 Ausbildungsplätze vermitteln konnten.

Ich will das anhand von Zahlen noch genauer festmachen. Von den 487 Jugendlichen im Alter von 15 bis 25 Jahren, die im letzten Jahr von den Kölner Jugendbüros betreut wurden, konnten 43 Prozent in Ausbildung und Arbeit und 24 Prozent in erforderliche Nachqualifizierungen vermittelt werden. Das heißt, wir reden hier über eine Vermittlungsquote von rund 70 Prozent. Die Zahlen, die mir für dieses Jahr vorliegen, nennen



sogar eine Erfolgsquote von 77 Prozent. Eine Eingliederungsquote von rund 70 Prozent belegt eindrucksvoll, dass die Arbeit der Jugendbüros eine der erfolgreichsten Maßnahmen der Arge in Köln ist.

# (Beifall bei Teilen der CDU)

Hier zu sparen, wäre kurzsichtig und würde langfristig zu höheren Sozialausgaben führen. Noch mehr junge Menschen in Köln hätten keine berufliche Perspektive. Deshalb - hier komme ich auf den Anfang meiner Rede zurück - bin ich der Ansicht: Appellieren und Kritisieren ist das eine, aber wenn die Gegebenheiten so sind, wie sie sind, müssen Prioritäten gesetzt werden. Hier und heute fordere ich die Arge auf, in Köln die Prioritäten dahingehend zu setzen, dass eine der erfolgreichsten Maßnahmen weitergeführt werden kann. Wir müssen gerade unseren jungen Kölnerinnen und Kölnern, denjenigen mit sehr schwierigen Startbedingungen, einen fairen Start in die Zukunft und in das Berufsleben ermöglichen.

In diesem Sinne ist auch unser Antrag zu verstehen. Wir fordern die Jugendverwaltung und die Arge Köln auf, nach Möglichkeiten zu suchen, dass diese erfolgreichste Maßnahme der Arge in Köln trotz der Kürzungen, die ich hier zitiert und zu denen ich auch Stellung bezogen habe, über den 31. Dezember dieses Jahres hinaus weitergeführt und dass die Zukunft der Jugendbüros sichergestellt wird.

Ich habe ja schon etwas zum Änderungsantrag von Rot-Grün gesagt. Festzustellen ist, dass sowohl der Änderungsantrag als auch unser Antrag und meine Ausführungen die gleiche Zielrichtung verfolgen. Ich möchte daher die SPD einladen, ihren Beschlussentwurf mit unserem Antrag zu kombinieren und den Auftrag oder den Appell zu formulieren, dass diese zentrale, wichtige, erfolgreiche Arbeit der Jugendbüros in Köln weitergeführt und sichergestellt werden kann.

Meine Damen und Herren, das ist eine Frage der Kommune und der Kölnerinnen und Kölner. Dabei geht es nicht um Bundespolitik. Wir wollen, dass die Arbeit der Jugendbüros auch am 1. Januar nächsten Jahres weitergeht. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Nächster Redner ist Herr Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen Kollegen! Lieber Herr Dr. Schlieben, wir alle waren sehr beunruhigt und teilweise schockiert das hängt von der jeweiligen Fraktion ab -, als wir von den Kürzungen des Etats des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erfuhren, die in dieser Woche in Berlin verabschiedet worden sind. Wir alle sind uns einig, dass das für Köln recht fatale Folgen haben wird. Eben wurde schon erörtert, welch fatale Folgen diese Kürzungen für den Bereich der Job-Center haben werden. Aber das eine hängt ja mit dem anderen zusammen. Aufgrund dieser Kürzungen werden uns als Kommune Mittel in enormer Höhe vorenthalten. Wir müssen auf über 40 Millionen Euro verzichten. Das ist sehr viel Geld. Diese fehlenden Mittel werden unwahrscheinlich zu Buche schlagen.

Schon als das Sparpaket in Berlin besprochen wurde, hat sich die SPD-Fraktion vehement gegen Einschnitte in diesen Bereichen ausgesprochen. In Abgrenzung zu dem Antrag bezüglich der Job-Center geht uns das Maßnahmenpaket, das von der CDU lediglich für den Bereich der Jugendbüros vorgeschlagen wird, nicht weit genug. Die Förderung von Jugendlichen, jungen Erwachsenen und zum Teil jungen Familien ist nur eine Maßnahme unter sehr vielen Maßnahmen, die jetzt akut gefährdet sind. Auch diese anderen Maßnahmen arbeiten äußerst erfolgreich und sind für verschiedenste Zielgruppen außerordentlich notwendig. Es sind Maßnahmen wie das Programm "JobPerspektive", das Modellprojekt "KABO -Aktivierung, Beratung Klärung, Orientierung", die Fachberatung für Arbeit und Gesundheit, das Projekt "Fit für den Job" und viele andere mehr, die im nächsten Jahr keine Neuauflage, keinen Neustart beziehungsweise keine Option haben, weiterzumachen. Viele der betroffenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden ohne Perspektive dastehen, eine Maßnahme zur Eingliederung zu erhalten.

Ich denke, wir alle sind uns fraktionsübergreifend einig, dass das nicht passieren darf. Der Unterschied ist: Vorher haben wir von Ihnen wenig gehört. Erst nachdem bekannt wurde, dass auch Köln von den Einschnitten betroffen sein wird, hören wir einen Aufschrei. Diese Kürzungen betreffen ja nicht uns allein. Das Sparpaket der Bundesregierung betrifft jede Stadt und jede Kommune. Wir sind natürlich besonders stark betroffen, weil wir aufgrund



bestimmter Strukturen relativ hohe Bedarfe in diesem Bereich haben.

Die erfolgreiche Arbeit muss weitergeführt werden. Deswegen gehen wir mit unserem Änderungsantrag einen Schritt weiter, indem wir sagen: Alle Maßnahmen, die in diesem Bereich davon betroffen sind, müssen weitergeführt werden. Das heißt also, nicht nur eine Maßnahme, wie Sie hier vorschlagen, sondern alle. Somit ist das der weitergehende Antrag.

Wir bitten Sie, unserem Änderungsantrag zuzustimmen. Wir alle müssen gemeinsam verhindern, dass es in Köln zu einer Einstellung dieser Eingliederungsmaßnahmen kommt. Eine Fortführung ihrer erfolgreichen Arbeit muss auch 2011 möglich sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Dr. Heinen. - Nächster Redner ist Herr Helling.

Ossi Werner Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die CDU möchte - wir haben es gehörtdie Arbeit der Jugendbüros sichern. In der Rede zum letzten Tagesordnungspunkt ging es um Probleme der zukünftigen Job-Center. Diese Probleme koppeln sich mit den dramatisch gesunkenen Zuweisungen des Bundes zum Eingliederungstitel in Köln.

Rot-Grün hat in all den Debatten, die seit Wochen und Monaten geführt werden, frühzeitig reagiert, unter anderem durch Ratsanträge, aber auch durch die massive Unterstützung des Plans, endlich einmal alle Kölner Bundestagsabgeordneten hierher zu holen, damit sie in der Arge sozusagen sinnlich erfahren, wohin diese betriebsblinden Berliner Beschlüsse hier in Köln führen.

Eben wurde hier eingewandt: Was bringt das denn? Denn das Sparpaket und der Haushalt 2011 sind längst beschlossen. Lassen wir doch die Kölner Bundestagsabgeordneten lieber in Berlin ihre Arbeit machen. - Nein, meine Damen und Herren, die Abgeordneten müssen sich hier vor Ort ansehen, zu welchen Einschnitten es Beschlüsse durch ihre in der Kölner Beschäftigungspolitik kommt. Sie müssen erkennen, dass zumindest in den Haushalten 2012, 2013 und 2014, die von

Bundesregierung ebenfalls als zu kürzende Haushalte angesehen werden, kein Spielraum mehr besteht, weitere Kürzungen auf dem Rücken der Großstädte auszutragen. Insofern ist diese Einladung eine Einladung voller Hoffnung. Wir werden versuchen, die Abgeordneten zu überzeugen, dass die Situation in Köln dramatisch ist.

dieser Meine Damen und Herren, in Gemengelage registriert CDUder Fraktionsvorstand offenbar nur ein einziges Problem, nämlich die Gefährdung der Arbeit der Jugendbüros in Köln. Um sich nun bei den Trägern der Jugendbüros als harte Macher zu profilieren, wird ein radikaler Ratsantrag gestellt. Die bisher offensichtlich schlafenden und unvernünftig planenden Institutionen Jugendamt und Arge sollen jetzt sofort eine 100-Prozent-Garantie für 2011 abgeben; zur Not - auch das steckt in dem Antrag drin - soll die Kommune dafür zahlen. Dieser Vorschlag provoziert drei Anmerkungen von meiner Seite:

Erste Anmerkung: Es geht überhaupt nicht um eine Fehlplanung des Jugendamtes oder der Arge. Es geht darum - das hat mein Vorredner schon gesagt -, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung in Berlin immer weiter eine Umverteilung der öffentlichen Mittel von unten nach oben provoziert.

Hören Sie jetzt zu. Sie haben eben andere Zahlen genannt und gesagt, dass überall gespart werden muss. Aber das stimmt so nicht; denn nach den Planungen aus dem September sollte Beispiel Bundeshaushalt der 3,8 Prozent gekürzt werden. Der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, geführt von der potenziellen Merkel-Nachfolgerin Ursula von der Leyen, sollte aber um 7,9 Prozent gekürzt werden. Die jetzigen Nachrichten vermelden sogar eine 10-prozentige Kürzung. designierte Kanzlernachfolgerin Ursula von der Leyen rechtfertigt diese Kürzungen mit dem dreisten Argument, die Arbeitslosigkeit in Deutschland sei drastisch gesunken.

(Ulrich Breite [FDP]: Das ist richtig!)

Das führt dazu, dass bei der Bundesagentur für Arbeit bedenkenlos 1,5 Milliarden Euro gestrichen werden.

(Ulrich Breite [FDP]: Ja, genau!)

Und das schlägt jetzt in Köln durch, nämlich mit einer über 30-prozentigen Kürzung des Eingliederungstitels für das zukünftige Job-



Center Köln. In den Statistiken der Arge Köln sucht man einen 30-prozentigen Rückgang der Langzeitarbeitslosen allerdings vergeblich.

(Ulrich Breite [FDP]: Schlechte Arbeit!)

Im Vergleich zum Jahr 2010 werden in 2011 im Eingliederungstitel Mittel in Höhe von 30 bis 40 Millionen Euro fehlen, und das bei gleicher Anzahl von Bedarfsgemeinschaften und von langzeitarbeitslosen Kölnern.

(Ulrich Breite [FDP]: Da sind andere Städte besser! Das ist alles Rot-Grün!)

Das führt zu einer Gefährdung der Jugendbüros, und das führt auch zu einer Gefährdung von anderen Einrichtungen. Folgen Sie deshalb unserem Änderungs- und Ersetzungsantrag, der vorsieht, die Bundesregierung auch in diesem Zusammenhang erneut scharf zu kritisieren.

Zweite Anmerkung: Selbstverständlich sind von den Kürzungen neben Jugendlichen auch andere Zielgruppen betroffen, nämlich psychisch Kranke, ältere Arbeitslose über 55 Jahre usw. Die CDU muss offenbar noch lernen, nicht die eine Zielgruppe gegen die andere auszuspielen, da sie nämlich versucht, nur die Arbeit der Jugendbüros sicherstellen zu lassen.

Dritte und letzte Anmerkung: Nach den vielen Debatten wundern wir uns etwas, dass die CDU, die seit Wochen gegen die mit dem Haushalt beschlossene Erhöhung der Gewerbesteuer polemisiert hat, obwohl trotz erhöhter Gewerbesteuer das soziale Netz kaum noch zu finanzieren ist, jetzt sagt: Aus den knappen, den gekürzten Mitteln in Köln soll ein Träger, nämlich die Jugendbüros, besonders bevorzugt werden.

Von daher lehnen wir den CDU-Antrag und die damit verbundene Initiative ab. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herzlichen Dank. - Nächste Rednerin ist Frau Laufenberg.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist doch sehr traurig, dass Rot-Grün in Köln 8 Prozent des Sozialetats kürzen darf, die schwarz-gelbe Bundesregierung jedoch dafür zur Verantwortung gezogen werden soll, wenn sie Kürzungen vornimmt. Land, Bund und

Kommune müssen gemeinsam den Haushalt stemmen. Dementsprechend müssen wir alle dazu beitragen.

Zum Thema: Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Das trifft auch auf die Maßnahmen für arbeitslose Jugendliche hier in Köln zu. In der Mitteilung der Verwaltung vom 16. November 2010 im Jugendhilfeausschuss über den Bericht U-25-Konferenz wird deutlich, nebeneinander bestehende Unterstützungssysteme hier in Köln aufeinander abgestimmt und vernetzt werden müssen. Zudem sind Rolle und Aufgabenverteilung der verschiedenen Systeme immer noch nicht gekoppelt und nicht klar. Das bedeutet: Wir haben hier grundlegende Dinge noch nicht erreicht. Trotzdem werden diese Maßnahmen hier als Beispiele für das Kölner Modell genannt, die weiter fortgeführt werden sollen statt diese Systeme umzustrukturieren. So sollten zum Beispiel Kinder und Jugendliche, die Probleme haben, nicht zu den Einrichtungen hinkommen müssen, sondern von professionellen Kräften abgeholt werden. Darüber diskutieren wir schon seit längerer Zeit. Streetwork ist natürlich ein richtiger Ansatz. Trotzdem haben wir es noch lange nicht geschafft, hier in Köln zielführend zu arbeiten.

Ein Baustein aller dieser Systeme, die nebeneinanderher arbeiten - das geht aus der Mitteilung der Verwaltung klar hervor -, ist das System der Jugendbüros, die mit einer Quote von 43 Prozent zwar noch nicht zufrieden stellend arbeiten, aber sicherlich einen Schritt in die richtige Richtung gehen. Deshalb möchte die FDP-Fraktion dem Antrag der CDU gerne zustimmen.

Den Änderungsantrag von SPD und Grünen lehnen wir jedoch ab. Das liegt daran, dass er sehr viel weiter geht, indem er die Kürzungen zurücknehmen möchte, die die Bundesregierung auferlegt hat. Vielleicht hat die liebe CDU den Antrag ja nicht richtig gelesen. Im Antrag von SPD und Grünen heißt es nämlich: "... und zusätzlich zu dem realen Bedarf anzupassen". Das bedeutet, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, Sie möchten durch die Hintertür noch einen draufsetzen, und das trotz der finanziellen Situation, in der sich Kommune, Land und Bund heute befinden. Das können wir nicht mitmachen. Deswegen lehnen wir den Antrag ab. - Vielen lieben Dank.

(Beifall bei der FDP)



**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Laufenberg. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wir stimmen zuerst über den weitergehenden Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab. Wer für den Antrag von SPD und Grünen ist, bitte ich um das Handzeichen. - SPD und Grüne. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der CDU und Herrn Hoffmann ist der Antrag angenommen.

Wir stimmen nun über den endgültigen Antrag der CDU in der Fassung des Änderungsantrages von SPD und Grünen ab. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen.

> (Winrich Granitzka [CDU]: Das ist doch unser Antrag – Weitere Zurufe)

- Ja, das ist ein Änderungsantrag. -

(Winrich Granitzka [CDU]: Ach so! Entschuldigung!)

Der Änderungsantrag von SPD und Grünen ist eben beschlossen worden. Wir stimmen jetzt ab über den Antrag der CDU in der Fassung des Änderungsantrages von SPD und Grünen. Wer für diesen endgültigen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der CDU ist dieser Antrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.8 auf:

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Risiken des neuen Personalausweises" AN/2078/2010

Herr Rouhs, bitte.

Manfred Rouhs (pro Köln): Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der neue Personalausweis kommt. Er wird internettauglich sein, und das ist prinzipiell gut so. Selbstverständlich müssen wir in Zukunft in der Lage sein, uns online eindeutig zu identifizieren. Und selbstverständlich wird der wissenschaftliche Fortschritt auch in diesem Bereich an der Bundesrepublik Deutschland und an der Stadt Köln nicht vorbeigehen. In früheren Zeiten haben wir Deutsche die Spitze des Fortschritts gestellt und diesen nachhaltig bereichert. Diese Zeiten sind vorbei. Heute liegen wir immerhin noch einigermaßen gut im Mittelfeld. Deshalb werden wir auf solche

Instrumente selbstverständlich nicht verzichten können.

In dem Moment aber, in dem die Stadt Köln die erste Version, die Nullnummer sozusagen, dieses online lesbaren Personalausweises an ihre Bürgerinnen und Bürger ausgibt,

(Einzelgespräche bei der FDP)

steht sie im besonderen Maße in der Pflicht, die Bürger mit einer Reihe von wichtigen Fakten vertraut zu machen, die es in diesem Zusammenhang zu beachten gilt, und zwar von jedem, der ein solches Ausweisdokument in Empfang nimmt.

- Kann die FDP-Fraktion ihre Sitzung vielleicht in die eigenen Fraktionsräume verlegen und sie nicht hier im Stadtrat abhalten?

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich darf Sie wirklich bitten, von Einzelgesprächen Abstand zu nehmen.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Danke, Herr Oberbürgermeister.

Meine Damen und Herren, in dem Moment, in dem ein Mensch, der vielleicht im Umgang mit dem Internet, mit Online-Medien und auch mit den Gefahren, die in diesem Bereich lauern, nicht so versiert ist, zur Behörde kommt und seinen neuen Personalausweis in Empfang nimmt, geht er davon aus, dass er dieses Arbeitsmittel relativ frei von hohen Risiken verwenden kann. Wenn er beim Empfang nicht ausdrücklich zum Beispiel auf die Notwendigkeit angesprochen wird, dass er auf seinem Computer, über den er von diesem von der Stadt empfangenen Instrument Gebrauch machen will, einen aktuellen Virenschutz zu installieren und eine ganze Reihe andere, für versierte Nutzer allgemein bekannte Spielregeln zu beachten hat, um Datendiebstahl vorzubeugen, wird er bei der Anwendung dieses online verwendbaren Personalausweises Schiffbruch zu erleiden.

Wird das jedoch nicht kommuniziert und der Bürger schlichtweg sich selbst überlassen, wird es dazu kommen, dass alles, was schiefgehen kann, schiefgeht. Das ist als das Murphy'sche Gesetz bekannt. Dann werden die Menschen nicht nur zu diesem neuen Personalausweis Distanz entwickeln, sondern auch Distanz zu den



Behörden; diesbezügliche Vertrauensverluste sind ja sowieso schon sehr umfassend festzustellen. Die Menschen werden aber auch nach den Verantwortlichen suchen und fragen: Warum sind wir nicht aufgeklärt worden? Dem muss die Kölner Kommunalpolitik vorbeugen und deshalb der Verwaltung eine klare Handlungsanweisung geben. Jedem, der den neuen Personalausweis in Empfang nimmt, müssen gleichzeitig auch Richtlinien für den sicheren Umgang mit diesem Instrument ausgehändigt werden.

Meine Damen und Herren, gegenwärtig sind eine Reihe von merkwürdigen Gerüchten im Umlauf. Da heißt es, man könne den Personalausweis mit einem an den Computer angeschlossenen Lesegerät verwenden, das es entweder sogar umsonst gibt oder das sich vom Nutzer dieses online lesbaren Personalausweises im niedrigen Preissegment erwerben lässt. Jedermann, der nur ein bisschen versiert ist im Umgang mit diesen Formen von Technologie, die ja in anderen Bereichen ihre einschlägigen Vorläufer haben, weiß, dass das eindeutig und ganz ausdrücklich nicht der Fall ist.

Die Geräte in der Preisklasse von 20, 30 oder 40 Euro, die schon auf dem Markt sind oder in Kürze neu auf den Markt kommen werden, sind insofern nicht sicher, als ein Hacker, der einen Trojaner auf dem Rechner platziert hat, die PIN auslesen kann, die über dieses Gerät eingegeben wird. Das ist technisch eindeutig nachgewiesen.

Es gibt Geräte, die sicher sind. Es mag sein, dass solche Geräte eines Tages auch nur 20 oder 30 Euro kosten werden. Gegenwärtig bewegen sie sich allerdings in einem Preissegment von 150 Euro aufwärts. Sie verwenden ein kryptografisches Verfahren. Das ist nach aller bisherigen Erkenntnis nicht mit vertretbarem Aufwand zu knacken.

In dem Moment, meine Damen und Herren, in dem Ihre Beamten den neuen Personalausweis an die Bürger ausgeben, müssen Sie also solche Sachinformationen eruieren und dafür sorgen, dass bei jedem einzelnen Kölner, der einen neuen Ausweis bekommt, Sachinformationen auch tatsächlich ankommen. Ansonsten wird die Ausgabe der ersten Version. Nullnummer. online des lesbaren Personalausweises eine Angelegenheit sein, die für sehr viele Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt einen schlimmen Ausgang nehmen wird. Um dem vorzubeugen, bitte ich Sie, meine

Damen und Herren, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.9:

3.1.9 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Zukünftiges Verfahren bei Haushaltsplanberatungen" AN/2072/2010

Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zum Haushaltsrecht der Kommunen steht in der Kommentierung der Gemeindeordnung zu § 75 - ich zitiere -:

Ausgehend von der Budgethoheit des Rates ist der Haushaltsplan als zentrales Steuerungsinstrument zu betrachten.

Dieses Steuerungsinstrument haben insbesondere SPD und Grüne in den letzten Jahren missbraucht.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Sie haben in den letzten Jahren die Verwaltung immer wieder beauftragt, den Haushaltsentwurf entweder zu einem sehr späten Zeitpunkt vorzulegen oder sogar einen Doppelhaushalt vorzulegen. Rot-Grün hat damit die Stadt Köln in die vorläufige Haushaltsführung getrieben. Das wieder immer dazu geführt, Haushaltsmittel nur prozentual auf eine gewisse Zeit freigegeben wurden. Für die freien und sozialen Träger ist das ein unerträglicher Zustand. Da keine Rechtssicherheit geschaffen wurde. mussten in einigen Fällen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen und konnten Leistungen nur eingeschränkt angeboten werden. Rot-Grün hat Bürgerbeteiligung ausgehebelt und einen Bürgerhaushalt ausfallen lassen. All das sind Verstöße gegen die Gemeindeordnung.



In § 80 der Gemeindeordnung ist festgelegt, dass die Haushaltssatzung der Aufsichtsbehörde mindestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres anzuzeigen ist. Spätestens im November muss also in der Regel der Haushalt verabschiedet sein. Wenn der Rat eine wirkliche Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen Gesellschaft will, muss er Macht abgeben oder zumindest Zugeständnisse machen. Der Rat muss kalkulierbar sein. Die freien und sozialen Träger müssen weit im Voraus wissen, wann die Haushaltsberatungen stattfinden, damit sie sich darauf einstellen und sich in die Haushaltsberatungen einmischen können. Sie müssen ja auch ihren Haushalt aufstellen; das darf man nicht vergessen.

Das Gleiche gilt für den Bürgerhaushalt. Er funktioniert nur, wenn alle Akteure auf Augenhöhe miteinander kommunizieren. Es darf nicht sein, dass ein Bürgerhaushalt ausfällt. Das ist kontraproduktiv. Noch viel schlimmer ist, wenn sich die Parteien, die den Haushalt beschließen, die Vorschläge herauspicken, die ihnen am besten in den Kram passen.

#### (Beifall bei Teilen der FDP)

SPD und Grüne haben einen Vorschlag gemacht, ohne auf die anderen Parteien zuzugehen, ein Unding in einem normalen Bürgerhaushaltsverfahren. Der Bürgerhaushalt muss in einem Konsensprinzip aufgestellt, verabschiedet und dann in den Haushalt eingestellt werden. Das ist das Prinzip des Bürgerhaushalts. Wer dagegen verstößt, wird langfristig dazu beitragen, dass es nicht mehr funktioniert.

Haushaltspolitik muss der Rat steuern; das ist gar keine Frage. Aber, meine Damen und Herren, wir brauchen Haushaltsklarheit, Haushaltswahrheit und Haushaltstransparenz. Das ist das Entscheidende.

# (Beifall bei Teilen der FDP)

Wir müssen ein geordnetes Bürgerhaushaltsverfahren garantieren. Deshalb: Stoppen wir das Haushaltschaos in Köln! Wir haben in diesem Jahr die Gelegenheit - auch Sie, Herr Oberbürgermeister, denn der Rat beauftragt ja Sie als Chef der Verwaltung, die Verfahren, die schlecht gelaufen sind, zu verändern -, zu sagen: Wir gehen in ein geordnetes System über und machen dann jährliche Haushalte. Wir können auch über zweijährige Haushalte diskutieren; da bin ich offen. Aber ich will ein geordnetes System, das wirklich in sich stimmig ist und bei dem alle Beteiligten den Ablauf kennen. Dass es in wenigen Fällen zu Ausnahmen kommen kann, weil beispielsweise Landtagswahlen oder Ähnliches stattfinden, darüber will ich jetzt gar nicht richten. Aber wir brauchen ein geordnetes System, das von allen Parteien hier im Rat mitgetragen wird. Das wäre mir sehr wichtig. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** So weit Herr Detjen. - Nächster Redner ist Herr Böllinger.

Werner Böllinger (SPD): Tia. Herr Detien, das waren wirklich starke Worte. Allerdings haben Sie mit Ihrem Antrag ein Thema auf die Tagesordnung der heutigen Ratssitzung setzen lassen, das wahrhaftig nicht neu ist. Seit Jahrzehnten wird im Rat Kritik daran geübt, dass die Haushaltsplanberatungen nicht rechtzeitig neuen Haushaltsjahres Beginn des vor abgeschlossen werden, wie so es Gemeindeordnung, wenn auch lediglich als Sollvorschrift, regelt. Ich kann das relativ gut beurteilen, weil ich das seit mindestens 30 Jahren wenn nicht sogar länger in den unterschiedlichsten Funktionen mitverfolgt habe. In keinem einzigen Jahr, soweit mir erinnerlich ist, konnte diese eherne Anforderung realisiert werden, und zwar völlig unabhängig davon, welche politische Kraft in Köln gerade das Sagen hatte. Auch der CDU ist das zu ihrer Regierungszeit hier nicht gelungen, obwohl sie das vorher - ich kann mich daran noch gut erinnern - von der Oppositionsbank noch vehement gefordert hatte.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und obwohl sie von der FDP dabei unterstützt wurde! – Zuruf: Hat auch nicht geholfen! - Heiterkeit)

Man mag dieses Verfahren oder diesen Zustand kritisieren, aber wenn man sich mit der Thematik sachlich-fachlich auseinandersetzt, wird man feststellen, dass es sehr viele Zwänge gibt, die eine Großstadt wie Köln an einer frühzeitigeren Haushaltsverabschiedung hindern. In einer Vielzahl von Fällen sind es äußere, von den Verfahrensbeteiligten überhaupt nicht beeinflussbare Rahmenbedingungen, die die Terminabläufe bestimmen. So kommen - das muss ich eigentlich nicht noch einmal wiederholen - beispielsweise die Ergebnisse der



Steuerschätzung und auch die Festsetzungen Mitteln im Rahmen Gemeindefinanzausgleichs regelmäßig so spät, Haushaltsberatungen dass die den Ratsgremien nicht schon vor Beginn Haushaltsjahres abgeschlossen werden können. Gerade die Zahlen der Steuerschätzung und des Gemeindefinanzierungsgesetzes sind wichtige Parameter für die kommunale Haushaltsplanung. Erst wenn diese vorliegen, besteht ein ausreichendes Fundament, um darauf eine seriöse, solide und verantwortliche Haushalts- und Finanzpolitik aufbauen zu können.

Deshalb kann auch Planungssicherheit für freie Träger erst dann gewährt werden, wenn einigermaßen hinreichend gesichert ist, dass die Finanzierung der Mittel, die dafür benötigt werden, im Rahmen einer geordneten Haushaltswirtschaft auch bereitgestellt werden können, und nicht vorher. Dies hat im Übrigen nichts mit Intransparenz oder fehlender demokratischer Mitsprache und Kontrolle zu tun; diese objektiven äußeren Zwänge können wir nicht einfach negieren, auch nicht mit gut gemeinten Anträgen im Rat.

Erlauben Sie mir im Übrigen - Herr Detjen hat das eben auch getan - einen rechtlichen Hinweis. Wenn man sich mit haushaltsrechtlichen Vorschriften befasst, muss man auch den Aufbau einer Gemeindeordnung richtig verstehen. § 75 der Gemeindeordnung ist eine allgemeine Regelung. Bei § 80, in dem das Verfahren zur Aufstellung des Haushalts geregelt ist, handelt es sich dagegen um eine sogenannte Lex specialis. Danach ist relativ klar geregelt, dass der Kämmerer das unentziehbare Recht hat, den Entwurf der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen - dazu gehört übrigens auch der Haushaltsplan - aufzustellen. Ein irgendwie Vorverfahren geartetes sieht Gemeindeordnung ausdrücklich nicht vor. Das mag uns als Rat nicht gefallen, die Rechtslage ist aber eindeutig und auch durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit vielfach bestätigt.

Rahmen der Aufstellung des Haushaltsentwurfs es somit der obliegt Entscheidung des Kämmerers, ob er einen Jahreshaushalt oder einen Doppelhaushalt aufstellen möchte. Dabei steht a priori nicht fest, ob Jahreshaushalte oder Doppelhaushalte von vornherein von Vorteil sind. Es gibt überhaupt keine objektiven Kriterien, an denen man das messen kann. Deshalb muss man zwangsläufig situationsbedingt entscheiden. Insoweit bringt auch ein Antrag an die Verwaltung, Vor- und Nachteile dieser beiden Möglichkeiten darzustellen, nur wenig.

Erlauben Sie mir noch eine Anmerkung zum Bürgerhaushalt. Der Kölner Bürgerhaushalt ist insbesondere wegen der damit verbundenen Umsetzungsprobleme in einer Millionenstadt ohne Zweifel ein viel beachtetes Modellproiekt. kann fester Bestandteil moderner Er Haushaltspolitik werden. Allerdings haben die letzten Jahre gezeigt, dass unser Kölner Prototyp noch Schwächen hat und in dem einen oder anderen Punkt nachgebessert werden muss. Der Rat hat diesbezüglich bereits Aufträge erteilt und Beschlüsse gefasst. Die Vorarbeiten Ich ausgesprochen laufen. bin zuversichtlich, dass wir zum Haushalt 2012 einen modernen Bürgerhaushalt präsentieren können, der dann integraler Bestandteil unserer Haushaltsberatungen in Köln werden wird.

Zusammenfassend stelle ich fest: Das Begehren der Antragsteller ist zwar nachvollziehbar, es berücksichtigt jedoch nicht die realen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Wir als SPD-Fraktion können daher dem Antrag der Fraktion Die Linke nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank für die kleine Lehrstunde. - Nächster Redner ist Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Die Linke hat einen Antrag zum zukünftigen Verfahren bei Haushaltsplanberatungen gestellt. Die Spielregeln hat Herr Böllinger eben dargelegt. Dem ist nichts Weiteres hinzuzufügen. Ich möchte aber auf Ihre Begründung eingehen und auf das, was Sie, Herr Detjen, vorgetragen haben.

Man kann das in zwei Sätzen zusammenfassen: Es herrscht übelste Willkür. Ein rot-grünes Terrorregime hat hier zugeschlagen. - Das kann man natürlich hier nicht so stehen lassen. Denn: Natürlich hätte einen normalen es Jahreshaushalt gegeben, wenn nicht einige "Kleinigkeiten" geschehen wären: Zum einen hat uns die Finanzkrise, von der noch im ersten Quartal 2009 nur geringe Auswirkungen zu spüren waren vollständig erfasst - einige Mitglieder des Finanzausschusses waren ja damals noch in dem Glauben, sie ginge an Köln, der Insel der Glückseligen, vorbei. Zum anderen



wurden den Kommunen von höheren Instanzen bestimmte Auflagen erteilt, die bekanntlich zu einem großem Defizit geführt haben. Wenn man den Haushalt im ersten Quartal so wie vorgesehen fortgeführt hätte, wäre er mit absoluter Sicherheit in einem geregelten Haushaltskonsolidierungskonzept gemündet. Dessen Nachteile sind hier diskutiert worden.

Selbst diejenigen, die am 7. Oktober gegen den Haushalt gestimmt haben, sind doch froh, dass nicht geregelten uns in einem Haushaltskonsolidierungskonzept befinden, sondern dass wir einen freiwilligen Konsolidierungsplan aufgestellt haben. Das war durch die Strategie Doppelhaushalts möglich, weil man dadurch Zeit gewinnen und solidere Ausgangsdaten zugrunde legen konnte. Das ist das, was Herr Böllinger da stimme ich ihm zu - meinte, als er von "situationsbedingtem Handeln" sprach. Das steht immer wieder an.

In den meisten Jahren wurde der Haushalt im Oktober, manchmal auch Anfang November eingebracht und dann im Februar/März verabschiedet, weil dann die Rahmenbedingungen -

Gemeindefinanzierungsgesetz, Herbst-Steuerschätzung und eine genaue Schätzung der Gewerbesteuereinnahmen - erfüllt sind und man hinsichtlich der Einnahmen einigermaßen auf der sicheren Seite ist. Das lässt sich auch jetzt wieder feststellen. Der Mitteilung im letzten Finanzausschuss konnten Sie entnehmen, dass hinsichtlich der Einschätzung der Gewerbesteuereinnahmen fast Punktlandung hingelegt haben. Wir haben jetzt eine Quote in Höhe von 100,5 Prozent; das bedeutet eine sehr hohe Genauigkeit. Wir wissen auch, dass jetzt keine Veranlagung mehr kommt. Das heißt: Man lag mit diesen Daten doch einigermaßen gut. Das ist für eine vernünftige Einschätzung der Haushaltslage natürlich sehr wichtig: denn damit lassen sich auch die Ausgaben vernünftig planen.

Zum Bürgerhaushalt. Es ist natürlich so, dass der Bürgerhaushalt immer synchron zum Gesamthaushalt gefahren wird. Das haben wir bisher so gemacht, und das wird auch so bleiben. Es ist geplant, im Januar eine Beiratssitzung zum Bürgerhaushalt durchzuführen,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Die soll es geben! Die ist auch schon wieder abgesagt worden!)

in der die genaueren Eckdaten für den Start des nächsten Bürgerhaushaltes diskutiert werden sollen. Ich gehe davon aus, dass wir noch vor der Osterpause einen Beschluss fassen, wie der nächste Bürgerhaushalt startet. Wir haben eine Evaluierung - das ist übrigens ein interessanter Bericht, über den es sich zu diskutieren lohnt und werden daraus Schlussfolgerungen dahingehend ziehen, an welchen Positionen der Bürgerhaushalt, der durchaus auch Schwächen hat, verändert werden muss. Aber das ist eine Sache, die nicht nur Arbeit, sondern auch Zeit erfordert. Das lässt nicht mit einem einfach hingeschmetterten Antrag regeln. Insofern finden wir den Antrag absolut nicht seriös. Deshalb stimmen wir ihm auch nicht zu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Frank. - Nächster Redner ist Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich den Antrag von der Linken gelesen habe, habe ich mir gedacht: Donnerwetter! Die Linke ist lernfähig. Das hätte ich ihr in der Form gar nicht zugetraut. Die FDP-Fraktion hat dieses Thema schon mehrfach angesprochen. Herr Detjen, am Applaus vonseiten der FDP-Fraktion konnten Sie ablesen, dass wir uns gefreut haben. Das kommt ia nicht bei allen Themen vor. Aber hier haben Sie einmal nachgesessen finanzwissenschaftliche Bücher und Ausführungen zu diesem Thema gewälzt. Das, was Sie in Ihrem Antrag schreiben, ist vollkommen richtig und übrigens auch seriös. Diesen Vorwurf würde ich mir an Ihrer Stelle nicht gefallen lassen, gerade in dem Punkt nicht. Das, was Sie formuliert haben, ist seriös. Es kommt nicht häufig vor, dass ich Ihnen das sage; aber hier stimmt es.

Wenn man der Argumentation von Herrn Jörg Frank vom Bündnis 90/Die Grünen folgen würde, hätte das letztendlich die Konsequenz, dass wir den Haushalt immer am 31. Dezember, also am Ende des Jahres, beschließen, weil dann nämlich alle Daten vorliegen. Aber das hat dann nichts mehr mit Haushaltsplanung zu tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)



Herr Böllinger, Sie haben vollkommen recht. Ich habe das zwar noch nicht 30 Jahre lang mitverfolgen können, aber es sind doch schon einige Jahre. Trotzdem will Ihnen sagen: Auch Sie als Kämmerer haben es wahrscheinlich nicht geschafft, dass wir den Haushalt sofort im Januar beschließen konnten. Soweit ich das überblicken kann, ist der Haushalt jedoch zu Ihrer Zeit als Kämmerer erst Oktober/November verabschiedet worden. Zu so später Zeit spielt dann die Budgethoheit, von der Sie sprachen, beim Beschluss des Rates allerdings keine Rolle mehr.

Ich stimme Ihnen zu, wenn Sie sagen: Wir müssen uns anstrengen, den Haushalt am Anfang des Jahres zu beschließen. Aber ich sehe immer noch einen Unterschied darin, ob man einen Haushalt im März verabschiedet oder erst im Oktober, wie es in diesem Jahr geschehen ist. Dann kann man nämlich nicht mehr von einem Doppelhaushalt reden. Vielmehr ist das dann nur noch ein Jahreshaushalt; denn die meiste Zeit des ersten Jahres ist ja bereits abgelaufen. Dass die Verwaltung es lieber hat, wenn der Haushalt erst zu einem späten Zeitpunkt verabschiedet wird, ist uns natürlich klar. Aber es ist das originäre Recht des Rates, von uns allen hier, die Kontrolle über die städtischen Finanzen auszuüben. Um das tun zu muss der Haushalt frühzeitig können, verabschiedet werden. Ansonsten können wir unsere Budgethoheit gar nicht wahrnehmen. Während der Zeit, in der wir auf die Aufstellung des Haushalts warten müssen, liegt die Budgethoheit bei der Verwaltung. Damit sind die Rechte des Rates faktisch eingeschränkt.

In dem Antrag der Linken geht es gar nicht so sehr darum, darzustellen, beim was Bürgerhaushalt bisher nicht so gut geklappt hat. Vielmehr heißt es darin, dass wir eine Verzahnung benötigen. Bis jetzt habe ich den Plädovers aller Fraktionen entnehmen können, dass sie für eine solche Verzahnung sind. Genau das wird in diesem Antrag gefordert. Allerdings müssen wir jetzt zur Kenntnis nehmen, dass es sozusagen Mode wird, einen Doppelhaushalt zu verabschieden. Damit wird der Bürgerhaushalt zu den Akten gelegt, weil dadurch eine Verzahnung angeblich nicht möglich ist. Das kann nicht Sinn der Sache sein. Dann werden die Bürgerinnen und Bürger dabei auch nicht mehr mitmachen. Man kann doch einen Bürgerhaushalt nicht zwei Jahre lang aussetzen und glauben, dass man die Bürger mit einer Informationskampagne dann schon wieder mit ins Boot holen kann. Die Bürgerinnen und Bürger müssen doch den Eindruck gewinnen, dass ihre Vorschläge für den Bürgerhaushalt nicht ernst genommen und sie an der Entscheidung gar nicht beteiligt werden.

Darum sind wir der Meinung, dass dieser Antrag richtig ist. Wir wissen auch, dass die rechtlichen Ausführungen von Herrn Böllinger vollkommen korrekt sind. Aber das hat damit nichts zu tun. Der Rat kann deutlich machen: Wir wollen, dass die Verwaltung, ihren Haushalt frühzeitig aufstellt und er eingebracht werden kann, damit wir unsere Rechte auch wahrnehmen können. Darum werden wir diesem Antrag zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Frank:** Die nächste Wortmeldung kam von Herrn Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dass man durchaus mit Schätzungen arbeiten kann, sehen Sie zurzeit beim Bundeshaushalt. Der Bundeshaushalt wird morgen verabschiedet, und zwar nicht für das Jahr 2010, sondern für das Jahr 2011. Ebenso wie bei unserem Haushalt basieren auch da die Steuereinnahmen nur auf Schätzungen.

Mir missfällt Folgendes: Der Haushalt hat ja eine bestimmte Aufgabe zu erfüllen. Sie, Herr Oberbürgermeister, sind dafür verantwortlich, die Planung vorzulegen. Der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2010 war eigentlich schon im Februar fertig. Sie selbst hatten ihn eingebracht, dann aber aufgrund der politischen Konstellationen im Zusammenhang mit der anstehenden Landtagswahl damals zurückgezogen. Sie, Herr Oberbürgermeister, haben somit den Haushalt missbraucht, weil Sie die darin vorgesehenen Kürzungen für das Jahr 2010 nicht vor der Landtagswahl offenlegen wollten. Das war der eigentliche Grund und nicht, dass die Schätzungen noch nicht vorlagen.

#### (Beifall bei der CDU)

Und ich sage Ihnen noch etwas, Herr Oberbürgermeister: Soweit ich es richtig in Erinnerung habe, haben wir den Haushalt am 7. Oktober verabschiedet. Am letzten Montag haben Sie, Herr Oberbürgermeister, eine Mitteilung herausgegeben, aus der hervorgeht, dass abweichend von dem Haushalt, der erst am



7. Oktober verabschiedet worden ist, 69 Millionen Euro mehr zur Verfügung stehen.

(Zuruf: Das gibt es doch gar nicht!)

69 Millionen Euro zugunsten unserer Stadt! Die Gewerbesteuereinnahmen wurden damals auf 895 Millionen Euro geschätzt, tatsächlich sind es jetzt 905 Millionen Euro geworden. Dafür ist die Stadt sehr dankbar. Aber daran sehen Sie, dass Sie, obwohl Sie den Haushalt erst zu einem späten Zeitpunkt eingebracht haben, zu dem alle Schätzungen bekannt waren, trotzdem eine Fehleinschätzung getroffen haben.

Am ärgerlichsten an der ganzen Sache finde ich, dass dem Rat, dem ja eine Controlling-Funktion beim Haushalt zukommt, an der Ausübung dieser Funktion gehindert wurde, weil Sie den Haushalt erst am 7. Oktober haben verabschieden lassen. Bis dahin hatten wir überhaupt nicht die Chance auf Controlling, keine Planungssicherheit, keine Transparenz.

(Beifall bei Teilen der CDU - Zuruf: Die Verwaltung macht was sie will!)

Ich habe Verständnis dafür, dass man bestimmte Parameter braucht, wie Herr Böllinger eben gesagt hat. Aber es muss doch möglich sein, den Haushalt im ersten Vierteljahr des Folgejahres zu verabschieden. Dann kann er nicht so leicht manipuliert werden wie geschehen.

Dem Kämmerer, der hier neben mir sitzt, will ich die Frage stellen: Wie ist es eigentlich zu einem Positiv von 69 Millionen Euro gekommen? Warum stand das nicht schon in dem Haushalt, der im Oktober eingebracht worden ist? Herr Kämmerer, in dem Haushalt beispielsweise keine Mittel für Reparaturen an einem Bauwerk eingestellt, weil sie in diesem Jahr gar nicht mehr gemacht werden können. Die dafür vorgesehenen 12 Millionen Euro wurden dann auf einmal als Positiv dargestellt, weil die Arbeiten erst im nächsten Jahr gemacht werden können. Ich frage Sie: Warum wurden sie nicht schon in den am 7. Oktober verabschiedeten Haushalt eingestellt? Vielleicht wusste der Kämmerer ja nicht, was in den einzelnen Dezernaten passiert. So, wie hier in Köln der Haushalt gesteuert wird, ist es falsch. Das entspricht nicht den Grundsätzen der modernen Verwaltungsführung einer Großstadt. Die Dezernate müssen viel enger zusammenarbeiten.

69 Millionen Euro! Herr Oberbürgermeister, das ist ein Betrag, mit dem man viel Gutes für die

Stadt Köln hätte tun können, und wenn er nur dazu genutzt worden wäre, die Schulden zu begrenzen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sie wünschen, dass ich die Debatte zusammenfasse.

(Zurufe: Ach! – Zuruf von der CDU: Herr Oberbürgermeister, das ist nicht seine Rolle!)

Ich kann das relativ ruhig tun; denn mein Vorredner - ich bin ihm dankbar dafür - hat hier schon mit markigen Worten um sich geworfen. Dafür hätte ich längst einen Ordnungsruf bekommen.

(Beifall bei pro Köln - Peter Kron [SPD]: Kommt noch!)

- Ja, kommt noch. Ich weiß, Herr Kron, Sie haben bestimmt wieder Regie geführt. Es fragt sich nur, wann die Ordnungsrufe kommen. Sie scheinen ja sehr interessiert an diesem Thema zu sein, wenn Sie nebenbei hier noch Zeitung lesen können oder dürfen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Kommen Sie zur Sache.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich komme zur Sache, Herr Oberbürgermeister. Wir stimmen Punkt 1 dieses Antrags zu. Das ist für uns vollkommen selbstverständlich; denn Haushalt heißt Planungssicherheit. Dass man, wie es in dem Antrag heißt, spätestens im Dezember 2011 die Haushaltssatzung für das Jahr 2012 verabschiedet und das auch in den Folgejahren so hält, ist an sich eine Selbstverständlichkeit.

Hier ist eben gesagt worden, aufgrund von politischer Trickserei und Opportunität sei hier herumlaviert worden. Grundsätzlich ist zum Haushalt zu sagen, dass man hier schon gewissermaßen griechische Verhältnisse attestieren kann, wenn auch im übertragenen Sinne. Die Griechen haben ja auch der EU immer gemeldet: Alles in Ordnung; schaut einmal



auf den Haushalt. So ist es auch hier: Man kann der Regierungspräsidentin zeigen: Schau mal, wir haben einen Haushalt. - Aber wie tragfähig ist er, wenn schon knapp vier Wochen nach seiner Verabschiedung die ersten Budgetüberziehungen in Höhe von 3,5 Millionen Euro - darüber werden wir gleich noch sprechen - auf den Tisch kommen? Da frage ich mich, Herr Roters: Haben Sie hier den Zufall durch den Irrtum ersetzt? Was bringen dann solche Beratungen?

Ich hätte mir gewünscht - das fehlt in diesem Antrag; aber das werden Sie vielleicht noch selbst einbringen -, dass die Einzelbudgets noch viel stärker unter die Lupe genommen werden. Ich hätte mir gewünscht, dass in jedem Ausschuss quasi eine Vorberatung stattfindet, wie es im Landtag oder im Bundestag üblich ist. Wenn das hier im Rat mehr oder weniger in einem Hauruckverfahren - das war in den letzten beiden Jahren so - durchgezogen wird, ist doch vollkommen klar, dass man als Ratsmitglied kaum noch die Möglichkeit hat, dahinter zu steigen. Von daher: Punkt 1 ist sinnvoll.

Der Rest des Antrags der Linken beinhaltet im Prinzip wieder, wie sie mit bolschewistischen Methoden - -

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich erteile Ihnen hiermit einen zweiten Ordnungsruf.

Jörg Uckermann (pro Köln): Für was denn?

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Weil Sie einer demokratischen Partei bolschewistische Methoden unterstellt haben.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ja, natürlich. Dazu kann ich auch noch etwas sagen. Ich habe noch drei Minuten. Ich wollte zwar gerade zum Schluss kommen, will Ihnen aber auch sagen, warum. Schauen Sie, ich habe diesen Bürgerhaushalt - -

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Sie haben einen zweiten Ordnungsruf bekommen.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Ja, einen zweiten. Das ist doch schön.

(Markus Wiener [pro Köln]: Das ist unglaublich, Herr Oberbürgermeister! – Bernd M. Schöppe [pro Köln]: Schämen Sie sich, Herr Oberbürgermeister!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Schöppe, Sie bekommen ebenfalls einen Ordnungsruf.

(Beifall bei Teilen der SPD, der CDU und der FDP)

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich stelle fest: Sie sind heute sehr großzügig mit Ihren Ordnungsrufen. Das ist ja wirklich interessant.

(Markus Wiener [pro Köln]: Die Verwaltungsgerichte werden viel zu tun bekommen, Herr Oberbürgermeister! - Bernd M. Schöppe [pro Köln]: Peinlich!)

Ich will jetzt trotzdem weiter zur Sache sprechen. Wir wollen ja den Sitzungsverlauf beschleunigen.

Ich kann Ihnen auch sagen, was ich mit diesen Methoden meine. Es war doch so: Dieser Bürgerhaushalt ging durch alle Stadtbezirke. Man wurde großartig eingeladen zu großen Volksversammlungen, wie man sie in einem sozialistischen System kennt. Da kamen in Ehrenfeld sieben Leute. Sieben! Das waren alles Politfritzen. Sie wurden dorthin gekarrt und haben dann den Bürgerhaushalt verabschiedet. Die Mehrheit weiß davon nichts. Die Mehrheit traut sich gar nicht, sich in die Debatte einzubringen. Der Bürgerhaushalt ist eine Mogelpackung, weil der Bürger immer wieder den Ereignissen hinterher läuft, während eine kleine Minderheit, eine Presure-Group, das mit ich sage das Wort mit "b" jetzt nicht - Methoden auf ihre Art und Weise durchsetzen kann. Dabei bleibe ich. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Kahlen als noch amtierender Kämmerer.

**Stadtdirektor Guido Kahlen:** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Klipper, Sie hatten ja eine Frage gestellt, die ich jetzt beantworten will.

Erster Punkt: Was hätten Sie gemacht, wenn von Ihnen der Haushalt 2010 im Mai planmäßig



beraten und dann auch hätte beschlossen werden müssen?

(Zuruf: Zwei Nachträge!)

Wir haben dann Nachträge geliefert. Ich glaube, insgesamt war diese Zeitversetzung wichtig, weil wir Folgendes einkalkulieren konnten: positive Ergebnisse auf dem Arbeitsmarkt, positive Ergebnisse im Bereich von Hartz IV sowie positive Ergebnisse auch auf der Einnahmenseite.

Zweiter Punkt: Das, was Sie eben angesprochen haben, ist die klassische Bugwelle, die Sie in vielen Haushaltsjahren haben, nämlich dass wir am Ende des Jahres feststellen müssen: Wir haben Haushaltsreste. und wir haben möglicherweise sogar Liquiditäten aufgenommen, die nicht abgerufen worden sind. Das ist kein Spezifikum dieses Doppelhaushaltes gewesen. Das ist ein durchgängiges Phänomen, an dem wir alle arbeiten, und zwar zusammen mit Ihnen.

Letzter Punkt: Wissen Sie, dass voraussichtlich bei einer entsprechend positiven Einschätzung der Bezirksregierung am 1. Januar 2011 der Haushalt 2011 in Kraft tritt?

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Klipper dazu.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Oberbürgermeister! Dass man hier Nachhilfe bekommt, finde ich ja richtig. Aber, Herr ich erlaube Ihrem Kämmerer. mir, Erinnerungsvermögen ein wenig auf die Sprünge zu helfen. Wir hatten schon im Mai eine andere Gewerbesteuerentwicklung, als Steuerschätzung voraussagte. Es war genau umgekehrt: Im Gegensatz zu den Zahlen, die die Steuerschätzung im Mai auswies, die nämlich von sinkenden Einnahmen ausging, haben wir einen Zuwachs an Einnahmen zu verzeichnen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir reden von unterschiedlichen Jahren)

- Nein, nein, nein.

Zu dem letzten Punkt, den Sie genannt haben: Ich bin doch nicht blöd, Herr Kämmerer. Ich weiß doch selbst, dass die Regierungspräsidentin, wenn sie hier ihren Antrittsbesuch macht, den Bescheid für den verabschiedeten

Doppelhaushalt mitbringen wird. Das weiß ich natürlich. Sie brauchen mir doch nicht zu sagen, dass Sie natürlich - der Doppelhaushalt gilt ja für die Jahre 2010 und 2011 - am 1. Dezember auch den Bescheid für 2011 bekommen. Mir ging es aber um das Jahr 2010. Da haben Sie elf Monate gebraucht, und zu der diesbezüglichen Frage haben Sie überhaupt gar nichts gesagt.

Und noch eines, Herr Kämmerer: Wir haben uns vor zweieinhalb Jahren von der Kameralistik verabschiedet. Deswegen: Lassen Sie es sein, hier mit Ausgabenresten zu argumentieren. Denn damit haben wir nichts mehr zu tun. Heute ist es möglich, Mittel von einem Bereich in einen anderen zu übertragen. Damit hängt die cashmäßige Situation nicht zusammen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Ich kenne ja meinen Freund. Darüber müssen wir hier nicht diskutieren. Darüber haben wir schon so oft diskutiert. Deswegen sei es mir noch gestattet, zu sagen: Herr Kämmerer, die eigentlichen Aufgaben, die der Haushalt erfüllen soll, sind im Jahr 2010 nicht erfüllt worden: weder das Controlling, noch die Transparenz noch die sonstigen Planungsaufgaben. All diese Aufgaben sind im Jahr 2010 trotz der schwierigen Finanzsituation nicht erfüllt worden. Wir werden sehen, wie sich das im Jahr 2011 gestalten wird.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Linken.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Bitte Einzelabstimmung!)

- Sie haben Einzelabstimmung beantragt. Gut, dann werden wir über die vier Punkte des Antrags einzeln abstimmen.

Wer für Ziffer 1 des Antrags der Linken ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP, die Fraktion pro Köln, Herr Zimmermann, Herr Hoffmann und die Linke. Wer enthält sich? - Damit ist das abgelehnt.

Wer für Ziffer 2 dieses Antrags ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP, Herr Zimmermann, Herr Hoffmann und die Linke. Wer



enthält sich? - Keine Enthaltungen. Ebenfalls abgelehnt.

Wer für Ziffer 3 dieses Antrags ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP, die Linke, Herr Zimmermann und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Keiner. Ebenfalls abgelehnt.

Wer ist für Ziffer 4 dieses Antrags? - Die FDP, Herr Hoffmann, Herr Zimmermann und die Linke, wie gehabt. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur endgültigen Abstimmung über diesen Antrag. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Die FDP, Herr Hoffmann, Herr Zimmermann und die Linke. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist der Antrag abgelehnt.

Dann kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe auf:

3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Parteipolitischen Missbrauch des NS-Dok stoppen" AN/2082/2010

Frau Wolter, bitte.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Beim NS-Dokumentationszentrum handelt es sich um ein städtisches Museum im besonderen Sinne. Zum einen soll es die Bürger informieren, das Unrecht des NS-Regimes aufarbeiten und dokumentieren. Zum anderen ist es eine Gedenkstätte für die Opfer dieses Regimes.

So wird auf zwei Etagen des Hauses in einer großen Dauerausstellung die Geschichte Kölns präsentiert. Nationalsozialismus Die Ausstellung beschränkt sich nicht auf einzelne Themenbereiche wie Widerstand Verfolgung, sondern unternimmt den Versuch. die Geschehnisse und Entwicklungen in der damaligen Gauhauptstadt in ihrer Gesamtheit darzustellen. Die im Zellentrakt eingerichtete Gedenkstätte lässt in eindrucksvoller Weise etwas von der Angst und dem Schrecken erahnen, die die damals hier Inhaftierten durchleiden mussten.

Diese Doppelstellung erfordert einen besonders sensiblen Umgang mit dem EL-DE-Haus. Die Würde der Opfer gebietet es, dass eine sachliche Auseinandersetzung mit dem schrecklichen Thema geführt wird. Im Vordergrund muss eine wissenschaftliche

Betrachtung der Zeit des Nationalsozialismus stehen. Ansonsten wird das Haus nicht nur seinem Namen nicht gerecht, sondern es wird zur Verharmlosung damaliger Verbrechen beigetragen.

Parteipolitische Streitereien sollten an diesem denkwürdigen Ort keinen Platz haben. Erst recht darf das NS-Dokumentationszentrum nicht dazu missbraucht werden, politische Minderheiten auszugrenzen.

# (Beifall bei pro Köln)

Genau dies geschieht jedoch derzeit, wenn im EL-DE-Haus beispielsweise eine Veranstaltung durchgeführt wird, die sich mit der Arbeit der Ratsfraktion pro Köln beschäftigt.

Dass das Niveau der Veranstaltung weit unter der angekündigten wissenschaftlichen Auseinandersetzung zurückgeblieben ist und tatsächlich nur politische Propaganda gemacht wurde, will ich gar nicht weiter thematisieren. Es ist schlimm genug, dass sich Journalisten wie Herr Überall nicht zu schade sind, eine angebliche Studie zu veröffentlichen, deren Ergebnis bereits zu Beginn feststand und die nicht einmal den Versuch macht, die eigenen Behauptungen wissenschaftlich zu untermauern. Da kann das Motiv nur gewesen sein: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.

# (Beifall bei pro Köln)

Dass aber auf einer derartigen Veranstaltung tatsächlich von einem Vertreter der etablierten Parteien vom Podium aus gefordert wird, man müsse die Polizei dazu bringen, dass sie die Infostände der Bürgerbewegung pro Köln nicht mehr schützt, ist ein ungeheurer Skandal. Hierdurch sollen die Mitglieder der Bürgerbewegung pro Köln für vogelfrei erklärt und den gewaltsamen Übergriffen der politischen Gegner ausgeliefert werden.

Dass dieser Kommunalpolitiker auf die Idee kommt, er könne die Arbeit der Polizei bestimmen, zeigt wenig Verständnis für rechtsstaatliche Zusammenhänge.

# (Beifall bei pro Köln)

Warum fordert er nicht gleich, man möge die unliebsamen pro Kölner inhaftieren? Am besten eröffnet man ein ganz besonderes Gefängnis für diese politischen Häftlinge. - Diese Argumentation führt uns dann doch wieder ganz in die Nähe des EL-DE-Hauses.



Im Interesse der Demokratie in dieser Stadt und im Interesse der Opfer des Nationalsozialismus ist es dringend erforderlich, dass dieser parteipolitische Missbrauch des NS-Dokumentationszentrums umgehend unterbunden wird.

(Beifall bei pro Köln)

Schließlich wird hierdurch nicht nur pro Köln diffamiert und diskriminiert. Auch die CDU war mit Jürgen Rüttgers bereits Inhalt einer Ausstellung, die sich mit dem offensichtlich sehr dehnbaren Begriff des Rechtsextremismus beschäftigte.

Sie sollten daher unabhängig von Ihrer eigenen parteipolitischen Zugehörigkeit dafür sorgen, dass das EL-DE-Haus ein wissenschaftliches Dokumentationszentrum und eine würdige Gedenkstätte bleibt. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Ludwig.

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Pro Köln liefert mit dem vorliegenden Antrag und auch mit seiner Anfrage unter Tagesordnungspunkt 4.4 selbst die Argumente, warum es absolut richtig ist, dass sich Menschen Gedanken machen, wie diese Gruppierung gestoppt werden kann.

(Zurufe von pro Köln)

Die Frage 3 aus der Anfrage zeigt beispielhaft die Methoden von pro Köln.

(Markus Wiener [pro Köln]: Heuchelei!)

Ausgerechnet im ehemaligen Gestapo-Hauptquartier, so heißt es dort, sei zur Unterdrückung politischer Minderheiten aufgerufen worden.

In Worten distanziert sich pro Köln von der Nazi-Vergangenheit. Gleichzeitig zieht man jedoch eine Verbindung zwischen Methoden der Nazizeit und der angeblichen politischen Unterdrückung, die pro Köln heute angeblich erleiden muss.

(Bernd Schöppe [pro Köln]: Sie sind doch mitten dabei!)

Das tun Sie von pro Köln, indem Diskussionsveranstaltungen, bei denen Aussagen von pro Köln diskutiert und beleuchtet werden, in die Nähe des Terrors des Naziregimes gerückt werden - in die Nähe von Verfolgung auf der Grundlage von Rassenwahn, Folter und Massenmord. Wenn die Leute über pro Köln diskutieren, hat das nach Ihrer Darstellung schon den Anklang von brutaler Unterdrückung. Das sind Ihre Methoden.

Natürlich formuliert pro Köln diese Gleichsetzung nicht wörtlich - das wäre ja zu deutlich -, sondern wir hören hier salbungsvolle Worte von Frau Wolter. Stattdessen sendet man Signale für bestimmte Zielgruppen aus. Der Öffentlichkeit und den Medien gegenüber präsentiert man sich als eine Gruppe, die sich von der Nazizeit distanziert - und der Masse der Wählerinnen und Wähler gegenüber auch. Aber den anderen rechten Gruppen und dem härteren Teil der Anhängerinnen und Anhänger signalisiert man durch diese Art von Vergleichen, dass man bereit ist, die Verbrechen der Nazizeit zu relativieren.

Bis 2003 hat pro Köln mit offenen Nazis wie der NPD oder den Kameradschaften zusammengearbeitet.

(Zuruf von pro Köln: Lügner!)

- Da gibt es genug Fotos; kein Thema. - Die von pro Köln veranstalteten Aufmärsche zum Beispiel im März 2003 waren von den Stiefel-Nazis geprägt.

Mit Beginn des Kommunalwahlkampfes 2004 wurden die Methoden geändert. Heute unterscheidet sich die Taktik von pro Köln deutlich von derjenigen der NPD oder der Kameradschaften. Die demokratische Tarnkappe wird als zentrales Instrument gesehen, breitere Schichten zu erreichen. Pro Köln will aktuell keine Schlägertrupps aufbauen, sondern leistet ideologische Vorfeldarbeit.

Während die Herren Rouhs, Wiener oder Beisicht diese Linie geradezu penetrant durchhalten und vor lauter gefressener Kreide auch schon einmal den Spott bekennender Nazis auf sich ziehen, können die Bündnispartner oder auch die eigenen Mitglieder nicht immer so streng an die Kandare genommen werden und sind nicht so diszipliniert.

Regelmäßig müssen wir von Freunden oder Mitstreitern der sogenannten Bürgerbewegung hören, die gewalttätig geworden sind. Der



ehemalige Antwerpener Polizist Bart Debie vom nationalistischen Vlaams Belang, der von pro Köln hier im Rathaus schön empfangen wurde, rassistisch motivierter wurde wegen Körperverletzung im Amt und Verdunkelungsgefahr zu vier Jahren verurteilt, drei davon zur Bewährung ausgesetzt. Mario Borghezio von der italienischen Liga Nord, der 2008 bei der lächerlichen Kundgebung namens Anti-Islam-Kongress auf dem Heumarkt sprach, wurde verurteilt, weil er die Zelte von Flüchtlingen in Brand gesteckt hatte. Von diesen Beispielen gibt es viele. Auch Herr Uckermann hat sich ja nicht immer unter Kontrolle und wurde kürzlich wegen einer Körperverletzung gegen eine Demonstrantin verurteilt.

Diese Vorfälle sind keine Ausrutscher. Sie liegen im System pro Köln, auch wenn die Gruppe sich jeweils distanziert. Jede faschistische Ideologie zieht Durchgeknallte und Gewalttäter an - auch in Zeiten, in denen das der jeweiligen Gruppe taktisch nicht genehm ist.

Es gibt also genug Gründe, gegenüber pro Köln wachsam zu sein und diese Gruppe genau zu beobachten. Sie verkaufen sich hier als Opfer, sagen, Sie würden verfolgt, und stellen infame Vergleiche an. Tatsache ist: Sie von pro Köln sind hier keine Opfer. Sie können im Rat Reden halten, bis uns und den Gästen auf der Tribüne die Ohren schmerzen. Sie können Büros unterhalten. Sie können Ihre Propaganda verteilen. Sie sind keine Opfer, sondern schwimmen opportunistisch mit dem Strom der sogenannten Islamkritik und nutzen diesen, um Ihre weiter gehenden Ziele einzubringen.

Es wäre absolut unwissenschaftlich, wenn sich das NS-Dokumentationszentrum nur mit der Vergangenheit als etwas Abgeschlossenem beschäftigen würde; denn das Entscheidende ist doch, dass die wissenschaftliche Aufarbeitung der Nazizeit nur dann Sinn macht, wenn daraus die Lehren für die heutige Zeit gezogen werden.

Dazu gehört es auch, die Vorformen und getarnten Varianten faschistischer Politik zu erkennen, sie analytisch zu bearbeiten und Gegenstrategien zu diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.Köln, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Es gibt noch eine Wortmeldung. - Sie können das vom Platz aus machen.

Manfred Rouhs (pro Köln): Nein, so viel Zeit muss sein. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Ludwig, das Einzige, was Sie mit bekennenden Neonazis gemeinsam haben, ist der Umstand, dass ich den Spott von denen und von Ihnen mit völlig identischem Gleichmut ertrage.

# (Beifall bei pro Köln)

Es gibt in diesem Land zwei große gescheiterte Ideologien: der nationalsozialistische rassistische Totalitarismus auf der einen Seite und der Marxismus-Leninismus auf der anderen Seite. Weder die eine noch die andere Variante wird im 21. Jahrhundert eine Wiederbelebung erfahren. Das ist für die breite Masse der Menschen in Mitteleuropa ein Segen. Es mag sein, dass es in Ihrem Milieu Akteure gibt, die zumindest zur einen Hälfte diese Tatsache bedauern. Die wird Geschichte diese Menschen eines Besseren belehren.

Wir haben mit keiner Formulierung, mit keiner Silbe die Bundesrepublik Deutschland oder Sie als Repräsentanten der politischen Mehrheitsströmung in diesem Land mit der NS-Diktatur auf eine Stufe gestellt.

Das Einzige, was wir beanstanden, ist der Umstand, dass Sie eine aus Steuermitteln getragene öffentliche Einrichtung, die sich dezidiert mit den Verbrechen, mit den **NS-Regimes** Massenmorden des auseinandersetzt, als Pfund, sozusagen als eine parteipolitische Bastion in die Auseinandersetzung gegen uns führen.

Herr Ludwig hat sich da offenbar zum Lautsprecher derer gemacht, die solche Vorgehensweisen für gut und richtig halten, und uns dabei in der Tat einen tiefen Einblick in seine schwarze Seele - oder in seine rote Seele, sollte man in diesem Fall vielleicht besser sagen - ermöglicht.

Diese Argumentation läuft im Kern darauf hinaus, das zu tun, was Herr Ludwig hier gemacht hat, nämlich zu behaupten, dass wir mit unserer Kritik an Missständen in dieser Stadt und in diesem Land irgendetwas planen würden, was im Kern auf eine Art Wiederholung des Holocaust, des Zweiten Weltkriegs und Ähnlichem hinausläuft. Das bedeutet: Sie unterstellen uns durch die Ortswahl, die Sie hier vorgenommen haben, und durch die Art, wie Sie das NS-Dokumentationszentrum instrumentalisiert haben, dass das, was wir tun, nach unserer, meinetwegen verborgenen, Intention oder jedenfalls nach dem



faktischen Resultat auf einen millionenfachen Massenmord hinausläuft.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie einfach nur bitten: Gehen Sie in sich, denken Sie einmal in Ruhe darüber nach, hören Sie gelegentlich einmal zu, wenn Judith Wolter hier etwas vorträgt oder wenn ich hier etwas sage oder wenn andere Vertreter meiner Fraktion das tun, und fragen Sie sich selbst, ob Sie im Ernst glauben wollen, dass wir potenzielle Massenmörder sind. Dann ziehen Sie bitte daraus die entsprechenden Konsequenzen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir jetzt zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Unter dem nächsten Tagesordnungspunkt liegt ein weiterer Antrag der Fraktion pro Köln vor. Ich rufe auf:

3.1.11 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Keine Migranten-Quoten im öffentlichen Dienst der Stadt Köln" AN/2083/2010

Gibt es dazu eine Wortmeldung? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn es mich nicht täuscht, sind in der Tagesordnung die nächsten drei Anträge unserer Fraktion von Ihrer Verwaltung hintereinander aufgelistet worden. Ich bin als Sprecher vorgesehen, habe also die nächste Viertelstunde Redezeit. Soll ich diese 15 Minuten en bloc vortragen? Oder sollen wir uns auf acht Minuten beschränken, und ich bleibe am Rednerpult?

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Es sind nur zwei Anträge. Der eine ist ja - -

(Ralph Sterck [FDP]: Jede Minute ist ein Gewinn!)

Jörg Uckermann (pro Köln): Jede Minute ist ein Gewinn? Ja, das mache ich gerne, Herr Sterck.

Wenn ich Sie damit zur Vernunft bringen kann, mache ich es auch in fünf Minuten.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir machen das getrennt. Sie können zunächst zu Ihrem Antrag "Keine Migranten-Quoten im öffentlichen Dienst der Stadt Köln" sprechen. Anschließend haben Sie dann noch einmal die Möglichkeit, zu Ihrem Dringlichkeitsantrag "Die Kölner Bürger vor der islamistischen Terrorgefahr schützen!" zu reden.

Jörg Uckermann (pro Köln): Genau. Und dann kommt noch der Antrag "Tunnelquerung für die Nord-Süd-Stadtbahn".

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Der ist nach hinten genommen worden. Wir behandeln ihn wir bei Tagesordnungspunkt 10.21.

Jörg Uckermann (pro Köln): Nein. Dazu haben Sie einen Antrag von uns. Den können Sie nicht nach hinten nehmen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Er wird bei Tagesordnungspunkt 10.21 behandelt. Das haben wir eben besprochen.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Gut. Ich lasse mich ja gerne belehren. Dann ist das so der Fall.

(Andreas Köhler [CDU]: Die Zeit läuft hoffentlich! Zwei Minuten steht er ja schon da!)

Dann fange ich an. Ich beginne mit unserem Antrag "Keine Migranten-Quoten im öffentlichen Dienst der Stadt Köln".

Unabhängig von der Debatte, die wir eben gehört haben, stehen wir dafür, dass wir solche schwierigen Themen, die die Bürger wirklich interessieren, auch ansprechen. Wir lassen uns da nicht einschüchtern und in irgendeine extremistische Ecke schieben.

Wir sprechen an dieser Stelle das in diesem Land anscheinend vorhandene Phänomen an, dass man Ausländerfreundlichkeit mit Inländerbenachteiligung gleichsetzt. Das kann hier nicht der Fall sein. Wir sagen: Wenn man sich um eine offene Stelle im öffentlichen Dienst



bewirbt, kommt es nicht darauf an, ob man einen - wie das so schön heißt -Migrationshintergrund hat oder nicht, sondern es sollte darauf ankommen, ob man qualifiziert ist.

(Beifall bei pro Köln)

Im Übrigen gibt es auch Menschen mit Zuwanderungshintergrund, die den deutschen Pass angenommen haben und gerne Deutscher sind. Diese Menschen fühlen sich beleidigt, wenn von der politischen Klasse immer vom Migrationshintergrund gesprochen wird; denn sie sagen: Wir sind Deutsche. Wir sind stolz auf dieses Land mit seiner Kultur. Darum sind wir auch hergekommen.

Wenn ein solcher Mensch seinen Pass abholt, ist das ein relativ schnöder Verwaltungsakt. Man wird benachrichtigt, dass man seinen Pass abholen soll. Dann ist man endlich an der Reihe und möchte ihn in Empfang nehmen. Es kommt vor, dass man dann in einer Sprache empfangen wird, die man selber nicht versteht. Mir ist von einer Dame ein solcher Fall zugetragen worden. Während sie ihren Pass abholte, haben sich zwei städtische Bedienstete in türkischer Sprache unterhalten. Sie hat sich natürlich bei uns entsprechend beschwert.

So etwas darf nicht sein. Amts- und Arbeitssprache muss Deutsch bleiben.

Wir legen daher auch großen Wert auf folgenden Punkt: Dass bei der Stadt Köln der Deutschtest Menschen sogenannte Migrationshintergrund abgeschafft wird und durch ein Gutachten ersetzt wird, ist das vollkommen falsche Signal. Es muss einfach klar sein, dass es später nicht dazu kommt, dass es Wartetaste A für die deutsche Sprache, Wartetaste B für irgendeine andere Sprache, die man hat, und Wartetaste C für die deutsche und diese andere Sprache gibt, sondern bei dem bleibt, was wir hier haben.

Klassische Einwanderungsländer machen uns das auch genau so vor. Dort gibt es solche Quoten nicht.

Darum muss an dieser Stelle das klare Signal gesetzt werden: Hier gilt das Leistungsprinzip.

(Beifall bei pro Köln)

Soll ich direkt zum nächsten Antrag kommen?

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ja, Sie können weitermachen.

3.1.13 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend "Die Kölner Bürger vor der islamistischen Terrorgefahr schützen!" AN/2148/2010

Jörg Uckermann (pro Köln): Dann mache ich weiter und komme zu unserem Antrag "Die Kölner Bürger vor der islamistischen Terrorgefahr schützen!"

Auch dieses Thema brennt den Menschen unter den Nägeln. Sie spüren überall dieses beklommene Gefühl. Es fehlt ihnen die Vorweihnachtsfreude, sich unbefangen auf den Weihnachtsmarkt zu begeben, oder sie haben Angst, wenn sie im öffentlichen Nahverkehr unterwegs sind.

Hier muss die Stadt Köln ihren Beitrag leisten. Von Herrn Ensmann haben wir eben gehört, dass es anderswo Ordnungspartnerschaften gibt, die weit über das hinausgehen, was die Stadt Köln hat. Dort finden nämlich gemeinsame Patrouillen statt. Um solche Täter abzuschrecken, ist es ja wichtig, dass Sie alles unter Kontrolle haben, weshalb Sie schon im Vorfeld aktiv werden müssen.

Daher möchten wir. dass die Stadt Köln in Abstimmung mit der Polizei insbesondere die Zugangskontrollen für Bereiche mit großem Publikumsverkehr wie etwa Dom und Domplatte, Rathaus, Schildergasse und Hohe Straße noch weiter erhöht. Es kann nicht sein, dass das Rosenmontag immer nur an oder Weiberfastnacht geschieht, wenn es um das Flaschenverbot geht. Dann sind auf einmal alle Mitarbeiter, die sonst im Büro sitzen, auf der Straße tätig. Wir möchten, dass dort eine Verstärkung stattfindet.

Selbstverständlich halten wir es auch für absolut richtig, dass man ein entsprechendes Telefon einrichtet, damit die Bürger bei gewissen Auffälligkeiten niederschwellig dort anrufen können, ohne dass sie in den Bereich kommen, eine Anzeige erstatten zu müssen. Sie müssen die Phänomene, die sie gesehen haben, dort melden können und dann qualifiziert behandelt werden.

Es wäre äußerst sinnvoll, das entsprechend zu tun, meine Damen und Herren. Dann hätten wir als Stadtrat auch gezeigt: Wir nehmen das ernst und können unsere Bürger optimal schützen. - Ich danke Ihnen.



(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommen wir zur Abstimmung über diese beiden Punkte.

Tagesordnungspunkt 3.1.11, Antrag "Keine Migranten-Quoten im öffentlichen Dienst der Stadt Köln": Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 3.1.13, Dringlichkeitsantrag "Die Kölner Bürger vor der islamistischen Terrorgefahr schützen!" Wer ist für diesen Antrag? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit abgelehnt.

Wir kommen zu:

3.1.15 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Köln - Peking: Unterstützung des Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo" AN/2223/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Wolter, bitte.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Erhalt des Friedensnobelpreises gratulieren wir dem chinesischen Menschenrechtler Liu Xiaobo von ganzem Herzen.

Mit Liu Xiaobo wird ein Mann geehrt, der durch sein jahrzehntelanges Engagement für Demokratie sowie den Schutz der Menschenrechte in der Volksrepublik China zu einem Symbol für den friedlichen und gewaltfreien Widerstand geworden ist.

Als Autor und Mitunterzeichner der Charta 08 hat Liu Xiaobo ein Manifest der Menschlichkeit entworfen, mit dem er sich deutlich und friedlich für eine Demokratisierung sowie gegen das Einparteiensystem in China positioniert.

Dafür ist er wegen Subversion im Jahre 2009 zu elf Jahren Haft verurteilt worden. Er wurde auch sofort inhaftiert.

Das zeigt, dass China noch weit davon entfernt ist, Meinungs- und Pressefreiheit zu garantieren.

Wir fordern die chinesische Regierung auf, Liu Xiaobo unverzüglich freizulassen und ihn den Friedensnobelpreis in Oslo entgegennehmen zu lassen.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Liu Xiaobo ist eine mutige und richtige Entscheidung des norwegischen Friedensnobelpreiskomitees.

Es liegt nun an der chinesischen Regierung, diese Verleihung ernst zu nehmen und einen freien Diskurs für Menschenrechte und Demokratie in China zuzulassen.

Liu Xiaobo ist Pekinger Bürger. Er ist Schriftsteller, Vorsitzender des chinesischen P.E.N.-Clubs und arbeitete an der Pekinger Universität.

Deshalb möchten wir Sie, Herr Oberbürgermeister, beauftragen, der Stadtregierung unserer Partnerstadt Peking diese Forderung zu übermitteln.

Gleichzeitig möchten wir Sie beauftragen, die Glückwünsche der Partnerstadt Köln auch an Liu Xiaobo und seine Ehefrau zu übermitteln.

Wir pflegen Städtepartnerschaften mit 23 Städten. Es muss möglich sein, in diesem Rahmen auch Fragen der Bürgerrechte anzusprechen.

Es geht in der Beziehung zu der Partnerstadt Peking um Interessen, aber auch um Werte wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Gerade auf der kommunalen Ebene sind wir gefordert, diese zu vertreten, ohne dabei in Überheblichkeit oder Gleichgültigkeit zu verfallen.

Es reicht uns nicht, dass die Roten Funken auf der Chinesischen Mauer Stippeföttche machen. Eigentlich ist es grotesk, wenn eine ehemals sublim-subversive Veräppelung der Staatsmacht dort mit Applaus bedacht wird, gleichzeitig aber viele Hundert Menschenrechtler gerade wegen Subversion in Haft sitzen.

Wir pflegen mit Peking intensive wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen sowie einen Austausch von Schulen und Hochschulen. Dies ist uns wichtig. Das werden wir auch weiterhin pflegen, zumal wir 2012 das 25-jährige Partnerschaftsjubiläum mit Peking feiern.

Bürgerrechte sind aber das Wesensmerkmal eines demokratischen und freiheitlichen Gemeinwesens. Bürgerrecht ist zuallererst das Recht auf freie und demokratische Mitgestaltung des Gemeinwesens.



In den Städten und aus den Städten heraus entwickelte sich das Bürgertum - und mit ihm Ideen und Praktiken für bürgerliche Freiheiten. Die Städte waren und sind Zentren von Wirtschaft, Handel, Innovation und Multikulturalität. In Städten verkümmern oder wachsen menschliches Miteinander, Zivilcourage und Solidarität - all das, was auch der Kern der europäischen Idee ist.

Städte werden immer mehr zu wichtigen Akteuren internationaler Politik. Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und die Dezentralisierung politischer Macht sind deshalb die zentralen Herausforderungen unserer Zeit.

So wie die Städtepartnerschaftsbewegung der Nachkriegszeit die europäische Integration ganz wesentlich mit geprägt hat, kann sie im 21. Jahrhundert dazu beitragen, die Globalisierung bürgernah zu gestalten und demokratisch zu verankern.

Entscheidend aber bleibt, dass wir unsere lokalen Wurzeln nicht kappen und die Idee der bürgerlichen Freiheit, der kommunalen Selbstverwaltung und der europäischen Demokratie gegen autoritäre Gegenkonzepte behaupten und gemeinsam weiterentwickeln. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Das Friedensnobelpreiskomitee hat mit der Preisvergabe an Liu Xiaobo eine mutige Entscheidung getroffen. Die FDP begrüßt diese Entscheidung ausdrücklich.

Wir danken den Grünen dafür, dass sie diese Initiative in den Rat eingebracht haben, und möchten noch einmal deutlich machen, dass der Friedensnobelpreis für Liu Xiaobo kein Angriff auf die innere Stabilität Chinas ist, genauso wenig wie die Arbeit von Liu Xiaobo ein Angriff auf die Stabilität dieses riesigen Landes ist. Das Gegenteil ist richtig.

Wir haben hier in Köln nach dem Zweiten Weltkrieg die wunderbare Erfahrung gemacht, in Freiheit, in einem Rechtsstaat sowie in Demokratie leben zu dürfen - Erfahrungen, die Liu Xiaobo, der sich selbst für Menschenrechte einsetzt, verwehrt sind. Weil das so ist, stehen wir an der Seite von Liu Xiaobo, der sich als echter Patriot mutig für ein modernes, ein besseres China einsetzt.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, unsere Erfahrung von Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie ist die Orientierung, die uns auf allen Ebenen des politischen Handelns leitet. Diese Erfahrung leitet uns auch im Dialog mit unseren internationalen Partnern.

Wir sind nicht bereit, unser Verständnis von Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie in irgendeiner Form relativieren oder diskreditieren zu lassen; nicht von außen und - das sei an dieser Stelle im Kölner Rat auch einmal ganz deutlich gesagt - auch nicht von innen.

(Beifall bei der FDP)

Die Entwicklung von Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie ist keine Sache einer kleinen Elite oder einer einzelnen, sich als Kader verstehenden Partei.

Eine Regierung - jede Regierung - muss auch den Diskurs mit allen gesellschaftlichen Kräften im Land aushalten können und Politik als den Wettbewerb der besten Ideen verstehen.

Meine Damen und Herren, der Umgang mit dem riesigen chinesischen Reich stellt uns vor große Herausforderungen und auch vor manches Rätsel. Bilder von Hightech in Schanghai, von bitterster Armut, von großen Sportereignissen wie den Olympischen Spielen, von Umweltzerstörung, von einer Öffnungspolitik, die das Land voranbringt, und eben auch von der Unterdrückung von Menschenrechten, die in der chinesischen Verfassung selbst garantiert sinddas muss man sich einmal vorstellen -: Das alles ist China.

China befindet sich in einem kontinuierlichen Wandel und ist auf dem Weg, seine Rolle neu zu definieren. Das schafft - auch wenn das Auftreten der chinesischen Führung anders wahrgenommen wird - tiefe Verunsicherung und führt zu mancher Fehl- und Überreaktion in China.

Auch wenn für uns dabei immer wieder rote Linien überschritten werden, wie das bei der Verletzung von Menschenrechten und der Einschränkung von persönlichen Freiheiten stets der Fall ist, haben wir größtes Interesse an einem immer engeren Verhältnis zu China.



Genauso führt uns auch jede deutsch-chinesische Begegnung einen ganz kleinen Schritt voran. Wenn junge Menschen aus China zum Schulbesuch oder zum Studium hierhin kommen, wenn deutsche und chinesische Firmen miteinander kooperieren und wenn - Herr Wolter, ich sage es an dieser Stelle ganz deutlich - die Roten Funken nach Schanghai fahren und dort die Weltausstellung besuchen, sind das alles zwar nur kleine Kontakte. Sie sind aber unglaublich wichtig. Deshalb sollten wir als Stadt Köln unsere Kontakte zu unserer Partnerstadt Peking pflegen und weiter ausbauen.

Meine Damen und Herren, ich bin sicher, dass der Reformprozess in China, für den jetzt noch wenige mutige Menschen wie Liu Xiaobo stehen, weitergehen wird. Wir sind gut beraten, gegenüber unseren chinesischen Partnern deutlich zu machen, dass mehr Freiheit, mehr Rechtsstaat und mehr Demokratie nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für die gesamte Gesellschaft von unschätzbarem Wert sind.

Genau diese Botschaft - verbunden mit der Aufforderung, Liu Xiaobo aus der Haft zu entlassen und gemeinsam mit seiner Frau nach Oslo ausreisen zu lassen - bitten wir Sie, Herr Oberbürgermeister, Ihren Gesprächspartnern in Peking zu vermitteln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Hoyer. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Wiener, bitte.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich mache es kurz. Wir haben viele salbungsvolle Worte über Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und politische Minderheitenrechte in China gehört. Das ist alles sehr löblich.

Es würde uns von der Fraktion pro Köln nur sehr freuen, wenn sich die etablierten Parteien hier auch genauso viele Gedanken um Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und politische Minderheitenrechte in Köln machen würden. Das wäre vielleicht etwas naheliegender.

Deswegen werden wir uns bei diesem Antrag enthalten. Wir empfinden das nämlich als politische Heuchelei. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bevor wir zur Abstimmung über diesen Dringlichkeitsantrag kommen, sage ich noch von mir aus, dass ich den entsprechenden Beschluss, wenn der Rat ihn fassen sollte, selbstverständlich und auch gerne umsetzen werde. Die vorhandenen Kontakte sind für uns eine Verpflichtung, diese Kontakte auch einzusetzen, wenn es darum geht, Menschenrechte zu wahren und einzufordern. Von daher ist das für mich auch ein wichtiger Auftrag. Zunächst müssen wir aber darüber abstimmen.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD)

Dann stimmen wir ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Linke, die Grünen, Herr Hoffmann, Herr Zimmermann, die CDU und die FDP. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist dieser Antrag angenommen.

Vielen Dank. Wir werden das entsprechend umsetzen.

Nun kommen wir zu:

3.1.16 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend "Stromabzocke ab Januar 2011 verhindern" AN/#/2010

Ich bitte um Wortmeldungen. - Herr Uckermann.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Herr Steinkamp, stellen Sie ihm mal den Strom ab!)

Jörg Uckermann (pro Köln): Ist es Ihr Verständnis von Demokratie, uns hier den Strom abstellen zu lassen? Das ist ja sehr interessant. Ich dachte, wir hätten gerade etwas anderes besprochen.

Meine Damen und Herren! Es ist angekündigt worden, dass die Strompreise für die Kölner Bürgerinnen und Bürger ab Januar 2011 um circa 11 Prozent steigen werden.

Diese Erhöhung hat nicht den Hintergrund, dass die Energiepreise gestiegen sind, sondern ist darauf zurückzuführen, dass man sich hier politisch verschätzt hat. Anscheinend hat man nämlich auf das falsche Pferd gesetzt. Man hat



wohl jeglichen rot-grünen Energie-Schwachsinn mitgemacht und auch im Aufsichtsrat den Vorstand das umsetzen lassen, anstatt auf preiswertere Energien zu setzen.

Bei dieser enormen Gebührensteigerung kann man natürlich auch den Eindruck haben, dass der städtische Haushalt über zu erwartende Gewinne des Energieunternehmens weiter aufgefüttert werden soll.

Alles das sind Sachen, mit denen man dem Bürger in die Tasche greift. Ich habe es heute schon gesagt: Wenn alle Beschlüsse, die auf der Tagesordnung stehen und über die wir in den nächsten Stunden noch zu entscheiden haben, so umgesetzt werden, wird jedem Haushalt in Köln von den Kosten her eine Woche Urlaub weggenommen.

Es wurde immer betont, dass das Energieunternehmen in kommunaler Hand ist und dass wir über den Aufsichtsrat steuernd eingreifen können. Daher haben wir hier einen Weisungsbeschluss an die vom Rat gestellten Aufsichtsratsmitglieder eingebracht. Sie müssen sich dann daran halten und dem Vorstand den Auftrag geben, auf diese Gebührenerhöhung zu verzichten.

Ich bitte Sie zum Wohle unserer Bevölkerung um Zustimmung. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Herr Steinkamp.

**Dr. Dieter Steinkamp** (RheinEnergie): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ein Antrag, der sich schön anhört, muss aber nicht richtig sein. Wir haben in der Tat eine Strompreiserhöhung zum 1. Januar 2011 um 11,4 Prozent. Ich möchte jetzt gar nicht aus Sicht der RheinEnergie irgendetwas begründen oder rechtfertigen.

Zur weiteren Erläuterung ziehe ich einmal eine Rangliste heran, die der *Stern* in seinem Online-Angebot vor wenigen Tagen veröffentlicht hat. Dort werden 300 Grundversorger der Bundesrepublik mit ihren Strompreiserhöhungen verglichen.

Wenn man die relative prozentuale Erhöhung nimmt, liegt die RheinEnergie ihren 11,4 Prozent zum 1. Januar 2011, um die es hier geht, tatsächlich auf Rang 15. Das heißt: Nur 14 Unternehmen von 300 erhöhen prozentual noch mehr. 248 nehmen eine Erhöhung vor, die prozentual geringer ist.

Die Wirklichkeit ist aber trotzdem anders. Entscheidend für die Kunden dürfte nicht die prozentuale Erhöhung sein, sondern die absolute Höhe des Preises. Wenn man sich die *Stern*-Rangliste nach der absoluten Höhe des Preises sortiert, stellt man fest, dass die RheinEnergie mit ihren Preisen ab 1. Januar 2011 auf Rang 50 liegt. Das bedeutet, dass 250 Unternehmen in Deutschland höhere Grundversorgerpreise haben. Von der absoluten Höhe der Preise her liegen wir bei den 20 % günstigsten Anbietern in Deutschland.

Ich glaube, dass die Kunden an dieser Stelle sehr wohl zwischen relativen Zahlen und der tatsächlichen Preisstellung unterscheiden können.

Gestatten Sie mir noch einen Hinweis zu der Aussage, dass den Bürgern in die Tasche gegriffen werde. Die Preise entstehen nicht nach Willkür im Aufsichtsrat, sondern sind Wettbewerbspreise. Wir stehen nämlich im Wettbewerb und sind mitnichten in der Lage, hier beliebig zuzulangen - was wir auch nicht tun, wie ich gerade dargestellt habe.

Darüber hinaus ist es in der Tat richtig, dass der von der RheinEnergie erwirtschaftete Gewinn über die Konzernverrechnung dem Haushalt der Stadt und damit den Bürgern zukommt. Meine persönliche Meinung ist, dass das immer noch besser ist, als dass das Geld in Form von Gewinnen in privaten Taschen landet. Insofern kommt selbst der Gewinn den Bürgerinnen und Bürgern wieder zugute.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Uckermann, Sie haben eine Nachfrage. - Vom Platz aus, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sie haben gesagt, dass Sie sich am Wettbewerb orientieren. Dann kann ich nicht verstehen, warum Sie die Preise derart erhöhen. In diesem Fall müssen Sie ja versuchen, günstiger zu sein. Nur weil es andere Unternehmen gibt, die noch teurer sind, müssen wir uns in Köln doch nicht



daran orientieren. Schließlich hat Köln die ganz besondere Konstruktion eines Stadtwerke-Konzerns, bei dem die Preise aufeinander abgestimmt sind. Sie greifen das in Ihrer Darstellung jetzt isoliert heraus. 11 Prozent Erhöhung sind nun einmal 11 Prozent weg vom Netto der Bürger. Das kann man doch hier nicht einfach mitmachen.

Tatsache ist doch: Hätten Sie statt auf irgendwelche rot-grünen Spinnereien der letzten Periode auf den besten und wettbewerbsfähigsten Strom gesetzt, müssten Sie die Preise nicht so drastisch erhöhen. Das kann für unsere Bürger einfach nicht günstig sein.

Wir bleiben unserem Antrag.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Dringlichkeitsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zu:

- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 4.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Kosten der China-Reise von OB Roters und Begleitung" AN/1798/2010

Antwort der Verwaltung vom 19.11.2010 4174/2010

Dazu sind zwei Nachfragen zulässig. Gibt es eine Nachfrage? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Beim Lesen dieser Mitteilung drängt sich schon der Eindruck auf, dass man auf Zeit gespielt hat. Die entsprechenden Aussagen bei der letzten Sitzung waren vollkommen unbefriedigend. Die jetzigen Aussagen stellen aber auch nicht zufrieden.

In der Antwort ist die Rede von drei Journalistinnen bzw. Journalisten, die vonseiten der Stadt Köln quasi eingeladen wurden. Dieser Eindruck entsteht, wenn man das liest. Wir haben in unserer Anfrage konkret gefragt, wer mitgefahren ist und von welcher Institution er kam. Dazu bekommen wir keine Aussage - und das bei einem so großen Reisekostenvolumen.

Im Übrigen hätten Sie bei dieser Reise durchaus die Gelegenheit gehabt, sich persönlich für die Menschenrechte einzusetzen. Davon habe ich in Ihrem Reisebericht nichts gelesen. Hätten Sie das getan, bräuchten Sie das nicht hier per Dringlichkeitsantrag zu machen.

Herr Kahlen, unsere Anfrage ist nicht richtig beantwortet. Da bessern Sie jetzt bitte auf der Stelle nach.

(Lachen bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wenn etwas zu berichten ist, wird es schriftlich gemacht.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe auf:

4.2 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Entwicklung des Wohnumfeldes Zülpicher Straße" AN/ 1809/2010

Antwort der Verwaltung vom 18.11.2010 4235/2010

Gibt es dazu Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Bilanz der sogenannten Integrationskurse in Köln" AN/2079/2010

Antwort der Verwaltung vom 22.11.2010 4860/2010

Gibt es dazu Nachfragen? - Keine.

Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Politischer Missbrauch des NS-Dokumentationszentrums - Vorfälle vom 04.11.2010"
AN/2122/2010



Antwort der Verwaltung vom 24.11.2010 4947/2010

Gibt es dazu noch Nachfragen?

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dazu gibt es in der Tat eine Nachfrage, und zwar zu Punkt 3. Insgesamt ist die Beantwortung der ganzen Anfrage teilweise unverschämt. Bei Punkt 3 grenzt es an Arbeitsverweigerung.

(Beifall bei pro Köln)

Dort wird eine Antwort mit der Behauptung bzw. mit der Begründung verweigert, wir hätten dem NS-Dokumentationszentrum Gestapo-Methoden unterstellt. Das haben wir nicht getan. Gleichzeitig werden wir in der gleichen Beantwortung der Verwaltung aber in eine Reihe mit dem verbrecherischen NS-Regime gestellt. Diese Doppelbödigkeit ist schon erstaunlich.

Meine Nachfrage ist deswegen der Punkt 3:

Wie bewertet die Verwaltung Tatsache. dass im Rahmen der Veranstaltung von Teilnehmern der offiziellen Podiumsdiskussion im NS-Dokumentationszentrum ausgerechnet im ehemaligen Kölner Gestapo-Hauptquartier zur Unterdrückung politischer Minderheiten und 7ur Verringerung des Polizeischutzes für eben jene Minderheiten aufgerufen wurde?

Diese Frage steht also weiter im Raum. Ich bitte hier um Beantwortung.

Falls dies nicht erfolgt, wird das - wie manches andere aus der heutigen Sitzung - letztendlich vor die Verwaltungsgerichte gehen. Auch die völlig unbegründeten Ordnungsrufe heute werden ja vom Verwaltungsgericht aufgearbeitet werden.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. - Die Antwort ist gegeben. Es gibt keine Veranlassung, darüber hinaus weitere Auskünfte zu erteilen.

Dann kommen wir zu:

4.5 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln)

betreffend "Missbrauchsfälle bei Pflegeeltern" AN/2131/2010

Antwort der Verwaltung vom 24.11.2010 4937/2010

Keine Nachfrage? - Okay.

Nun kommen wir zu:

4.6 Anfrage von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann betreffend "Live-Streaming aus Rat und Ausschüssen" AN/2146/2010

Antwort der Verwaltung vom 25.11.2010 5022/2010

Gibt es dazu eine Nachfrage? - Das ist nicht der Fall.

Bevor ich gleich eine kleine Pause mache, rufe ich als letzten Punkt noch auf:

4.7 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Handlungskonzept Medienkompetenz an Kölner Schulen" AN/2152/2010

Antwort der Verwaltung vom 25.11.2010 5019/2010

Gibt es dazu eine Nachfrage? - Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Damit haben wir die Anfragen erledigt und kommen zu den nächsten Tagesordnungspunkten - wobei ich Frau Scho-Antwerpes bitten möchte, mich freundlicherweise für einige Zeit zu vertreten.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, weiter geht es mit:

- 5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen
- 5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 5.4.1 Resolution zur aufenthaltsrechtlichen Situation geduldeter Personen 3492/2010



Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine.

Dann lasse ich über den Punkt B abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Pro Köln stimmt dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit Zustimmung versehen.

Nun kommen wir zu:

- 6 Ortsrecht
- 6.1 Satzungen
- 6.1.1 Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene 3160/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Pro Köln ist dagegen. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist das mehrheitlich angenommen.

Tagesordnungspunkt

6.1.2 12. Satzung zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Köln 3318/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Die FDP und pro Köln sind dagegen. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das mehrheitlich so angenommen.

Tagesordnungspunkt

6.1.3 9. Änderung des Landschaftsplans Köln (Naturschutzgebiet Baadenberger Senke, Stöckheimer See und Große Laache)

> hier: Beschluss über Bedenken und Anregungen sowie Satzungsbeschluss 2967/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt

6.1.4 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Erhebung von

Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung 4204/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön.

Anna-Maria Henk-Hollstein (CDU): Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt eine Erhöhung der Strompreise um 11 Prozent - wir haben es heute mehrfach gehört - zu Beginn des Jahres 2011. Eine Erhöhung der Parkentgelte um bis zu 50 Prozent erfolgt ebenfalls zu Beginn des kommenden Erhöhuna Jahres. Die Abfallbeseitigungsgebühren steht an - nicht heute, aber spätestens in der nächsten Sitzung -, und zwar ebenfalls ab 2011. Die Erhöhung der Gewerbesteuer haben wir bereits vor mehreren Monaten beschlossen - wir nicht mit, aber die Mehrheit in diesem Gremium hat beschlossen. Jetzt soll auch noch eine Erhöhung der Abwassergebühren ab dem kommenden Jahr erfolgen. Was wollen wir den Bürgern in dieser Stadt denn noch alles zumuten?

(Beifall bei der CDU)

Wir erwarten Mülltrennung, Müllvermeidung und vorsichtigen und nachhaltigen Umgang mit unseren Ressourcen. Das tun die Bürger in dieser Stadt, indem sie zum Beispiel den Frischwasserverbrauch um 1 Prozent senken. Und was machen wir? Wir bestrafen die Bürger auch noch für ihr vorbildliches Verhalten.

Die Stadtentwässerungsbetriebe - StEB - haben in den letzten Jahren gewissenhaft und verantwortungsbewusst gewirtschaftet - auch im Sinne der Kölner Bürger.

Die heute zu beschließende Abwassergebührenerhöhung -

Niederschlagswasser 1 Cent pro Quadratmeter, Schmutzwasser 3 Cent pro Kubikmeter - könnte man als Peanuts bezeichnen. Sie ist sicherlich moderat. Köln liegt auch im Großstadtvergleich im Mittelfeld.

Unsere Aufgabe sollte es jedoch sein, die StEB bei ihren Bemühungen, das Unternehmen wirtschaftlich zu führen, zu unterstützen, anstatt sie mit versteckten Kosten zu belasten.



Das gehört auch heute mit zu dem zu beschließenden Tilgungsplan des Trägerdarlehens dazu. Die hierin einkalkulierte erhöhte Zinslast zugunsten der Stadt Köln ist eine Altlast aus der Ausgliederung der StEB zu Beginn des Jahrtausends und wird den Gebührenzahlern, den Bürgern in dieser Stadt, mit auferlegt.

Wir sollten zu mehr Transparenz kommen. Dieses Thema hatten wir heute im Zusammenhang mit dem Haushaltsplan auch schon sehr deutlich; Stichwort: Transparenz der Kosten für die Sparten Hochwasser und Gewässer. Dafür wäre beim Bürger sicherlich eher Akzeptanz zu erreichen.

Die heute zu beschließende Abwassergebührenerhöhung trägt indirekt zur Sanierung des Haushalts bei, enthält versteckte Kosten und bestraft nahezu alle Bürger dieser Stadt. Aus diesen Gründen lehnt die CDU-Fraktion diese Vorlage und den Wirtschaftsplan 2011 ab.

Ich kann die Kollegen von SPD, Grünen und FDP nur ermuntern, den Mut zu mehr Transparenz zu haben.

(Beifall bei der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau Henk-Hollstein. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann möchte ich über die Beschlussvorlage unter Tagesordnungspunkt 6.1.4 abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Das sind die CDU, die FDP, pro Köln und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Herr Zimmermann. Damit ist diese Beschlussvorlage angenommen. - Danke schön.

Dann kommen wir zu:

6.1.5 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Entwässerung der

Grundstücke, die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage - Abwassersatzung hier: Novellierung 4207/2010

Herr Schaaf, darf ich Ihnen das Wort erteilen?

Otto Schaaf (StEB): Vielen Dank. - Frau Bürgermeisterin, ich habe die Bitte, dass Sie in der Vorlage, die Sie zur Beschlussfassung stellen, einen Punkt streichen, und zwar § 18 Abs. 1 Ziffer 16. Das ist die letzte Ziffer von Abs. 1 des § 18, Anzeigepflichten.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Der genaue Wortlaut dieser Ziffer ist:

erstmalig von einem Brennwertkessel Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet wird.

Das soll herausgenommen werden?

Otto Schaaf (StEB): Richtig. Das soll bitte herausgenommen werden.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Schaaf.

Dann lasse ich über die Beschlussvorlage unter Tagesordnungspunkt 6.1.5 in der geänderten Form abstimmen. Wer ist dafür? - Die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP, die Linke, Herr Hoffmann und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Pro Köln enthält sich. Wer ist dagegen? - Keiner. Damit ist diese Beschlussvorlage angenommen.

Die Beschlussvorlage unter TOP 6.1.6 ist zurückgezogen worden.

Dann kommen wir zu:

## 6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

#### 6.3.1. 1. Ordnungsbehördliche

Rechtsverordnung für 2011 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen Innenstadt, Agnesviertel, Deutz, Neustadt-Süd, Severinsviertel, Godorf. Rodenkirchen, Sürth. Lindenthal, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden. Ehrenfeld. Neuehrenfeld, Ossendorf, Vogelsang, Longerich, Nippes, Chorweiler, Worringen, Poll, Porz-Eil, Porz-City, Porz-Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Brück, Rath/Heumar, Dellbrück, Höhenhaus, Holweide, Mülheim 3727/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln



#### AN/2215/2010

# Stellungnahme der Verwaltung vom 25.11.2010 5020/2010

Dazu gibt es eine Wortmeldung von Herrn Detjen. Bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Frau Bürgermeisterin, Sie haben nur die Nummer des Tagesordnungspunktes aufgerufen und noch nicht gesagt, worum es geht. Es geht nämlich um den Ladenschluss.

(Helmut Jung [CDU]: Das können wir alle selber lesen!)

- Ja, mein Gott! Ich wollte nur - -

(Henk van Benthem [CDU]: Lustig sein!)

Ich wollte Sie nicht belehren, sondern einfach nur darauf aufmerksam machen, wo wir sind.

#### (Zurufe von der CDU)

- Meine Uhr läuft. - Meine Damen und Herren, die katholische und die evangelische Kirche, Herr Klipper und Herr Granitzka, sind sehr aktiv und haben zusammen mit dem DGB und ver.di die Forderung aufgestellt, dass der Rat bei seiner heutigen Sitzung diese Ladenöffnungszeiten nicht beschließen soll.

Wir haben das als LINKE im Wirtschaftsausschuss und im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen ebenfalls beantragt. Jetzt liegt Ihnen auch ein Antrag von uns vor. Es würde mich freuen, wenn wir Unterstützung bekämen.

den In den bisherigen Beratungen Ausschüssen war die Argumentation der Verwaltung wie die genauso gestrige Argumentation Industrieder und Handelskammer zu Köln - immer ein bisschen komisch: Urteil denn das Bundesverfassungsgerichts, das jetzt seit einem Jahr vorliegt, hat in dieser ganzen Diskussion keine Rolle gespielt, Herr Kollege Zimmermann. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass es damals schon eine Interpretation dieses Urteils gab, nämlich vom Oberverwaltungsgericht Bautzen.

(Zuruf von Reinhard Houben [FDP])

Deswegen möchte ich dieses Urteil auch noch einmal kurz zitieren; denn ich finde einfach, dass das in der Debatte untergeht. Herr Houben kennt dieses Zitat schon. Bei der FDP kann es aber sicherlich nicht schaden, wenn ich es noch einmal vortrage. Dort heißt es:

Sold wirtschaftliches Fin Umsatzinteresse der Verkaufsstelleninhaber ein und alltägliches Erwerbsinteresse ("Shopping-Interesse") potenzieller Käufer genügen grundsätzlich nicht, um Ausnahmen von verfassungsunmittelbar verankerten Schutz der Arbeitsruhe und der Möglichkeit zu seelischer Erhebung an Sonn- und Feiertagen zu rechtfertigen.

So weit das Zitat aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Wer heute den Kölner Stadt-Anzeiger gelesen hat und ein bisschen quergelesen hat, hat gesehen, dass sich die Argumentation der Industrie- und Handelskammer zu Köln gar nicht auf dieses Urteil, nämlich auf Sonn- und Feiertagsruhe sowie Arbeitsschutz, bezieht. Vielmehr wird genau mit dem argumentiert, was eben nicht gelten soll, und zwar den sogenannten wirtschaftlichen Umsatzinteressen. Das wird jetzt als Argument für die Sonntagsöffnungszeiten angeführt.

## Die IHK erklärt nämlich:

Die Sonntagsöffnungszeiten sind in der derzeitigen Situation des Handels ein unverzichtbarer Baustein für die anziehende Konjunktur.

Das ist ein wirtschaftliches Interesse.

Mit den Sonderöffnungszeiten wird dem veränderten Einkaufsverhalten Rechnung getragen.

Das ist ebenfalls ein wirtschaftliches Interesse.

Außerdem bedeuten sie für viele im Einzelhandel beschäftigte Menschen auch ... eine attraktive Zuverdienstmöglichkeit.

Auch das ist ein wirtschaftliches Interesse.

Darauf möchte ich hinweisen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts spielt also überhaupt keine Rolle. Das können wir einfach nicht akzeptieren.



Die Verwaltung hat heute noch einmal eine Unterlage vorgelegt, in der sie erklärt, dass Sonntagsöffnungen grundsätzlich möglich sind. Das ist so gesehen richtig; grundsätzlich sind sie nach dem BVG-Urteil noch möglich. Für diese Öffnungen muss es aber ein besonderes öffentliches Interesse geben. Das muss die Verwaltung nachweisen.

Herr Kahlen, meines Erachtens wird dieses besondere öffentliche Interesse in Verwaltungsvorlage überhaupt nicht nachgewiesen; denn die Vorlage geht nach unserem alten Denkschema vor, das wir früher im Rahmen der Konsensrunde hatten, als wir gesagt haben: Alle Stadtteile müssen etwas haben, es muss den Stadtbezirken nutzen, und es muss auch noch von einem gewissen stadtteilbezogenen Interesse sein. - Das kann nicht mehr Grundlage der Begründung für Sonntagsöffnungen sein. Diese Zeit ist schlicht und ergreifend vorbei.

Meine Damen und Herren, in der Vorlage gibt es auch einen Termin, den ich noch einmal darstellen möchte. Als Begründung für die Sonntagsöffnungszeiten in Lindenthal am 10. Juli 2011 wird "Frauen-Fußball-WM" angeführt. Ich habe gedacht, dass dann wahrscheinlich im Müngersdorfer Stadion Fußballspiel ein stattfindet. Als ich die Verwaltung darauf angesprochen habe, habe ich erfahren, dass es kein Fußballspiel in Köln gibt, sondern ein Fußballspiel am Samstag davor in Leverkusen. die Begründung Sonntagsöffnungszeiten am 10. Juli 2011 in Lindenthal. So etwas ist doch absurd. Daran können Sie erkennen, was aus der ganzen Sache geworden ist, meine Damen und Herren.

Außerdem möchte ich Sie noch einmal auf Folgendes aufmerksam machen: Den Hinweis auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat bereits die alte Landesregierung gegeben. Die alte Landesregierung hat Ihnen, Herr Kahlen, nämlich etwas geschrieben, was Sie schlicht und ergreifend nicht eingehalten haben. In einem Schreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen vom 17. Dezember 2009 heißt es:

Besonders hinweisen möchte ich in diesem Zusammenhang auf die Randnummer 152 der Begründung, wonach die typische "werktägliche Geschäftigkeit" an Sonn- und Feiertagen grundsätzlich zu ruhen hat. Ausnahmen sind nur zur Wahrung gleich- und höherwertiger Rechtsgüter

möglich. Das Verbot der Öffnung an Sonn- und Feiertagen ist somit die Regel.

Dieses Zitat stammt nicht von Rot-Grün, sondern von der alten CDU/FDP-Landesregierung.

Meine Damen und Herren von SPD und Grünen, in Ihrem Koalitionsvertrag haben Sie festgehalten, dass Sie die Sonntagsöffnungen anders regeln werden. Dann fangen Sie, bitte schön, damit an, und zwar heute. - Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Landtag fängt damit an!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Detjen. - Wir kommen zur nächsten Wortmeldung. Herr Schultz, bitte.

Alfred Schultz (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Verwaltung hat eine sehr ausführliche Stellungnahme zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts abgegeben.

Es ist auch korrekt, dass SPD und Grüne auf Landesebene beabsichtigen, Regelungen zu den verkaufsoffenen Sonntagen zu fassen. Die Landesregierung wird die Evaluierung des Gesetzes im Dialog mit Handel, Gewerkschaften, Kommunen und Kirchen vornehmen und die Wirkung der Rechtslage bewerten.

Neue Regelungen zu den verkaufsoffenen Sonntagen sollen außerdem - Herr Detjen, Sie haben recht; so steht es im rot-grünen Koalitionsvertrag - an die Größe und Struktur der Kommune geknüpft werden. Natürlich inkludiert dies auch den Stadtteilbezug.

SPD und Grüne in NRW wollen die Anlässe für einen verkaufsoffenen Sonntag konkret ausgestalten. So werden Schwachstellen, die die schwarz-gelbe Vorgängerregierung eingebaut hat, ausgemerzt - unter Berücksichtigung der ergangenen Urteile.

All dem können wir hier in Köln aber wirklich gelassen entgegensehen. Wir haben uns über die Konsensrunde schon immer freiwillig beschränkt. Das Maximum an verkaufsoffenen Sonntagen haben wir bisher gar nicht ausgeschöpft. Ich habe es am 14. September dieses Jahres bei der vorvorletzten Ratssitzung gesagt und sage es hier noch einmal: Das hat dem sozialen Frieden in unserer Stadt gutgetan.



Das Kölner Modell 21+3 ist ein wirklich vernünftiger Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen in der Konsensrunde. Ich bitte Sie daher, dem Verwaltungsvorschlag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Schultz. - Herr Gey, bitte.

Herbert Gey (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Detjen, Ihre Ladenöffnungszeit-Phobie ist mittlerweile amüsant. Sie lassen keine Gelegenheit aus, dieses Thema gebetsmühlenartig immer wieder nach vorne bringen zu wollen. Sie haben es schon im Wirtschaftsausschuss gemacht; Sie haben es im letzten Jahr bei der Konsensrunde gemacht.

Wir befinden uns zurzeit auf der Grundlage eines gültigen Ratsbeschlusses. Sie werden sich daran erinnern, dass wir im letzten Jahr nach langer Diskussion unter Mithilfe der Verwaltung - ich danke noch einmal dem Herrn Stadtdirektor, der da einen ganz vernünftigen Kompromissvorschlag gemacht hat - einen sogenannten Konsens gefunden haben.

Außerdem weise ich darauf hin, dass sich diverse Institutionen, die Sie eben erwähnt haben, aus dieser Konsensrunde verabschiedet haben, ohne Auf Wiedersehen zu sagen. Sie sind einfach nicht mehr erschienen und haben erklärt: Jetzt reden wir nicht mehr miteinander. - So ist Konsens auch nicht machbar.

Das Modell, das wir dort gefunden haben, ist wunderbar und hält. Dabei sollten wir bleiben, solange es keine übergeordneten Stellen gibt, die das infrage stellen. Hier spreche ich ganz bewusst die rot-grüne Koalition im Land Nordrhein-Westfalen an. Ich hoffe, dass sie so klug ist, die Dinge, die für Köln spezifisch sind Herr Schultz hat es ja angedeutet -, zu berücksichtigen.

Wir befinden uns - ich sage es noch einmal ganz deutlich - in einem extremen Wettbewerb mit dem Umland. Das habe ich auch schon der Presse gegenüber geäußert. Dafür müssen wir uns auch wappnen und unseren eigenen Wirtschaftsstandort ein bisschen schützen.

Ich denke, dass das, was wir bisher gemacht haben, im Interesse der Bürger, der Arbeitnehmer, der Unternehmen und auch der Kirchen durchaus tragbar war.

Sie behaupten immer, dass die Mitarbeiter geknechtet würden. Wenn Sie sich einmal die Mühe machen würden, mit einigen Mitarbeitern von Unternehmen, die an diesen Sonntagen geöffnet haben, zu sprechen, würden Sie feststellen, dass ein Großteil dieser Mitarbeiter sagt: Wir machen das gerne, weil das nämlich ein gutes Zubrot ist.

Wie bereits gesagt, befinden wir uns dem Grunde nach auf der Ebene eines gültigen Ratsbeschlusses. Solange er sich nicht ändert, werden wir diesen Ladenöffnungszeiten zustimmen.

Im Übrigen haben das fünf Bezirksvertretungen auch gemacht. Außerdem haben die im Wirtschaftsausschuss vertretenen Parteien mit Abstimmungsrecht dieser Vorlage dort einstimmig zugestimmt. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Gey. - Frau Thelen, bitte.

**Elisabeth Thelen** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Motivlagen rund um das Thema Ladenöffnungszeiten, speziell an Sonntagen, sind nicht eindimensional, sondern vielfältig.

Das wirtschaftliche Interesse der Geschäftsleute ist natürlich ein ganz gewichtiges. Es gibt aber beispielsweise auch den Wunsch aus der Bevölkerung, traditionelle Straßenfeste zu feiern; dazu fällt mir der "Längste Desch vun Kölle" ein. Außerdem ist die Sonntagsöffnung immer auch ein Thema, wenn es um die Förderung der Einzelhandelsstruktur in den Vororten geht. Ferner ist sie in der Tat auch in der interkommunalen Konkurrenz ein Thema. - Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist die, die von den Gewerkschaften DGB und ver.di sowie den Kirchen vertreten wird, nämlich der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Schutz des Sonntags als Ruhetag und als Tag der Begegnung jenseits von Konsum.



Der Druck zur maximalen Ausnutzung der Möglichkeiten zur Sonntagsöffnung ist enorm groß.

Um einen Ausgleich zwischen allen Interessen und Aspekten zu befördern, haben die Grünen im Jahr 2003 die hier schön öfter genannte Konsensrunde maßgeblich mit initiiert.

Wir als Grüne treten für einen restriktiven Umgang mit den Sonntagsöffnungen ein und teilen in weiten Teilen die Argumente der Kirchen und der Gewerkschaften.

In der Konsensrunde ist tatsächlich erreicht worden, dass die gesetzlich möglichen Sonntagsöffnungen in Köln nicht ausgeschöpft werden. Ich will daran erinnern, dass wir ohne diesen Konsens im letzten Jahr einen zusätzlichen verkaufsoffenen Sonntag zwischen Weihnachten und Neujahr gehabt hätten.

Mit dem jetzt geltenden Gesetz zur Regelung der Ladenöffnungszeiten, das CDU und FDP auf Landesebene im Jahr 2006 beschlossen haben, ist die Lage in Köln nicht einfacher geworden. Diejenigen, die - um es einmal spitz auszudrücken - für Kommerz und Konsum stehen, haben Oberwasser bekommen. Die Kirchen und Gewerkschaften wurden immer mehr in die Ecke gedrängt.

Ihr Rückzug aus der Konsensrunde ist daher verständlich. Er ist aber falsch.

Jetzt am Ende eines Prozesses einen Tag vor der Ratssitzung per Presseerklärung eine Kehrtwende einzufordern, ist unrealistisch. Das wissen die Akteure bestimmt auch; denn wir haben es mit Profis zu tun.

Diese Akteure würden ihrem Anliegen jedoch wirklich dienen, wenn sie sich auf Landesebene zum Thema Ladenschluss zu Wort melden würden; denn die amtierende Landesregierung ist dabei - darauf wurde gerade schon hingewiesen -, das Gesetz zur Regelung der Ladenöffnungszeiten zu überarbeiten.

(Zuruf: Hört, hört!)

Die eben vorgetragene Kritik an den formulierten Anlässen ist richtig. Beispielsweise ein Kürbisfest im Gewerbegebiet als Anlass für eine Sonderöffnung am Sonntag ist natürlich lächerlich; da sind wir uns wohl einig.

Das ist aber Teil des Kompromisses. Die Vorlage ist auch als Kompromiss zwischen

verschiedenen Interessen zu verstehen. Deswegen stimmen wir dieser Vorlage zu.

Zum Antrag der Linken ist Folgendes zu sagen: Die Stellungnahme der Verwaltung zeigt, dass es sich hier nicht um ein juristisches Problem handelt, sondern um ein politisches. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau Thelen. - Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Detjen, nicht nur die Wand leidet, wenn man immer wieder an der gleichen Stelle mit dem Kopf durch diese hindurch will. Das möchte Ihnen in dieser Debatte einmal zurufen.

Hier im Rat habe ich Sie auch schon einmal gefragt - deswegen wundert es mich ein wenig, dass Sie bei diesem Thema so besonders stark auftreten -, welche Landesregierung denn das Urteil des Bundesverfassungsgerichts verursacht hat. Das war doch die Landesregierung des Landes Berlin - und dort trägt doch die Linke ein wenig mit Verantwortung für die Politik.

(Beifall bei der FDP)

Ich finde es wirklich besonders interessant, dass Sie hier via eigene politische Aktivität Ihren Kollegen in Berlin vorwerfen, sie würden eine falsche Politik machen. Das halte ich schon für einen ziemlich interessanten Weg. So etwas gibt es nicht allzu oft.

Warum aber befinden Sie sich in einer so interessanten Koalition mit den Kirchen und den Gewerkschaften?

Was die Glaubwürdigkeit der Kirche in dieser Frage angeht, sollten Sie sich übrigens einmal die Öffnungszeiten des Dom-Kiosks, der von der katholischen Kirche selbst betrieben wird, anschauen. Er öffnet am Sonntag immer. Damit hat die Kirche überhaupt kein Problem. Dort verkauft sie ihre Devotionalien. Gleichzeitig sagt sie allerdings: Das geht aber nicht, wenn Private so etwas machen wollen. Wir als Kirche können das natürlich tun. - Wenn Sie am Sonntag auf den Domturm steigen, können Sie dort Dinge kaufen. Wenn ein Privater 100 Meter weiter so etwas machen will, ist das aber ganz schrecklich. Das finde ich nicht ganz richtig.



(Ralph Sterck [FDP]: 52 Sonntage im Jahr! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist die Regelung 52+0!)

- 52 Sonntage im Jahr. - Frau Thelen, es ist ja nicht so, dass es vor der Landesregierung von CDU und FDP schon Lösungen für die Sonntagsöffnungen gab. Diese Lösung haben wir nun eingeführt.

Dabei haben wir in Köln - das haben wir als FDP immer kritisiert - nicht die vom Landesgesetzgeber geschaffenen Möglichkeiten ausgenutzt.

Deswegen ist auch das Hantieren mit 21+3 etwas schwierig. Das sollten wir uns meines Erachtens abgewöhnen. Wir öffnen von 52 Sonntagen genau dreimal - und nicht 21+3-mal. Wenn wir von 21+3 sprechen, kommen wir in eine vollkommen falsche Argumentationslinie hinein.

Wir nutzen die Möglichkeiten nicht aus. Wir machen weniger, als der Gesetzgeber im Moment ermöglicht.

Sie wissen, dass uns das nicht gefällt. Zum Thema Kompromiss haben wir von Frau Thelen aber eben etwas gehört. Deswegen werden wir auch dieser Vorlage zustimmen - wie schon im Wirtschaftsausschuss.

Gestatten Sie mir jetzt noch eine Bemerkung zu den Gewerkschaften. Der Zusammenschluss zur großen Gewerkschaft ver.di hat natürlich bestimmte Gruppen in dieser Gewerkschaft etwas untergebuttert. Dazu gehören zum Beispiel die Vertreter der großen Einzelhändler.

Mir ist bekannt, dass der Betriebsrat im Kölner Kaufhof Probleme hat, alle Leute, die an den Sonntagen arbeiten wollen, überhaupt unterzubringen, weil es nämlich erstens 60 Prozent mehr Bruttogehalt und zweitens zusätzlich einen Einkaufsgutschein über 150 Euro gibt.

(Zuruf: Hört, hört!)

Vor diesem Hintergrund wollen die Leute gerne arbeiten. Es ist nicht so, dass die Geschäftsleitung die Mitarbeiter schlagen oder treiben müsste oder mit irgendwelchen Drohungen arbeiten müsste, damit sie arbeiten. Das ist einfach nicht der Fall.

(Ralph Sterck [FDP]: Marktwirtschaft!)

An dieser Stelle komme ich wieder zu den Kirchen. Wir sollten auch einmal fragen, wie es mit dem Arbeitsschutz des Pastors und des Vikars am Sonntag aussieht.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ach, hör auf!)

Das ist ja auch ein wenig merkwürdig.

Meine Damen und Herren, wir sind also sehr moderat.

Sie wissen, dass Politiker ebenfalls manchmal sonntags arbeiten müssen. Darüber regt sich auch niemand auf.

Ich glaube nicht, dass der Sonntag in Köln oder in Nordrhein-Westfalen untergeht oder dass die Leute nicht in die Kirche gehen können, wenn an drei von 52 Sonntagen die Geschäfte für einige Stunden geöffnet werden.

Wir werden dem Kompromiss zustimmen und den Antrag der PDS - Entschuldigung; der Linken - ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Vielen Dank, Herr Houben. - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal und auf der Tribüne! Es stimmt, dass die Diskussion um die Ladenöffnung sich hier regelmäßig zu wiederholen scheint. Ich bin zwar erst ein Jahr dabei; letztes Jahr hatten wir aber ähnliche Diskussionen.

Sehr geehrter Herr Sterck, eigentlich hatte ich heute auch mit einem Antrag der FDP gerechnet, die Kölner Weihnachtsmärkte bis Ostern zu verlängern, um Handel und Wirtschaft zu stärken.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen] - Ralph Sterck [FDP]: Das machen wir nächstes Jahr! Danke für Ihre Anregung!)

- Nächstes Jahr. - Ähnliches erwarten heute auch IHK und befreundete Einzelhandelsverbände vom Kölner Rat. Auch 2011 sollen wieder die Geschäfte in verschiedenen Stadtteilen an Sonntagen öffnen können.



In der Zeitung war heute zu lesen, diese Sonntage trügen einem geänderten Einkaufsverhalten Rechnung, sie stärkten das wirtschaftliche Fundament oder seien gar ein unverzichtbarer Baustein für die anziehende Konjunktur. Dies wird wohl alles wahr sein, dachte sich der Wirtschaftsausschuss und winkte die Vorlage einstimmig durch. Aber ist die Formel "mehr Umsatz = stabiler Einzelhandel = Sicherheit und Wohlstand für alle" nicht etwas eindimensional gedacht?

Auf die eigentliche Bedeutung des Sonntags wiesen zu Anfang der Woche Kirchen und Gewerkschaften hin. Er ist der Tag der Besinnung, der Erholung, der Tag der Kinder und ihrer Familien. Kirchen und Gewerkschaften beides keine unwichtigen Organisationen fordern daher nicht eine Einschränkung dieser Sonntage, über die wir hier sprechen,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Sondern mehr Sonntage!)

sondern sogar die Abschaffung derselben - eine Forderung, der sich unsere Wählergruppe Deine Freunde gerne anschließt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Abschaffung der Sonntage?)

- Die Abschaffung der verkaufsoffenen Sonntage.

Auch die rot-grüne Landesregierung ir Düsseldorf schrieb in ihrem Koalitionsvertrag:

Dazu werden wir ... die Aushöhlung des Sonn- und Feiertagsschutzes korrigieren.

Und in Köln? Trotz dieser eher seltenen Allianz zwischen Kirchen und Gewerkschaften winkte der Wirtschaftsausschuss diese Vorlage, wie gesagt, einstimmig durch. Mir liegt kein Protokoll dieser Sitzung vor; aber die Einstimmigkeit im Ergebnis irritiert mich schon. Wenn ver.di und Mitglieder DBG ihre vor zusätzlicher Arbeitsbelastung schützen wollen, lässt dies die SPD dann kalt? Hört die CDU nicht hin, wenn Bartscherer Hannelore vom Kölner Katholikenausschuss vom Sonntag als einem Geschenk des Himmels spricht? Frau Bartscherer bezeichnet den arbeitsfreien Tag als Symbol, dass Leben mehr ist als Arbeit und Wirtschaft, und den Sonntag als einzigen Tag, der frei ist von Kommerz und Leistungsdruck.

Darum geht es an den verkaufsoffenen Sonntagen wirklich. Es geht um Kommerz. Überspitzt formuliert, geht es darum, den Kölnerinnen und Kölnern auch noch am Sonntag für meist wertlosen Plunder die letzten Euros aus den Taschen zu locken -

# (Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Geld, das die meisten Familien bereits unter der Woche ausgegeben haben. Die Euros verdoppeln sich am Wochenende ja nicht. Kinder verbringen ihre Freizeit dann statt auf dem Spielplatz im Shoppingcenter.

Wenn Herr Ferger von der IHK von attraktiven Zuverdienstmöglichkeiten für Arbeitnehmer spricht, frage ich mich, ob der Arbeitnehmer nicht eher ungewollt nun auch am Sonntag ran mussaus Angst um seinen Arbeitsplatz.

Zu Anfang sprach ich von "etwas eindimensional gedacht". Damit meine ich genau dies. Müssen wir nicht, statt den Wünschen des Handels nachzugeben, auch an Werte wie Freizeit und Familie denken?

(Henk van Benthem [CDU]: Das haben wir doch!)

Und ist dagegen, liebe Grüne, hemmungsloser Konsum nicht eigentlich einfach nur Mist?

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke.Köln])

Wir sind letztes Jahr zu dieser nun fortzuschreibenden Sonntagsverkaufsregelung gekommen. Ich habe mich schon letztes Jahr gefragt: Wenn in dieser Konsensrunde kein Konsens unter allen eigentlich Beteiligten, also auch den Kirchen und Gewerkschaften, gefunden wurde, warum gibt der Rat dann dem Handel nach? Warum hört er nicht stattdessen auf Kirchen und Gewerkschaften?

Meines Wissens fand dieses Jahr keine Konsensrunde mit allen Beteiligten statt. Daher möchte ich eine Vertagung der Beschlussfassung beantragen - verbunden mit der Aufgabe an die Verwaltung, zu einer neuen Konsensrunde mit allen Beteiligten einzuladen.

Lassen Sie uns deren Ergebnis abwarten. Sollte ein Konsens gefunden werden, lassen Sie uns diesem folgen. Sollte kein Konsens gefunden werden oder die Vertagung heute keine Mehrheit finden, lassen Sie uns auf verkaufsoffene Sonntage verzichten; denn der Mensch steht vor dem Kommerz. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.Köln)



**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Vielen Dank, Herr Zimmermann.

Dann möchte ich zuerst über den Antrag auf Vertagung abstimmen lassen. Wer ist dafür? - Herr Zimmermann und die Linke sind für die Vertagung. Wer enthält sich? - Dann ist das abgelehnt.

Nun möchte ich über den Änderungsantrag der Linken abstimmen lassen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das sind die Linke und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt komme ich zur ursprünglichen Beschlussvorlage unter Tagesordnungspunkt 6.3.1. Wer ist gegen die ursprüngliche Vorlage? - Die Linke und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Pro Köln enthält sich. Damit ist der ursprüngliche Antrag mehrheitlich angenommen. - Danke schön.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

7 Unterrichtung des Rates über die vom Kämmerer/Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2010 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2010/2011 4026/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

#### 8 Überplanmäßige Ausgaben

Wir hatten zu Beginn vereinbart, die Tagesordnungspunkte 8.1 und 8.2 gemeinsam zu verhandeln.

8.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 - Museum Ludwig - für das Haushaltsjahr 2010 4347/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/2238/2010

8.2 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0417 - Puppenspiele für das Haushaltsjahr 2010 4394/2010 Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/2238/2010

Frau Dr. Bürgermeister hat sich dazu zu Wort gemeldet.

**Dr. Eva Bürgermeister** (SPD): Angesichts der vorgerückten Stunde will ich es ganz kurz machen. Wir haben ja darüber bereits in zwei Sitzungen, nämlich im Kulturausschuss und im Finanzausschuss, debattiert. Von daher geht es sicherlich schnell.

Für die SPD-Fraktion möchte ich ausdrücklich festhalten, dass wir sowohl das Verfahren, uns so kurzfristig und verfristet mit dieser Vorlage zu überraschen, ablehnen als auch die Tatsache nicht akzeptieren können, dass durch scheinbar Finanzgebaren sorgloses in einzelnen Kulturinstituten ein massiver Fehlbetrag verursacht wird, der nun alle Kulturinstitute und den Kulturetat dieser Stadt in erhebliche Schwierigkeiten bringt. So etwas können und wollen wir nicht weiter hinnehmen. Daher unser Änderungsantrag.

Wir werden also heute den beiden Vorlagen der Verwaltung mit Magengrummeln zustimmen, weil wir hierzu keine wirkliche Alternative sehen. Auch sehen wir die Deckungsvorschläge Kulturdezernenten mehr als kritisch. Insbesondere halten wir es für falsch, wenn Mittel zur Deckung herangezogen werden, die bereitgestellt wurden, um dringend erforderliche Sanierungen bei den städtischen Kulturinstituten zu ermöglichen. Ich hoffe, dass es sich bei diesen Deckungen nur um haushalterische Umbuchungen handelt, weil eine Verausgabung nicht mehr möglich war. Keinesfalls werden wir es akzeptieren, wenn die von Ihnen in der Vorlage genannten Sanierungsmaßnahmen nun dauerhaft unterbleiben müssen. Gleichzeitig erwarten wir. dass das Kulturdezernat unverzüglich dafür sorgt, dass Situationen wie diese künftig nicht mehr auftreten. Wie gesagt, im Kulturausschuss haben wir das lange und ausführlich besprochen.

In unserem Änderungsantrag hierzu haben wir klar ein Ziel formuliert, das eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Wir erwarten nämlich, dass die Verwaltung zukünftig sicherstellt, Haushaltsdass die und Budgetansätze eingehalten werden. Aus unserer Sicht kann das nur durch eine durchsetzungsfähige Controlling-Einheit und ein



engmaschiges Berichtswesen erfolgen. Eine zentrale Rechnungsstelle bei der Stadtbibliothek, wie von der Kulturverwaltung in ihrer Stellungnahme ausgeführt, ist unseres Erachtens nicht ausreichend beziehungsweise sogar unzureichend. Die Verwaltung ist aufgefordert, kurzfristig Eckpunkte eines Konzepts den Fachausschüssen vorzulegen. Wir wollen das weitere Verfahren eng begleiten und erwarten deshalb, dass das daran anschließende Konzept Anfang nächsten Jahres beschlossen werden kann.

Abschließend zur Schlussbemerkung Ihrer Stellungnahmen: Wir sind der Auffassung, dass die Organisationsform der Museen in diesem Kontext keine Rolle spielt. - Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Die Bürgermeisterin dankt Frau Dr. Bürgermeister. - Frau von Bülow, bitte.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die beiden Vorlagen beschäftigen uns - meine Vorrednerin hat es gesagt - seit dem 9. November, obwohl sie auf Erkenntnissen beruhen, die schon länger bekannt sind. Das ist ärgerlich, weil wir am 7. Oktober den Haushalt verabschiedet haben. Genau einen Monat später hören wir in einer Sitzung, in die diese Vorlagen völlig verfristet eingebracht wurden, dass die Ansätze für 2010 bei den Puppenspielen und dem Museum Ludwig nicht ausreichen. Ein Schuft, der Böses dabei denkt.

Sowohl bei den Puppenspielen als auch beim Museum Ludwig ist von einem strukturellen Defizit die Rede. Die Energiekosten laufen davon, ebenso die Kosten für Bauunterhaltung und -bewachung, für Sachmittel und Tantiemen. Es tauchen plötzlich Rechnungen auf. Die Fehlbeträge im Museum Ludwig steigen nach einer ersten verhalten positiven Prognose, so eine Mitteilung im Kulturausschuss, von 340 000 Euro auf 2,5 Millionen Euro. Aus weiteren Museen erreicht uns die Kunde, dass 2011 die Budgets unter Umständen gar nicht zu halten diese Äußerungen werden. Auch erschrecken und schockieren uns. So leichtfertig mit Haushaltsansätzen nicht kann umgehen.

Neben diesen irritierenden Erklärungen werfen nicht nur die Vorlagen, die uns allen vorliegen, sondern auch die Antworten auf die zahlreichen Fragen im Kulturausschuss diverse weitere Fragen auf, statt Antworten zu geben, die uns tatsächlich zufriedenstellen. Hier ist jetzt nicht der Ort, diese Fragen und die entsprechenden Statements noch einmal zu wiederholen. Wiederholen möchte ich aber, dass es keine befriedigende Lösung darstellen kann, wenn zur Kompensation der Defizite eines Hauses die Gelder bei anderen Häusern reduziert werden. Meinung nach eher Das ist meiner Kannibalismus statt Solidarität. Denn das Geld, das jetzt für den Ausgleich der Defizite eingesetzt wird, fehlt in den anderen städtischen Kultureinrichtungen. Wir sehen das mit großer Sorge.

Wie schon häufiger in der Vergangenheit geraten wir durch die Vorlage in eine Situation, in der wir nicht anders können, als mit Bauchschmerzen zuzustimmen; denn die Rechnungen und Forderungen existieren und müssen beglichen werden. Uns war es daher wichtig - auch meine Vorrednerin ist darauf eingegangen -, zur Vorlage einen Änderungs- beziehungsweise Ergänzungsantrag zu stellen. Die Vorlagen machen deutlich, dass dringend Handlungsbedarf besteht, die Organisations- und Betriebsabläufe in den städtischen Museen zu optimieren. Die zusätzlichen Finanzbedarfe von Puppenspielen und Museum Ludwig verlangen nach unverzüglichen Maßnahmen.

In unserem Änderungsantrag wird daher die Verwaltung aufgefordert, ein Konzept für ein zentrales und durchsetzungsfähiges Finanz-Controlling zu entwickeln, das alle städtischen Museen umfasst, und dieses dem Kultur- und Finanzausschuss frühzeitig so Beschlussfassung vorzulegen, dass es in der ersten Beratungsfolge in 2011 beschlossen werden kann. Ziel soll es sein, sicherzustellen, städtischen Häuser Museumsbetrieb im Rahmen der im Haushalt jeweils für sie bereitgestellten Budgets führen. Nur über ein engmaschiges Berichtswesen ist zu dass Fehlentwicklungen gewährleisten, frühzeitig erkannt werden, sodass noch effektiv gegengesteuert werden kann. Berichtswesen ist wahrscheinlich perspektivisch auf weitere städtische Kultureinrichtungen auszudehnen.

Verspätete Informationen zu finanziellen Fehlentwicklungen beziehungsweise die Ankündigung von weiteren Defiziten bei allen Museen machen deutlich, dass die Steuerung



von Planungen und Entscheidungen sowie die Abwicklung von Verbindlichkeiten für alle städtischen Museen umfänglich optimiert werden müssen. Auch wir bitten um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau von Bülow. - Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine verehrten sehr Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Auch wir möchten den überplanmäßigen Ausgaben nicht einfach kommentarlos zustimmen, wobei ich mich jetzt nicht auf das Hänneschen konzentrieren, sondern Museum Ludwig bleiben will.

Mehrausgaben in Höhe von 2,5 Millionen Euro sind ja nun wahrlich kein Pappenstiel. Wir sind froh, dass Herr Professor König das Museum Ludwig mit hohem persönlichem Engagement Uns ist auch bewusst. Sonderausstellungen viel Geld kosten, dass sie jahrelang geplant werden müssen manchmal auch mit Risiken der Zuschussgeber behaftet sind. Aber es kann doch nicht sein, dass Jahresende, am also kurz Rechnungslegung meine Vorrednerinnen haben es gesagt -, der Herr Professor plötzlich feststellt: Ups, ich habe ja 2,5 Millionen Euro weniger! Ach, da werden wir uns wohl verrechnet haben. Das wird wohl daran liegen, dass die Besucher nicht richtig bezahlt haben.

Meine Damen und Herren, wir sind uns, glaube ich, alle darüber einig: Das geht nicht. Da müssen wir gegensteuern. Dagegen müssen wir etwas unternehmen.

Bevor wir Ihrem Änderungsantrag zustimmen, hätte ich gerne vom Kulturdezernenten gehört, was er selbst veranlasst hat; denn ich habe gelesen, dass ein Controlling schon aufgebaut ist und entsprechende Maßnahmen bereits ergriffen worden sind. Denn sollten sie ausreichen, bräuchten wir diesen Änderungsantrag nicht. Wenn wir allerdings zu dem Schluss kommen, dass sie nicht ausreichen, würden wir dem Änderungsantrag zustimmen. Da wir der Verwaltung nicht doppelte Arbeit - das ist ja auch schon vorgekommen - aufbürden wollen, möchte ich jetzt gerne von Herrn Professor Quander wissen, wie er damit umgeht und ob dahingehend schon etwas beschlossen worden

ist. Danach werden wir uns entscheiden. - Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Vielen Dank, Herr Granitzka. - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Granitzka, ich glaube, dass das, was wir beim Museum Ludwig gesehen haben, nicht zufällig geschah. Vielmehr glaube ich, das hat beim Umgang mit Rechnungen System. Anders kann eine Summe in dieser Höhe nicht zustande kommen.

#### (Beifall bei der FDP)

Man muss sich nur einmal anschauen, wie viel Abrechnungspersonal von Herrn Professor König als verantwortlichem Direktor eingesetzt worden ist. Im Kulturausschuss war zu erfahren, dass eine einzige Person die Abrechnungen macht. Wir alle erinnern uns noch an seine Vertragsverhandlungen, in denen er erklärte, wo überall er gerne wie viele Personen einsetzen will. Deshalb muss ich sagen: Er trägt dafür die Verantwortung. Genau das fehlt unserer Ansicht im Änderungsantrag: Es wird nicht nach der Verantwortlichkeit gefragt.

Man muss dabei immer auch bedenken, für welchen Etat ein Museumsdirektor, also auch der Direktor des Museum Ludwig, verantwortlich zeichnet und auch welche Tantiemen er selbst dafür bekommt. Einen Monat nach Verabschiedung des Haushalts kommt nun ein solcher Moloch zutage. Einen Monat nach Verabschiedung des Haushalts erfahren wir, was alles nicht klappt, welche Rechnungen nicht etwa seit vier Wochen, sondern schon seit Monaten nicht bezahlt worden sind und dass bei Ausstellungen über 50 Prozent der Karten nicht bezahlt wurden. Deshalb muss man fragen: Wer trägt dafür die Verantwortung? Was würde in einem anderen Unternehmen mit der dafür verantwortlichen Person passieren? Da würden Konsequenzen gezogen. Diese Person müsste ihren Hut nehmen. Das hätte ich gerne von Ihnen, Herr Granitzka, aber auch von den anderen beiden Rednerinnen gehört.

#### (Beifall bei der FDP)

Wir können nicht zulassen, dass er damit auch noch durchkommt, während die anderen



Museumsdirektoren, die gar nichts für diese Schlampereien - eigentlich sind es Unverantwortlichkeiten - können, im Kulturausschuss antanzen und sozusagen mit dafür geradestehen müssen. Wenn wir jetzt nicht einschreiten, dann wird sich doch jeder Museumsdirektor sagen: Ja, warum soll ich mich denn noch an das Budget halten? Nehme ich mir doch lieber an dem ein Beispiel.

Ich glaube allerdings, dass Controlling allein nicht helfen wird. Herr Granitzka hat eben darum gebeten, dem Kulturdezernenten die Gelegenheit zu geben, sich hierzu zu äußern. Ich bin gespannt, was er dazu sagt. Anscheinend haben die Controlling-Instrumente ja noch nicht gegriffen. Sonst müssten wir über dieses Ergebnis hier jetzt nicht diskutieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ein Rat solche Zustände mitbekommt und noch dazu entsprechende Schriftstücke erhält, dann darf ihn das nicht kaltlassen. Darum ist die FDP der Meinung, dass der Antrag von SPD und Grünen in die richtige Richtung geht. Wir unterstützen ihn. Den beiden Verwaltungsvorlagen werden wir jedoch nicht zustimmen. Damit wollen wir für andere Museumsdirektoren ein Zeichen setzen, dass wir so etwas hier in Köln nicht noch einmal erleben wollen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Und was macht ihr mit den Schulden?)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Breite. - Frau Senol, bitte.

Sengül Senol (Die Linke.Köln): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden sowohl der Vorlage als auch dem Zusatzantrag von SPD und Grünen zustimmen. Ich möchte wie meine Vorrednerinnen aber noch einige nachdenkliche Bemerkungen machen.

Eineinhalb Monate, nachdem der Rat den Haushalt verabschiedet hat, präsentiert das Kulturdezernat uns diese Vorlage: ein Defizit von 2,5 Millionen Euro beim Museum Ludwig. Das ist ein Viertel des Etats des Museums! Ein solches Defizit entsteht nicht in einem Monat aus dem nichts. Es muss für das Kulturdezernat schon während der Haushaltsverhandlungen klar gewesen sein, was auf uns zukommen würde.

Aber das Dezernat hat vorgezogen, den Rat darüber im Dunkeln zu lassen.

Ein solches Vorgehen macht die demokratische Willensbildung im Rat zu einer Scheinveranstaltung. Und was ist nun die Lösung, die uns Herr Quander vorschlägt? Das Defizit soll gedeckt werden aus den Mitteln für Museum die Fenstersanierung im Angewandte Kunst. Die Fenstersanierung soll dann im kommenden Jahr aus dem Programm zur Museumssanierung bezahlt werden. Von diesem Programm wäre damit schon die Hälfte der Mittel verbraucht.

Es handelt sich dabei um demokratisch gefasste Beschlüsse. Aber das Kulturdezernat versucht, sie zu unterlaufen. Uns, dem Rat, wird hier eine Lage präsentiert, in der sich die Rechnungen aufgehäuft haben. Mahnkosten machen die Sache noch teurer, als sie eh schon ist. Das ist die Situation, vor die das Kulturdezernat den Rat stellt. Die Rechnungen müssen bezahlt werden; darum kommt die Stadt nicht herum. Und so versucht das Kulturdezernat, den Rat dazu zu zwingen, demokratische Beschlüsse aufzuheben und politisch gesetzte Schwerpunkte zu verschieben.

Die Führung des Kulturdezernates hat in den Ausschüssen - im Kulturausschuss und im Finanzausschuss - schon deutlichen Gegenwind zu spüren bekommen. Ich möchte noch einmal hier betonen: In Zukunft sind die vom Rat und von den Ausschüssen gefassten Beschlüsse zu respektieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau Senol. - Ich erteile jetzt dem Beigeordneten das Wort. Bitte, Herr Professor Quander.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich habe in den vergangenen Jahren, konkret: seitdem ich hier tätig bin, regelmäßig erlebt, dass Jahresende einzelne zum Kultureinrichtungen überplanmäßig nachfinanzieren mussten, entweder weil die Haushaltsansätze nicht ausreichend waren oder aber aus systembedingten Gründen, die aus den Verwaltungsvorgängen einzelnen der Einrichtungen resultierten. Diesen Zustand finde ich genauso unbefriedigend wie Sie. Das will ich hier auch ganz deutlich sagen.



(Zuruf: Sie können das ändern!)

- Immer mit der Ruhe, ich komme schon noch darauf zu sprechen.

Deswegen habe ich im März dieses Jahres ein dezernatsweites Berichtswesen eingerichtet, um eher zu entsprechenden Ergebnissen zu kommen und dann auch eher gegensteuern zu können. Das System ist, wie gesagt, erst seit März installiert. Es läuft noch nicht perfekt. Es hat sich aber doch schon in vielen Teilen bewährt. Das können Sie unter anderem daran erkennen, dass die Mehrzahl der Kulturinstitute mit den gekürzten Haushaltsansätzen trotz der schwierigen Situation in diesem zurechtkommt. Zwei Institute haben das nicht geschafft. Die Erkenntnisse hierfür hätte ich mir auch eher gewünscht. Sie lagen aber nicht eher vor. Daher bin ich froh, dass wir sie zumindest so hatten, dass rechtzeitig wir noch eine dezernatsinterne Deckung ausarbeiten und Ihnen vorschlagen konnten.

Gleichwohl halte ich das auch noch nicht für ein befriedigendes Endergebnis, Herr Granitzka. Ich glaube auch, dass wir das mit einem Berichtswesen innerhalb des Dezernates allein nicht lösen können. Insofern bin ich für den von Rot-Grün gestellten Änderungsbeziehungsweise Zusatzantrag dankbar.

Vor vielen Jahren - das war lange vor meiner Zeit - ist hier im Kölner Rat die Entscheidung gefällt worden, erst die Generaldirektion der Kölner Museen abzuschaffen und danach die Zentralverwaltung. Ich halte zumindest Letzteres für einen Fehler. Das hat nämlich dazu geführt, dass die Verwaltung in sehr kleinen Einheiten auf die Häuser aufgeteilt wurde. Zum Teil bestehen diese Verwaltungen nur aus 1,5 Stellen. Damit sind sie schlichtweg überfordert, ein vernünftiges Finanzmanagement aufzubauen. Sie müssen sich vergegenwärtigen, dass die Kölner Museen mit einem Jahresumsatz von 35 Millionen Euro durchaus ein mittelständisches Unternehmen sind, was aber in keiner Weise finanztechnisch und verwaltungstechnisch so gemanagt wird, wie es ein Unternehmen dieser Größenordnung erfordert.

Deswegen bin ich sehr gerne bereit, den Auftrag hier aufzunehmen, Ihnen möglichst bald einen Vorschlag zu unterbreiten, wie wir zumindest auf der Verwaltungsseite diese Arbeit optimieren können; denn wenn man eine Verwaltung schafft, die arbeitsteiliger arbeiten kann, die auch über größere Volumina verfügt, kann man viel eher Ausgleiche herbeiführen innerhalb eines solchen

Systems, als wenn man sehr kleinteilig und dann noch mit unzureichender Personalausstattung so etwas managen muss. - So viel von meiner Seite. Vielen Dank.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Beigeordneter. - Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst stimmen wir über den Änderungsantrag zu TOP 8.1 von SPD und Grünen ab. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? - Wer enthält sich? - Pro Köln enthält sich. Bei Enthaltung von pro Köln ist der Änderungsantrag einstimmig angenommen.

Wir stimmen dann über TOP 8.1 ab. Wer ist für die Vorlage 8.1 in der neuen Fassung? - Das sind die SPD, die Grünen, Herr Zimmermann, die CDU und die Linke. Wer enthält sich? - Gegenstimmen? - Von der FDP. Dann ist die Vorlage 8.1 in der geänderten Fassung angenommen.

Wir stimmen nun über den Änderungs- und Zusatzantrag von SPD und Grünen zu TOP 8.2 ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das sind die SPD, die Grünen, die Linke, die CDU, die FDP, Herr Hoffmann und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Pro Köln enthält sich. Dann ist der Änderungsantrag zu 8.2 angenommen.

Schließlich stimmen wir über die Vorlage zu TOP 8.2 in der geänderten Fassung ab. Wer ist dagegen? - Dagegen sind Herr Hoffmann und die FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist die Vorlage zu 8.2 in der geänderten Fassung angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

#### 10 Allgemeine Vorlagen

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

10.1 Befristete Weiterführung des Aufbaudienstes des Mobilen Medizinischen Dienstes am Kölner Gesundheitsamt bis zum 31.12.2012 3187/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Abstimmung wie Gesundheitsausschuss und Finanzausschuss. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Vorlage 10.1 ist einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.2:



10.2 Beitrag zu mehr Verkehrssicherheit und Reduzierung des Unfallgeschehens hier: Einrichtung von drei stationären Anlagen sowie Beschaffung von zwei zusätzlichen Radarwagen zur Geschwindigkeitsüberwachung 3760/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Möring.

Karsten Möring (CDU): Frau Bürgermeisterin, gestatten Sie mir, eine kurze Bemerkung vom Platz aus. Wir können dieser Vorlage nicht zustimmen. Wir hatten sie nämlich schon einmal als Vorlage unter derselben Nummer mit dem Titel "Maßnahmen zum Aufgabenabbau zur Standortreduzierung und zur Ertragssteigerung, Einsparvorschlag: Ausweitung der stationären Überwachung durch drei zusätzliche Starenkästen".

Wir sind sehr wohl bereit, solche Maßnahmen, wenn sie der Verkehrssicherheit dienen, ernsthaft zu diskutieren und auch mitzutragen, wie wir das an anderer Stelle auch gemacht haben. Aber hier wurde einfach nur das Etikett gewechselt. Diese Vorlage wurde erst unter dem Gesichtspunkt der finanztechnischen Seite eingebracht und jetzt umgeswitcht - es wurde lediglich das Deckblatt geändert - auf den Gesichtspunkt Verkehrssicherheit. Das halten wir für eine etwas durchsichtige Art und Weise. Wir sind nicht bereit, das beim Bürger bestehende Urteil oder auch Vorurteil auf diese Weise zu untermauern. Die Bürger sind eh der Meinung, dass allzu viele dieser Einrichtungen vor allen Dingen den Einnahmen der Stadt dienen. Deswegen an dieser Stelle keine Zustimmung unsererseits zu dieser Vorlage.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Stadtdirektor, bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Möring, ich räume ein, dass es ungeschickt gewesen ist, die ursprüngliche Vorlage mit dem von Ihnen genannten Titel hier einzubringen. Aber ich möchte doch noch einmal deutlich machen: Dieses ist ein Vorschlag gewesen, der von der Unfallkommission begründet worden ist und der von der Polizei massiv unterstützt wird. Die bisherige Arbeit gerade in diesem Bereich hat

deutlich gemacht, dass es richtig war, hier Kontrollmaßnahmen vorzunehmen, um damit einen wirklichen Beitrag für die Sicherheit zu leisten. Alle bisherigen Maßnahmen, die wir Ihnen empfohlen haben und die Sie hier beschlossen haben, haben die erwartete Wirkung gezeigt und sich positiv für die Sicherheit der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer ausgewirkt. Deshalb wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Schritt ebenfalls unterstützen könnten.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Stadtdirektor. - Herr Wiener, bitte.

Wiener Markus (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die pro Köln Fraktion kann dieser Verwaltungsvorlage ebenfalls nicht zustimmen. Auch wir haben den Eindruck, dass es hier hauptsächlich um die Ertragssteigerung und weniger um die Verkehrssicherheit geht. Insofern schließe ich mich meinem Vorredner, Herrn Möring, an. Die Fraktion pro Köln wird diese Vorlage ablehnen.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Neubert, bitte.

Michael Neubert (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Nur ganz kurz zwei Bemerkungen: Zum einen haben wir das Ganze schon mehrfach sowohl im Verkehrsausschuss als auch im AVR gehört. Ich denke, dort waren die Wortmeldungen von der CDU und auch von pro Köln richtig angesiedelt. Hier waren sie, glaube ich, nicht nötig.

Zum Zweiten. Es geht ja hier ein bisschen das Thema Abzocke durch den Ratssaal. Ich denke, um Abzocke geht es nicht. Jeder, der sich an die Verkehrsregeln hält, kann sich der sogenannten Abzocke entziehen. Insoweit sehe ich kein größeres Problem darin, dass drei Anlagen aufgestellt werden, die der Verkehrssicherheit dienen. Das ist in der Vorlage detailliert beschrieben und im Verkehrsausschuss und im AVR ausführlich dargestellt worden. Daher war das Ganze eigentlich hier nicht mehr nötig. - Danke.

(Beifall bei der SPD)



**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke, Herr Neubert. - Frau Kirchmeyer, bitte.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Es tut mir sehr leid, Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren, dass ich jetzt auch noch zu diesem Thema reden muss. Aber ich kann den Ausführungen des Herrn Stadtdirektors nicht ganz folgen, weil es - das hatte ich schon im Verkehrsausschuss gesagt - auch Stellen betrifft, nicht auf der Liste Unfallhäufungsstellen stehen. Daher drängt sich natürlich der Verdacht auf, dass hier Erträge geschaffen werden sollen, die der Staatskasse zufließen sollen, was also doch ein wenig in Richtung Abzocke geht. Es tut mir sehr leid, das sagen zu müssen. Aber wir sehen das so. Deswegen werden wir der Verwaltungsvorlage in keiner Weise zustimmen. Es gibt sicherlich auch Maßnahmen, andere geeignete um den Autofahrern verantwortungsbewusstes Verhalten beizubringen, statt überall Radaranlagen aufzustellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau Kirchmeyer. Wir kommen zur Abstimmung über TOP 10.2. Wer ist gegen die Vorlage 10.2? - Die CDU, Herr Hoffmann, die FDP und pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist die Vorlage mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

#### 10.3 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2009 für das Gürzenich-Orchester Köln 4200/2010

Möchte dazu jemand das Wort ergreifen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen die Vorlage 10.3? - Wer enthält sich? - Dann ist die Vorlage 10.3 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

10.4 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)

Bericht über die Umsetzung des

Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Köln 4205/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen

diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Dann ist die Vorlage 10.4 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

#### 10.5 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchesters Köln, Wj. 2010/2011 4387/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen die Vorlage 10.5? - Wer enthält sich? - Dann ist die Vorlage 10.5 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.6:

# 10.6 Betriebskostenzuschuss 2009 des Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud 4471/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen die Vorlage 10.6? - Niemand. Wer enthält sich? - Dann ist die Vorlage 10.6 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.7:

# 10.7 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.01.2011 bis 31.12.2012 2164/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.8:

# 10.8 Jahresabschluss 2009 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln 2684/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage 10.8. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von pro Köln ist die Vorlage 10.8 mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

### 10.9 Überlebensstation für Wohnungslose am Hauptbahnhof "Gulliver" 3079/2010

Möchte dazu jemand das Wort ergreifen? - Nein. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist



gegen die Vorlage 10.9? - Niemand. Wer enthält sich? - Dann ist die Vorlage 10.9 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

10.10 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung hier: Aufgabe 51.25, Einsparvorschlag Nr. 7, Erhöhung Beiträge zum Mittagessen 3157/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Dr. Schlieben.

**Dr. Helge Schlieben** (CDU): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Uns wurde vom Oberbürgermeister und der Verwaltung eine Vorlage vorgelegt, in der uns die Erhöhung des monatlichen Essensgeldes - der pauschalierte Betrag liegt bei rund 30,40 Euro - auf 40 Euro vorgeschlagen wird. Das entspricht einer Erhöhung um 31,58 Prozent. Umgerechnet auf ein Jahr bedeutet dieser Betrag für eine normale Familie mit einem Kind 120 Euro und für eine normale Familie mit zwei Kindern 240 Euro mehr pro Jahr. Herr Köhler, Vater von vier Kindern, kann sich selbst ausrechnen, welche Mehrkosten damit auf ihn zukommen.

#### (Heiterkeit)

Die Verwaltung legt uns dar, warum das eine angemessene Erhöhung ist. In ihrer Argumentation rechnet sie uns vor, dass der Beitrag eigentlich von 30,40 Euro auf 72,52 Euro steigen müsste. Ich habe das ausgerechnet. Das wäre eine Erhöhung um 138,55 Prozent. Ich bin sehr froh, dass selbst die Verwaltung einräumt - ich zitiere -, das sei "ein unverhältnismäßiger Anstieg" beziehungsweise "mit dem Gebot der Angemessenheit nicht vereinbar".

Laut Logik des Oberbürgermeisters und der von ihm geführten Verwaltung ist offenbar eine Erhöhung um 31,58 Prozent durchaus angemessen und vertretbar. Ich sage Ihnen: Diese Logik ist aus meiner Sicht unverhältnismäßig beziehungsweise mit dem Gebot der Angemessenheit nicht vereinbar.

Ich stelle hier auch noch die Frage, warum der Beitrag überhaupt steigen muss. Andreas, es wäre ja zu hoffen, wenn das Geld für die Qualität des Essens deiner Kinder und auch dem meiner

Tochter eingesetzt werden würde. Aber das ist leider nicht der Fall. Vielmehr dient es der Refinanzierung der hauswirtschaftlichen Unterstützungskräfte. Ich will bei Ihnen dazu Folgendes in Erinnerung rufen: Das ist eine Vereinbarung im Gesundheitstarifvertrag von 2009. Dazu haben wir am 23. März 2010 einen Ratsbeschluss mit großer Mehrheit gefasst, in dem wir gesagt haben: Wir stellen diese hauswirtschaftlichen Unterstützungskräfte ein, damit die Erzieherinnen entlastet werden und vorrangig um die Qualität Kinderbetreuung kümmern können. Außerdem wurde beschlossen: Die Stadt finanziert diese Kosten vor und refinanziert sie am besten rückwirkend, wenn es notwendige Anpassungen im KiBiz gegeben hat.

Was soll aber jetzt passieren? Das Essensgeld soll jetzt benutzt werden, um ebendiese hauswirtschaftlichen Unterstützungskräfte zu finanzieren. Das heißt, Eltern sollen jetzt pauschal belastet werden, und zwar unabhängig vom Einkommen, ohne jegliche Einkommensstaffelung, wie sie bei den Kindergartenbeiträgen ganz normal ist. Sie haben sicherlich auch die Mitteilung bekommen, dass es erste Rückmeldungen von Eltern gibt, die bei einer Erhöhung der Kosten für das Mittagessen aus finanziellen Erwägungen ihre Kinder vom Essen abmelden müssten, sodass es dazu kommt - so die Aussage einiger Eltern -, dass Kinder in Zukunft nicht mehr täglich eine warme Mahlzeit bekommen können.

Sie entnehmen meinen Äußerungen, dass wir die Vorlage des Oberbürgermeisters nicht für zustimmungsfähig halten. Die lächerliche Mehrheit, die es im Jugendhilfeausschuss dafür gab - bei 15 anwesenden Mitgliedern gab es 8 Jastimmen, 6 Neinstimmen, eine Enthaltung -, spricht, glaube ich, für sich. Deshalb, meine Damen und Herren, lehnen wir diese unsoziale, ungerechte, unausgewogene, technokratische Verwaltungsvorlage des Herrn Oberbürgermeisters und der von ihm geführten Verwaltung ab. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Frau Laufenberg, bitte.

**Sylvia Laufenberg** (FDP): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Schlieben,



vielen lieben Dank, Sie haben schon alles vorweggenommen. Die Fraktion der FDP wird sich selbstverständlich dem anschließen. Wir werden diese Vorlage ebenfalls ablehnen. Das haben wir bereits im Jugendhilfeausschuss deutlich gemacht. Hier sollen die Kölner Eltern abgezockt werden; das ist ganz klar. Herr Schlieben hat die Vorgeschichte erzählt. Gelder für die unterstützenden Hilfskräfte wurden von der Stadt vorfinanziert, jetzt müssen die Eltern die Rechnung dafür bezahlen. Das ist nicht richtig. Zudem fordern wir im Bereich Schule ein kostenloses Mittagessen. Im Bereich der Kitas müssen die Eltern jetzt dafür zahlen. Das kann es nicht sein. Da machen wir nicht mit. - Danke sehr.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau Laufenberg. - Herr Dr. Heinen, bitte.

**Dr. Ralf Heinen** (SPD): Frau Bürgermeisterin! Herr Dr. Schlieben, ich glaube, das war ein bisschen sehr dick aufgetragen

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP] – Widerspruch bei der CDU und der FDP)

- ich sehe, auch Herr Breite steht schon stramm -, gerade angesichts der Frage, wer hier wo Abzocke betreibt. Bei der Vernachlässigung der Kommunen, in der Ausblutung mittels KiBiz usw. - -

(Beifall bei der SPD – Widerspruch und Zurufe von der CDU und der FDP: Ach!)

Ich könnte hier polemisieren und sagen: Sie spendieren lieber 1 Milliarde Euro für Hotelbesitzer als 1 Milliarde Euro für Kitas.

(Ulrich Breite [FDP]: Ach! -Zuruf von der CDU: Das Argument habt ihr schon so oft benutzt! - Gegenruf von Martin Börschel: Wo er recht hat, hat er recht!)

- So, jetzt wieder die Ohren gespitzt, Herr Breite. - Wenn man einfach so daherredet, macht man es sich zu einfach.

Wir haben das bewusst vorgeschlagen. Ich darf Ihnen zwei Gründe dafür nennen:

Erstens. Die Stadt Köln wurde immer von den Kindergärten in freier Trägerschaft dafür kritisiert,

dass wir Essenspreise anbieten, die Dumpingniveau haben. - Das zum einen.

Zweitens. Die Elternschaft, die Sie hier jetzt zitiert haben, hat immer wieder zweierlei zur Sprache gebracht: Zum einen ist sie der Meinung, dass das selbstverständlich vom Land geregelt werden muss. Das betrifft die berühmte KiBiz-Revision, von der wir hier schon so oft gesprochen haben, dass ich das jetzt nicht noch einmal wiederholen will; das dürfte allen klar sein. Das Zweite ist: Die Eltern schließen eine angemessene Beteiligung nicht grundsätzlich aus.

Sie haben hier behauptet, es würde Eltern geben, die dann nicht mehr dafür sorgen könnten, dass ihre Kinder ein warmes Mittagessen bekommen. Mir ist kein Kind Kindergarten bekannt, wo ein vom Mittagessen ausgeschlossen wird. Außerdem zahlen die Eltern von nahezu 50 Prozent aller Kinder nach wie vor- also auch nach der Erhöhung der Beiträge! - nur einen Beitrag in Höhe von 1 Euro. Das heißt: Gerade für die Sozialschwachen und für Familien mit vielen Kindern wird der Beitrag nicht erhöht.

Bei Herrn Köhler mit seinen vier Kindern mag vielleicht eine Ausnahme sein; der karrt etwas mit seiner Spedition an; das geht sicher.

(Heiterkeit - Andreas Köhler [CDU]: Also das war jetzt ziemlich daneben!)

Für die meisten Familien wird es nicht zu größeren Einbußen kommen. Denn die überwiegende Mehrheit stellen einkommensschwache Familien, darunter auch Familien mit vielen Kindern, die ohnehin nur reduzierte Beiträge zahlen müssen. Sie werden von der Erhöhung der Beiträge gar nicht betroffen sein, weil die Beiträge, die sie zu zahlen haben, auf 1 Euro pro Mittagessen reduziert sind. Deswegen bitte ich Sie: Nehmen Sie ein wenig die Polemik aus der Sache. Damit werden Sie der Vorlage nicht gerecht. Im Vergleich mit den Essensbeiträgen in den Kindergärten anderer Großstädte liegen die Beiträge in Köln im untersten Bereich.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Dr. Heinen, danke. - Frau Jahn, bitte.

**Kirsten Jahn** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich kann mich dem nur anschließen, meine Damen und Herren. Wir haben das im Haushalt so



beschlossen. Ich will aber noch hinzufügen, dass wir dadurch annähernd eine Gleichstellung mit den Einrichtungen in freier Trägerschaft erreichen. Die freien Träger müssen mit ihren Geldern auch ihre hauswirtschaftlichen Unterstützungskräfte mitfinanzieren. Wir haben den Einsatz der Unterstützungskräfte immer begrüßt. Jetzt wird es zu einer Gleichstellung mit Einrichtungen in freier Trägerschaft kommen. Das ist richtig und gerecht.

Ich glaube, auch jemand wie Sie mit drei Kindern - ich selbst habe auch drei Kinder - wird es irgendwie schaffen, seinen Kindern ein warmes Mittagessen anbieten zu können.

Es wurde hier gesagt, es würde keine soziale Staffelung vorgenommen. Das ist falsch. Es findet eine soziale Staffelung statt. Den Eltern vorzumachen, es würde dann keine soziale Staffelung mehr geben, ist eine Lüge, lieber Helge Schlieben. Natürlich gibt es eine soziale Staffelung. Kölnpass-Inhaber werden weiterhin nur 1 Euro bezahlen müssen. Das war vorher so, und das wird auch so bleiben.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau Jahn. - Lieber Bürgermeisterkollege Wolf, Sie haben das Wort.

Manfred Wolf (FDP): Frau Bürgermeisterin! Herr Dr. Heinen, immer, wenn Ihnen die Argumente ausgehen, kommen Sie mit der Hotelsteuer. Barbara Moritz macht das auch regelmäßig, wenn sie keine Antwort mehr weiß. Daran haben wir uns schon gewöhnt. Sie müssen dabei natürlich eines bedenken: 1 Milliarde Euro mehr für die Hotelbesitzer bedeutet 550 Millionen Euro mehr, die an die Länder ausgeschüttet werden, nämlich in Form von Körperschaftsteuer. Immer daran denken! Gehen Sie doch nach Düsseldorf und fordern mehr Geld ein. Herr Walter-Borjans hat hier zugeben müssen, dass die Stadt Köln durch diese Steuersenkung nur mit 380 000 Euro belastet wird. Also, holen Sie sich das Geld aus Düsseldorf. Dann brauchen Sie hier die Beiträge nicht zu erhöhen.

(Beifall bei der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Bürgermeister Wolf. - Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Vorlage 10.10. Wer ist gegen diese Vorlage? - Das sind die

CDU, die Linke, Herr Hoffmann, Herr Zimmermann, die FDP und pro Köln.

(Zuruf: Die Linke war auch dagegen! – Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das hat Sie gesagt!)

Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist die Vorlage angenommen.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Abgelehnt!)

- Abgelehnt.

(Zuruf von der SPD: Angenommen!-Gegenruf von Ulrich Breite: [FDP]: Wie denn? Sie ist abgelehnt! – Henk van Benthem [CDU]: Die Linken waren auch dagegen! Das haben Sie selber gesagt! Es gibt keinen Abend hier, an dem eine Abstimmung richtig läuft! Das ist doch Furchtbar!)

- Sie ist angenommen; die Linke hat nicht dagegen gestimmt.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Juhu! - Abgelehnt! - Beifall bei der CDU und der FDP - Henk van Benthem [CDU]: Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt! Der ist weg! -Andreas [CDU]: Es Köhler ist festgehalten worden, dass sie abgelehnt worden ist!)

- Der OB hat mitgestimmt.

(Zurufe von der CDU und der FDP Nein!)

- Natürlich.

(Henk van Benthem [CDU]: Die Trickserei hört jetzt aber langsam auf! - Andreas Köhler [CDU]: Jetzt ist aber mal Schluss! Wir sind hier nicht in einer Bananenrepublik! - Weiterer Zuruf von Henk van Benthem [CDU]: Jetzt müsst ihr aufhören mit so etwas! Es ist abgelehnt! - Ralph Sterck [FDP]: Der OB ist eigentlich nicht da! Wenn er nicht da sitzt, ist er nicht da!)

Rot-Grün und der Oberbürgermeister haben für diese Vorlage gestimmt. Damit ist diese Vorlage angenommen.

(Zurufe von der CDU und der FDP Nein! - Ralph Sterck [FDP]: Damit gehen wir zur Bezirksaufsicht! Damit



kommen Sie nicht durch, Herr Kahlen! Hier wird gepfuscht! - Andreas Köhler [CDU]: Sie haben das Ergebnis festgestellt! Die Vorlage ist abgelehnt worden! - Weitere anhaltende Zurufe)

- Um das Ganze jetzt klipp und klar zu machen, wiederhole ich die Abstimmung.

(Zurufe von der CDU und der FDP Nein! - Henk van Benthem [CDU]: Frechheit! Dann müssen wir nach Hause gehen! Dann verlassen wir den Saal! Das machen wir nicht mit! - Weitere anhaltende Zurufe)

Wer ist gegen diese Vorlage? - -

(Zurufe von der CDU und der FDP Nein! - Aufhören! - Dann müsst ihr das im Dezember wieder bringen! - Ralph Sterck [FDP]: So lange, bis das Ergebnis passt? Frau Bürgermeisterin!)

- Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Frau Bürgermeisterin! Ich möchte an Sie als Sitzungsleiterin, aber auch an die Verwaltung, an den Stadtdirektor und an den Oberbürgermeister appellieren, jetzt hier nicht herumzutricksen. Das kann schon einmal passieren. Das kommt in jedem Parlament vor. Der Oberbürgermeister hat die Möglichkeit, diese Vorlage im Dezember wieder einzubringen und für eine Mehrheit zu werben. Aber heute wurde die Vorlage abgelehnt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das haben Sie als Sitzungsleiterin, die Verwaltung und auch der Oberbürgermeister zu akzeptieren.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Warum muss sie das akzeptieren? Weil Sie das festgestellt haben?

(Widerspruch bei CDU und FDP - Große Unruhe - Henk van Benthem [CDU]: Das ist doch ganz normale Demokratie! Was soll das denn hier?)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich bitte um Ruhe! Der Oberbürgermeister nimmt den Vorschlag an, im Dezember wird die Vorlage erneut auf die Tagesordnung gesetzt. - Ich

übergebe jetzt die Sitzungsleitung wieder an den Herrn Oberbürgermeister.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Bitte, Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Ich habe das nicht mitbekommen. Hat die Sitzungsleitung jetzt festgestellt, dass dieser Antrag abgelehnt worden ist?

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ja, das ist so.

Winrich Granitzka (CDU): Okay. Dann bringen Sie die nach einer gewissen Zeit wieder. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.11 auf:

10.11 Fortführung von "Win-Win - für Köln" ein kombiniertes Programm der
Arbeitsmarkt-, Sozial- und
Bildungspolitik zur Qualifizierung und
zur Wertverbesserung städtischer
Gebäude
3260/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen diesen Vorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Vorlage 10.11 angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

10.12 Feststellung der Eröffnungsbilanz zum 01.07.2008 sowie des Jahresabschlusses zum 31.12.2008 und des Lageberichtes für das Rumpfwirtschaftsjahr 01.07.2008 31.12.2008 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln 3695/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Pro Köln. Wer enthält sich? - Damit ist er angenommen.



Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

### 10.13 Übernahme von Ausfallbürgschaften zugunsten der Kölner Sportstätten GmbH 4212/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Wir sind der Meinung, dass das im Sportausschuss diskutiert und vorberaten werden sollte. Wir beantragen Verweisung in den Sportausschuss.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wer für den Antrag der Fraktion pro Köln auf Verweisung in den Sportausschuss ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand.

Wir kommen zur Abstimmung über die Vorlage. Wer stimmt gegen die Vorlage? - Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist sie angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

# 10.15 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) Wirtschaftsplan 2011 4209/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen diese Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU und die FDP. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von pro Köln ist die Vorlage damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

#### 10.16 KölnTourismus GmbH Änderung des Gesellschaftsvertrages 4335/2010

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.17:

#### 10.17 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB) hier: Umsetzung des Transparenzgesetzes im Gesellschaftsvertrag der KGAB

#### 4451/2010

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.18:

# 10.18 Namensgebung für die Städtische Gemeinschaftsgrundschule Görlinger Zentrum 45, 50829 Köln 2205/2010

Abstimmung wie Schulausschuss. Möchte dazu jemand das Wort ergreifen? - Niemand. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Damit angenommen wie Schulausschuss.

Zu Tagesordnungspunkt 10.19:

### 10.19 Neubauprojekt Eifelwall Auslobung eines Architektenwettbewerbs 3761/2010/1

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir direkt abstimmen. Wer gegen den Antrag in der Vorlage wie Stadtentwicklungsausschuss ist, bitte ich um das Handzeichen. - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Damit ist er einstimmig angenommen.

(Beifall)

Zu Tagesordnungspunkt 10.20:

# 10.20 KölnKongress GmbH hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages 3916/2010

Gibt es Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? - Nein. Wer ist gegen die Vorlage 10.20? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

#### 10.21 2. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn; Querung der Rheinuferstraße mit einer Verkehrssignalanlage 4354/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag de FDP-Fraktion AN/2057/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion



#### AN/2130/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion AN/2226/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/2236/2010

3.1.12 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Tunnelquerung für die Nord-Süd-Stadtbahn" AN/2084/2010

Herr Streitberger, bitte.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Zu diesem Thema fand heute Mittag eine Sondersitzung des Verkehrsausschusses statt, in der von vier Fraktionen vier Anträge gestellt wurden. Ich möchte hier das Ergebnis vortragen, damit alle wissen, wie sich das Abstimmungsprozedere zu gestalten hat.

Wir haben dort zu Beginn über weitestgehenden Anträge der Fraktionen von CDU und FDP abgestimmt. Diese beiden Anträge sind abgelehnt worden. Dann ist der in einem Punkt geänderte Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt worden. Diesem Antrag zugestimmt worden. Danach sind aus dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen alle Punkte außer der erste Punkt, in dem es um die VS-Anlage ging, die ja damit entschieden war, abgestimmt Abstimmungsergebnis lautet hier wie folgt:

- Führung der Linie 15: Dem ist zugestimmt worden.
- Verlängerung der Linie 106 zum Hauptbahnhof: Dem ist zugestimmt worden.
- Reduzierung des Lkw-Verkehrs: Dem ist zugestimmt worden.
- Plätze für Car-Sharing: Dem ist zugestimmt worden.
- Einrichtung eines Wasserbusses: Dem ist zugestimmt worden.
- Buslinien in der Vorgebirgsstraße und der Nord-Süd-Fahrt als Prüfauftrag: Dem ist zugestimmt worden.

 Anpassung der Lichtsignalanlagen auf der Rheinuferstraße: Auch dem ist zugestimmt worden.

Dem so geänderten Hauptantrag, das heißt, dem SPD-Antrag ergänzt um diese Punkte, ist dann mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und pro Köln bei Gegenstimmen von den Grünen zugestimmt worden.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. Vielen Dank für die Information.

Wir stimmen jetzt insgesamt über das Thema "Querung der Rheinuferstraße"-Tagesordnungspunkte 10.21 und 3.1.12 - ab. Ich mache Ihnen folgenden Vorschlag, welchen Beratungsweg wir beschreiten können. Es wird zunächst einmal über den Antrag der Fraktion pro Köln abgestimmt.

(Markus Wiener [pro Köln]: Begründen wollen wir den auch!)

- Langsam! Dazu kommen wir noch. Lassen Sie mich bitte ausreden. - Danach werden wir über die Vorlage der Verwaltung mit den jeweiligen Änderungs- beziehungsweise Ergänzungsanträgen von CDU, FDP, SPD und Grünen abstimmen.

Jeder, der zu diesem Thema reden möchte, wird zu Wort kommen. Die Reihenfolge der Wortmeldungen richtet sich nach der Größe der Fraktionen. Das heißt, zunächst hat die Fraktion der SPD die Möglichkeit, das Wort zu ergreifen. - Frau dos Santos. bitte.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute die Gelegenheit, wenn Sie so wollen, die Chance, eine wichtige Entscheidung zu treffen, die uns als SPD-Fraktion nicht ganz leicht fällt, die wir aber am Ende verkehrlich für sinnvoll und finanzpolitisch für verantwortbar halten. Wir müssen diese Entscheidung treffen, weil - da muss ich ganz kurz in die Geschichte zurückgehen - wir vor einer Situation stehen, die durch eine Fehlentscheidung vor rund zehn Jahren in diesem Stadtrat zustande gekommen ist.

Diese Fehlentscheidung haben SPD und Grüne nicht zu verantworten, sondern CDU und FDP.

(Beifall bei der SPD)



Diejenigen, die jetzt den Straßentunnel sofort und für viel Geld, das wir nicht haben, wollen, kommen mir ein bisschen so vor wie Brandstifter, die nach der Feuerwehr rufen.

#### (Beifall bei Teilen der SPD)

Das können wir so nicht mitmachen. Aber: Wir stellen uns dieser Situation und wollen eine vernünftige Lösung dafür finden.

Zunächst einmal zum Vorschlag der Verwaltung, die planfestgestellte BÜSTRA-Anlage durch eine VS-Anlage zu ersetzen: Auch wir halten das vor dem Hintergrund des Verkehrsgutachtens für eine richtige und lohnenswerte Lösung; denn die VS-Anlage bietet die Möglichkeit, auch schwierige Verkehrssituationen flexibel händeln. Allerdings gibt das Gutachten Anlass, über weitere Maßnahmen nachzudenken, um eben jene schwierigen Verkehrssituationen, die an der Rheinuferstraße entstehen könnten, zu entschärfen.

Deswegen wollen wir heute Vorkehrungen für einen möglichen Tunnelbau zustimmen. Damit halten wir alle Optionen offen und verbauen uns nichts. Wir ersparen uns aber, zum jetzigen Zeitpunkt, da sich die Stadt in einer schwierigen finanzpolitischen Situation befindet, zig Millionen Euro auszugeben, die wir einerseits nicht haben und von denen wir andererseits nicht wissen, ob wir eine Unterstützung in Form von Zuschüssen vom Bund oder vom Land bekommen. Ich sage Ihnen: Es gibt in dieser Stadt sehr viele Stellen. wo man genauso viel Geld für Untertunnelungen und Ähnliches ausgeben könnte. Also: Wir brauchen heute eine Entscheidung, die zum einen nichts verbaut - da gebe ich Ihnen recht und die zum anderen vor dem Hintergrund unserer Finanzsituation verantwortbar ist.

#### (Beifall bei der SPD)

Deswegen haben wir als SPD-Fraktion heute auch schon im Verkehrsausschuss Vorschläge zu weiteren begleitenden Maßnahmen entlang der künftigen neuen Linie 16 gemacht. Dazu gehört eine Verlängerung der Linie 106 bis zum Breslauer Platz. Dazu gehören weitere Park-und-Ride-Maßnahmen entlang der Linie 16, insbesondere in Marienburg und Godorf. Dazu gehören aber auch geeignete Maßnahmen, um Lkw-Durchgangsverkehre zu unterbinden.

#### (Zuruf: Das geht nicht!)

- Das wird gehen. - Es gibt Großstädte in der Bundesrepublik, die solche Modelle fahren. Ich denke, es ist an der Zeit, sich diese Modelle einmal genauer anzuschauen. Das können wir gerne zu einem geeigneten Zeitpunkt in der Stadt diskutieren; aber das nur nebenbei.

Darüber hinaus schlagen wir in unserem Antrag vor, dass wir uns zu dem Zeitpunkt, wenn die Bahn fährt beziehungsweise die Maßnahmen gegriffen haben, die Verkehrssituation noch einmal anschauen. Wir nehmen ernst, dass die Bevölkerung in Deutschland stärker nach Mitspracherecht und Gestaltungsmöglichkeiten über Wahlen hinaus verlangt. Deswegen sind wir bereit und halten es für richtig, zum jetzigen Zeitpunkt bereits ein Mediationsverfahren zu planen und vorzubereiten, dass uns dann, wenn uns die Ergebnisse der weiteren Maßnahmen bekannt sind, in die Lage versetzt, mit den betroffenen Menschen zu diskutieren, was sinnvoll ist.

Wir schlagen außerdem an der Stelle eine Ampelsimulation vor, auch wenn die Bahn noch nicht fährt, um zu prüfen, ob es in der Realität tatsächlich so ist, wie im Gutachten jetzt vorausgesagt.

Wir hoffen, mit diesen begleitenden Maßnahmen die Situation so weit entschärfen zu können, dass es am Ende zu einer befriedigenden Situation kommt. Wir sagen aber auch: Gerade weil das Gutachten eine Warnung vor sehr schwierigen Situationen enthält, die weitere Maßnahmen nach sich ziehen könnten, wollen wir zum jetzigen Zeitpunkt die Möglichkeit dafür nicht verbauen. Wir brauchen aber Zeit, genau zu prüfen, was tatsächlich passiert. Kurzum:

Erstens. Die SPD-Fraktion sagt Ja zur VS-Anlage. Sie hat sich bisher in jedem Fall bewährt und stellt gegenüber der BÜSTRA-Anlage die flexiblere und bessere Lösung dar.

#### (Beifall bei der SPD)

Zweitens. Wir tun alles Erdenkliche, um das Zusammentreffen von ÖPNV und Individualverkehr so zu gestalten, dass es für beide Seiten zu einer befriedigenden Lösung kommen kann.

Drittens. Wir verbauen zum jetzigen Zeitpunkt keine Option.

Das ist unserer Ansicht nach verkehrspolitisch sinnvoll und finanzpolitisch verantwortbar. Jetzt einfach 60 bis 80 Millionen Euro zu verplanen, die wir gar nicht haben, wäre in der Tat finanzpolitisches Harakiri, und das lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD)



**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau dos Santos. - Nächster Redner ist Herr Möring.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind heute in der Tat an einem Punkt angelangt, und zwar sozusagen am letzten Drücker, wo wir uns in der Frage, wie das Problem der Querung gelöst werden kann, entscheiden müssen. In dieser Situation legt uns die Verwaltung eine Vorlage vor, die zu dieser Thematik ernsthaft - das muss ich leider feststellen - nichts Wesentliches beizutragen hat.

#### (Beifall bei der CDU)

Vergegenwärtigen wir uns ganz kurz die Genese der heutigen Vorlage und der jetzigen Situation: Seit Februar dieses Jahres reden wir über nichts anderes als über eine einzige Möglichkeit, nämlich ob wir eine Vorsorgemaßnahme treffen sollten oder nicht. In dieser Situation finden wir nun in der Verwaltungsvorlage keine andere Alternative als die Spekulation auf eine Linie 15, die extrem fragwürdig ist - die Stellungnahme des NVR liegt ja inzwischen allen vor -, und den Hinweis auf die VS-Anlage, allerdings nur den Hinweis und nicht, und sei es nur mündlich, eine verbindliche Zusage, dass sie auch realisierbar ist.

Diese beiden Hoffnungswerte werden uns also aufgezeigt. Auf diesen Hoffnungswerten sollen wir nach Meinung der Verwaltung unseren Beschluss heute aufbauen und stattdessen darauf verzichten, Maßnahmen zu treffen, durch die, falls das nicht Realität werden kann, noch eine Möglichkeit offen stünde, das Verkehrschaos, das uns die Gutachter sehr fundiert voraussagen, zu verhindern.

Die Fraktionen standen also vor der Situation, selbst die Initiative zu ergreifen. Wir haben das getan und beantragt, den Tunnelbau jetzt zu Baumaßnahmen beschließen und die einzuleiten. Wir wissen, die Fertigstellung der Nord-Süd-Stadtbahn verzögert sich erheblich. Deshalb haben wir den zeitlichen Spielraum für einen Tunnelbau. Ein Beschluss setzt allerdings voraus, klar zu sagen: Ja, wir sind der Auffassung, wir brauchen den Tunnel. - Wir sind dieser Überzeugung. Wenn wir die Tunnelbaumaßnahme beschließen würden. würden auch einige Kosten entfallen. So könnte beispielsweise auf die Vorsorgemaßnahme und auf BÜSTRA oder VS-Anlage verzichtet werden, wenn wir die Tunnelbaumaßnahme beschließen würden. Der Bau des Tunnels würde durch den Wegfall dieser Positionen kostengünstiger als vorab veranschlagt.

#### (Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch ganz kurz mit ein paar Legenden aufräumen. Die erste Legende: Wir seien schuld, dass es zu der jetzigen Situation gekommen sei. - Meine Damen und Herren, es gäbe an jeder Stelle des Rheinufers, an der eine Bahn queren würde, ob nun an der Schönhauser Straße, ob am Gürtel oder an der jetzt geplanten Stelle, dasselbe Problem mit dieser Querung, und zwar wegen der besonderen Vorzugsbehandlung der Bahn.

Die Grünen hatten ursprünglich die Idee, die Bahn könne am Rheinufer fahren und unterirdisch am Tauentzien hochkommen. Diese Linienführung war deswegen nicht sinnvoll, weil sie am Rhein entlang nur per Halbkreis eine Erschließungswirkung hätte entfalten können.

(Widerspruch von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, und da ist "nichts" am Rheinauhafen absehbar gewesen! Das wussten wir damals "nicht"!)

Wir haben mit der jetzigen Linienführung ein Problem, das wir lösen müssen und das wir lösen werden.

Die andere Legende: Wir hätten mit der Gürtellinie dieses Problem nicht. - Die Stelle ist noch schlimmer. Denn dort verläuft die Rheinuferstraße nach Süden hin einspurig. Da haben wir überhaupt keine anderen Möglichkeiten.

Deswegen sind wir der Auffassung, dass die Tunnellösung die richtige ist. Nun kennen wir die Mehrheitsverhältnisse hier im Rat. Deswegen will ich gerne anerkennen, dass sich die SPD in dieser Frage zwar offensichtlich unter Schmerzen, aber bewegt und gesagt hat: Wir wollen diese Möglichkeit nicht verbauen. - Wenn wir den Tunnel jetzt nicht beschließen können, bleibt nur eine einzige Möglichkeit, ihn später realisieren zu können, nämlich indem wir jetzt eine Vorsorgemaßnahme beschließen.

Das war das zweitoberste Ziel, das wir verfolgt haben. Wir sind deshalb bereit, alle vernünftigen Maßnahmen mitzutragen, die zu einer Reduzierung des Individualverkehrs auf der Rheinuferstraße führen, die aber auch finanzierbar sein müssen. Wir können aber nicht sehenden Auges in eine Situation gehen, in der



erst einmal abgewartet wird, was passiert, wenn das Projekt fertig ist, um dann anzufangen zu überlegen, was wir machen sollen.

Es ist auch völlig illusorisch, anzunehmen, dass die Diskussion mit dem heute zu fassenden Beschluss vorbei ist. Sie ist nicht vorbei; sie geht weiter. Wir werden die Diskussion mit den Bürgern führen müssen, die ihre Erwartungen an uns herangetragen haben, und die wir nicht ignorieren dürfen. Wir alle haben sehr viele Schreiben dazu erhalten und sehr viele Gespräche mit den Bürgern geführt. Wir sind es den Bürgern schuldig, eine zukunftsfähige Lösung zu präsentieren.

Was wir heute schon im Verkehrsausschuss beschlossen haben und nun beschließen werden, ist schlicht und einfach nur ein erster, aber zwingend notwendiger Schritt in diese Richtung. Diesen Schritt werden wir jetzt tun. Insofern befriedigt mich das Ergebnis unserer heutigen Abstimmung. - Danke sehr.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Herr Möring. - Als Nächste spricht Frau Moritz.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeiste! Meine Damen und Herren! Es gibt Menschen, die sich viele Gedanken darüber machen und unter Umständen auch Angst haben, dass sie vielleicht in fünf bis zehn Jahren, wenn sie in den Hauptverkehrszeiten vom Kölner Süden in die Innenstadt fahren wollen, fünf bis zehn Minuten länger brauchen. Es gibt aber auch Menschen, die sich um ihre Gesundheit sorgen oder Angst haben, dass immer mehr Verkehr die Luft verpestet und der Lärm sie und ihre Kinder krank macht. Die Menschen sind eben verschieden, und sie haben unterschiedliche Wertmaßstäbe. Diese Unterschiede spiegeln sich auch in den Positionen der politischen Parteien hier im Rat wider.

Da gibt es zwei Parteien, die, als sie 1999 die Wahl gewonnen hatten und koalierten, in einem ihrer ersten Ratsanträge beantragt hatten, dass die Vorrangschaltungen für die Bahn abgeschafft werden; denn sie fanden es nicht zumutbar, dass einige Autofahrer warten mussten, wenn eine Bahn durchfuhr, die mehr als 100 Passagiere befördert.

(Ralph Sterck [FDP]: Das ist nicht richtig! Legendenbildung! Ich beweise Ihnen das Gegenteil!)

- Ja, machen Sie das.

Da gibt es andere Parteien, die prioritär umweltgerechte Verkehrsmittel fordern und deren Ziel es ist, den motorisierten Individualverkehr mit geeigneten Mitteln zu reduzieren.

Leider finden diese unterschiedlichen Meinungen in unserer Presselandschaft keine Entsprechung. Aus allen Kanälen und Gazetten ertönt geradezu kampagnenartig die Warnung vor dem Super-Stau-GAU.

(Zuruf: Mir kommen gleich die Tränen!)

Es gibt aber auch eine Partei, die sich nicht recht entscheiden kann. Die will Sowohl-als-auch oder Weder-noch. Ich finde es schade, dass sich die SPD offensichtlich davon hat einschüchtern lassen und jetzt viel Geld - ich sage: zu viel Geld - in eine Vorsorgemaßnahme stecken will, obwohl sie glaubt, dass dieser Tunnel nicht gebaut werden muss.

(Martin Börschel [SPD]: Wir wollen daran arbeiten! Nicht glauben, sondern arbeiten!)

Wenn ein Gutachter eine 20- bis 30-prozentige Steigerung des motorisierten Individualverkehrs in zehn Jahren auf einer innerstädtischen Straße prognostiziert, dann sollte die Fragestellung nicht lauten, wie man diese Verkehre am elegantesten, attraktivsten und flüssigsten durch Tunnel, Trog, Ausweitung oder - diese Vorstellung gab es ja auch – Überführung abwickeln kann. Die Frage muss vielmehr lauten, wie man diese zusätzlichen Verkehre minimieren kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Vermeidungs- und Verminderungsgebot zieht sich wie ein roter Faden durch die Umweltpolitik, und zwar nicht nur bei der Verkehrspolitik. Das betrifft auch den Bereich Stadtentwicklungspolitik. Denn in der Stadt wird gebaut und Müll beseitigt, werden Energie und Flächen verbraucht. Verkehr oder Industrie emittieren schädliche Gifte oder auch Lärm. - Immer dann schreiben unsere Gesetze vor, zuerst zu überlegen, was lässt sich vermeiden, und, wenn das nicht möglich ist, wie kann das vermindert werden.



Als Speer in seinem Masterplan von einem Paradigmenwechsel von der autogerechten zur menschengerechten Stadt und von der Entschleunigung der zukünftigen Stadt gesprochen hat, meinte er genau das: Minuten und Sekunden schneller zu sein, ist nicht das Wichtigste im Leben.

Herr Oberbürgermeister, wissen Sie eigentlich, dass nur zwei Parteien im Rat heute hier Ihre Vorlage so akzeptieren und dazu nur Ergänzungen vorschlagen, während die anderen ersetzen wollen? finde Ich ausgesprochen traurig. Ich habe mich damals schon gefragt, wann zum ersten Mal der Fall eintritt, dass der Oberbürgermeister seine eigene Fraktion nicht hinter sich hat. Uns haben Sie auf jeden Fall hinter sich, Herr Oberbürgermeister. -Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Ulrich Breite [FDP]: Ihr seid ein Schauspielhaus, Barbara Moritz! – Weitere Zurufe – Heiterkeit)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Kirchmeyer, bitte.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuerst möchte ich der Legendenbildung vorbeugen. Frau Moritz hat ja eben behauptet, wir hätten damals die Vorrangschaltung abschaffen wollen. Das ist nicht richtig. Wir haben versucht, sie gemeinsam mit der Verwaltung zu modifizieren,

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

um so allen Verkehrsteilnehmern besser gerecht werden zu können. - So weit dazu.

(Beifall bei der FDP)

Zu Beginn unserer heutigen Sitzung haben wir in der Aktuellen Stunde vonseiten der Grünen gehört: Kultur muss Visionen haben. Wir haben leider im heutigen Verkehrsausschuss lernen müssen, dass das nicht für die Verkehrspolitik gilt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Eure Visionen kennen wir!)

Wir haben das heute leider lernen müssen. Wenn wir sofort mit dem Bau dieses Tunnels hätten beginnen können, wäre das preiswerter gewesen, als ihn später unter laufendem Betrieb verbunden mit einer eventuellen Sperrung der Rheinuferstraße zu bauen.

(Beifall bei der FDP)

Aber die Devise lautete wie immer: Sparen auf Kosten der Autofahrer. Wir als FDP haben heute beantragt, diesen Tunnel zu bauen, und dazu stehen wir noch immer. Der Antrag ist leider abgelehnt worden.

(Martin Börschel [SPD]: Woher wollen Sie das Geld nehmen?)

Die Grünen fordern hier an dieser Stelle Stillstand, ja, sie reden den Stau geradezu herbei, damit sie ihr ideologisches Süppchen kochen können.

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Nein, nur um zu ärgern!)

Da wird dem Gutachter nachgesagt, dass sie mit falschen oder zu hohen Zahlen argumentieren.

Die Kolleginnen und Kollegen der SPD, die unter ihrem Beschluss heute scheinbar sehr zu leiden haben, haben da schon ein anderes Glöcklein läuten gehört, nämlich das vom Bürgerprotest und Bürgerwillen. Indem die SPD zumindest den vorbereitenden Maßnahmen zustimmt, versucht sie, ihre Hände in Unschuld zu waschen. Dem zukunftsweisenden Schritt für eine Tunnellösung konnte sie sich jedoch, aus welchem Grund auch immer, nicht anschließen. Das bedauern wir.

(Martin Börschel [SPD]: Haben Sie das Geld unter dem Kopfkissen, Frau Kollegin?)

Nachdem sowohl unser Antrag als auch der Antrag der CDU, der die gleiche Intention verfolgt, im Verkehrsausschuss abgelehnt worden waren, mussten wir mit großen Bauchschmerzen nach dem letzten Strohhalm, ergo den vorbereitenden Maßnahmen, greifen, ehe alles den Bach herunterging.

(Zuruf: Wie wollen Sie das alles finanzieren, Frau Kirchmeyer?)

Wir warten jetzt ab, wie sich das Thema BÜSTRA / Verkehrssignale entwickelt, denn da ist seitens der Aufsichtsbehörde noch nicht das letzte Wort gesprochen. Diese Damoklesschwert schwebt immer noch über uns.

(Martin Börschel [SPD]: Wir müssen sie erst einmal beantragen!)



Wir wissen nicht, ob und was unter Umständen noch vonseiten der Aufsichtsbehörde auf uns zukommt. Wir müssen doch mit allem rechnen.

Der Individualverkehr wird zunehmen, auch wenn die Grünen das nicht hören wollen. Er hat stetig zugenommen. Ob er tatsächlich, so wie vom Gutachter prognostiziert, um 30 Prozent zunehmen wird, weiß heute noch niemand. Es bleibt abzuwarten, was sich dann an dieser neuralgischen Kreuzung tut und wann es doch zur Tunnellösung kommt.

Jetzt startet also ein Versuch, von dem beide Gutachter abgeraten haben. Aber Sachpolitik ist hier nicht gefragt, sondern Ideologie. Wir müssen also erst einmal den Stau hinnehmen, um dann später unter großen Schwierigkeiten doch noch Tunnel einen bauen, der dann zu bedauerlicherweise aufwendiger und teurer wird. Bis dahin wird wieder einmal ein Verkehrsträger, nämlich der Individualverkehr mit dem Auto, stark benachteiligt. Autofahrer werden im Stau stehen, dadurch wird die Umweltbelastung erhöht werden.

> (Zurufe beim Bündnis 90/ Die Grünen: Ach!)

und das, obwohl alle, als wir in einer der letzten Sitzungen über das Thema Stau geredet haben, bekundet haben, dass sie genau das nicht wollen.

Wie gesagt, wir ergreifen heute den Strohhalm und werden dieser vorbereitenden Maßnahme zustimmen. Aber wir werden auch weiterhin kritisch beobachten, was sich an dieser Stelle in Zukunft tut. Darüber wird weiter zu diskutieren sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Kirchmeyer. - Für pro Köln spricht Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Jetzt sind wir bei einem Thema, das die Menschen wirklich interessiert, aber bedauerlicherweise sitzt niemand mehr auf der Tribüne. Vielleicht wäre es besser gewesen, dieses Thema vorzuziehen; denn das brennt den Leuten unter den Nägeln.

Hier ist eben die Historie angesprochen worden. Dazu will auch ich einen Beitrag leisten. Ich kann mich noch erinnern, dass der Antrag von der CDU schon im November letzten Jahres auf der Tagesordnung stand. Er beinhaltete im Prinzip dasselbe, was die Bürgerbewegung pro Köln heute in ihrem Antrag zu 3.1.12 fordert. Der wurde dann von der zurückgezogen, und es wurde angekündigt, ihn in der Dezember-Sitzung erneut zu stellen. Daraufhin haben wir uns gesagt, wenn der Antrag in der Dezember-Sitzung behandelt wird, kann man ihm ja dann zustimmen; das ist eine gute Lösung. In der Dezember-Sitzung haben Sie Ihren Antrag dann wiederum zurückgezogen. Daraufhin haben wir im Januar Sondersitzung zu diesem Thema beantragt; denn wir wollten endgültig Klarheit haben.

Wir sprechen uns hier heute dafür aus, jetzt klare Verhältnisse zu schaffen, statt Geldausgaben in Höhe von 4 Millionen Euro zu tätigen, damit es irgendwann einmal, wenn all die rot-grüne Pädagogik gescheitert ist, zu einer endgültigen Lösung kommen kann. Wir wollen eine Lösung aus einem Guss. Wir wollen Klarheit für unsere Bürger.

(Beifall bei pro Köln)

Einmal mehr entlarven Sie sich selbst durch eine Debatte wie diese. Ich glaube, am besten wäre es, wenn der eine oder anderen von Ihnen sich einmal den Film von Ephram Kishon "Der Blaumilchkanal" anschauen würde. Dann wüssten Sie nämlich, wie Verkehrsprojekte von den Vertretern einer Stadt vermasselt werden können. Wir hier sind schon auf dem "richtigen" Weg.

Jetzt versucht man durch Ablenkungsmanöver, das Ganze positiv darzustellen. Hier war die Rede von Car-Sharing. Wie sollen wir uns das denn vorstellen: Muss ich mir demnächst ein Auto in Rodenkirchen ausleihen, mit dem ich dann aber nur bis Riehl fahren darf, um es dort an den Nächsten abzugeben, der damit wieder zurückfährt? Meinen Sie, dass man so den Verkehr reduzieren kann? Ich frage mich: Wann kommt von Ihnen der Vorschlag, dass auf der Rheinuferstraße nur noch Autos fahren dürfen, in denen mindestens drei Leute sitzen? Sollen Leute von der Stadt Köln im Stau umherlaufen und schauen, in welchem Auto nur eine Person sitzt, um sie herauszuholen?

Ich weiß auch nicht, was der Einsatz eines Wassertaxis mit dem Thema zu tun hat. In Wien wird dieses Projekt zwar erfolgreich praktiziert -



dort hat übrigens unsere Schwesterpartei 27 Prozent geholt-, aber da verkehrt das Wassertaxi auch über längere Distanzen. Nur deswegen lohnt es sich dort. Eine Bimmelbahn auf dem Rhein brauchen wir nicht. Vielmehr muss ein Wassertaxi, wenn es denn zum Einsatz kommt, längere Distanzen bewältigen.

Ich frage mich allmählich, warum hier nicht auch noch der Antrag gestellt worden ist, Schwimmwesten auszuteilen, damit man den Stau umschwimmen kann. All das, was Sie heute beschließen wollen, ist nichts weiter als ein Ablenkungsmanöver. Sie wollen die Bürger erziehen, indem Sie sie absichtlich im Stau stehen lassen.

Von unserem Ratsmitglied aus dem Kölner Süden, Bernd Schöppe, wurde ich gebeten, Sie daran zu erinnern, warum der Verkehr auf der Rheinuferstraße zugenommen hat. Er hat zugenommen, weil Straßen wie die Bonner Straße aufgrund baulicher Maßnahmen für den Durchgangsverkehr gar nicht mehr geeignet sind. Darum konzentriert sich alles in diesem Bereich, und genau dort wollen Sie den Verkehr jetzt noch erschweren. Das machen wir nicht mit.

Wir bedauern, dass Sie mit Ihren unnötigen Debatten die Zuschauer von der Tribüne vertrieben haben. In der Hoffnung, dass hier doch noch die Vernunft siegt, bitten wir Sie, sich dem weitergehenden, dem entschlossenen Antrag von pro Köln anzuschließen. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Detjen.

Detjen (Die Linke.Köln): Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist keine Legende, dass es in diesem Rat noch immer die sogenannten Tunnelfraktionen gibt. Diese Tunnelfraktionen gewissermaßen an ihrer eigenen Verantwortung; denn sie haben damals die U-Bahn geplant und beschlossen. Wahrscheinlich hängt ihr jetziges Verhalten damit zusammen, und die Verantwortung zieht sich bis zum Ende durch. Deshalb muss das hier jetzt irgendwie über die Bühne gebracht werden. Anders kann ich mir das nicht vorstellen. Dieser Prozess zieht sich ja jetzt schon seit vielen Jahren, sogar länger als ein Jahrzehnt hin. Da ist es schon

interessant, zu sehen, wie das Leben so spielt. -So weit meine erste Bemerkung.

Zweite Bemerkung: Das Vorurteil, das ich Ihnen gegenüber hege, nämlich dass Sie Geld ausgeben, das Sie gar nicht haben, bestätigen Sie wieder einmal rundweg.

### (Widerspruch bei der CDU und der FDP)

- Das ist so. - Alle paar Jahre wird Geld ausgegeben, das wir gar nicht haben. Diese 60 Millionen Euro haben Sie nicht. Meines Erachtens haben Sie auch keine 5 bis 6 Millionen Euro. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, bedenken Sie einmal, was wir mit diesen 5 bis 6 Millionen Euro alles tun könnten. Beispielsweise könnten wir sie dafür einsetzen, die freie Kulturszene in den nächsten fünf bis sechs Mittelkürzungen Jahren von verschonen. Schon daran lässt sich erkennen: Diese 5 bis 6 Millionen Euro sind relativ viel Geld.

Schlussbemerkung: Herr Oberbürgermeister, gestatten Sie mir noch ein persönliches Wort. Herr Streitberger hat in einer Besprechung mit den Fraktionen das Konzept vorgestellt. Ich war verblüfft, als er den Vorschlag gemacht hat, erst einmal mit den vier Spuren weiterzumachen und dann zu schauen, wie es weitergeht. Bisher war ich davon ausgegangen, dass er das mit Ihnen abgestimmt hatte. Ich muss Ihnen sagen, Herr Streitberger, das hätte ich Ihnen gar nicht zugetraut. Denn ich habe gedacht, das hätten sie gemeinsam ausgehandelt.

(Martin Börschel [SPD]: Was will er uns denn jetzt sagen?)

- Herr Streitberger hat sich bewegt und etwas angeschoben.

Herr Oberbürgermeister, wir würden dieser Vorlage so zustimmen, wie sie ist. Das will ich Wenn ganz klar sagen. Sie. Herr Oberbürgermeister, allerdings jetzt dem SPD-Antrag zustimmen und damit Herrn Streitberger sozusagen im Stich lassen, dann würde ich das nicht gerade prickelnd finden. Im Hinblick auf die Kollegialität im Stadtvorstand wäre das nicht besonders klug. Aber das müssen Sie beide miteinander ausmachen. Ich fand, das war ein interessanter Vorgang, den man auch einmal würdigen sollte. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)



**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Detjen. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen jetzt zum Abstimmungsprozedere. Wie angekündigt stimmen wir zuerst über den Antrag der Fraktion pro Köln ab.

(Zuruf Winrich Granitzka [CDU]: Herr Oberbürgermeister, können Sie die Sitzung für eine Minute unterbrechen?)

Es ist der Antrag gestellt worden, kurzfristig für eine Minute zu unterbrechen. Das können wir machen. Wir legen eine kurze Pause ein.

(Unterbrechung von 22.53 Uhr bis 22.59 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Herr Möring, als Erstes stimmen wir über den Antrag der Fraktion pro Köln ab, weil es sich dabei um einen Antrag zu einem gesonderten Tagesordnungspunkt handelt. Wer für den Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist er abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die Änderungsanträge zu TOP 10.21. - Herr Möring, bitte.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Wir stellen den Geschäftsordnungsantrag, die Abstimmung so vorzunehmen, wie der Verkehrsausschuss beschlossen hat. Also: Abstimmung der Vorlage in der Fassung Verkehrsausschuss.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gut. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Wir bitten aus Dokumentationsgründen darum, zwar wie im Verkehrsausschuss und auch in dieser Reihenfolge abzustimmen, aber doch die einzelnen Abstimmungen zu wiederholen. Ich habe es den Kollegen auch erläutert.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. Dann lassen wir über diesen

Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Wer für den Antrag von Herrn Möring ist, wie Verkehrsausschuss abzustimmen, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CDU, der FDP, pro Köln, und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Das ist Herr Zimmermann. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung der einzelnen Anträge:

Zuerst stimmen wir über den Antrag der FDP-Fraktion ab, so wie im Verkehrsausschuss formuliert. Wer ist gegen den Antrag der FDP-Fraktion? - Das sind die Fraktionen der SPD, der Linken, der Grünen und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag der FDP abgelehnt.

Als Nächstes stimmen wir über den Antrag der CDU-Fraktion ab. Wer für den Antrag der CDU-Fraktion ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die FDP, pro Köln und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag der CDU abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion in der geänderten Fassung der Ihnen vorliegenden Ergebnisse des Verkehrsausschusses. Wer für den Antrag der SPD-Fraktion ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die CDU, die FDP und Herr Hoffmann. Damit ist der Antrag angenommen.

(Beifall bei der SPD)

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Auch wie Verkehrsausschuss! – Gegenruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das will jetzt der Möring nicht!)

Dabei soll über die aufgeführten Punkte einzeln abgestimmt werden. Aus dem Beschluss in der Fassung - -

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das können wir doch auch wir im Verkehrsausschuss machen! – Martin Börschel [SPD]: Karl, die Grünen machen das mit! Ihr wollt es nicht!)

- Noch einmal eine Frage zum Abstimmungsprozedere: Sollen die Punkte einzeln abgestimmt werden, oder sind Sie damit einverstanden, den Antrag der Grünen, so wie im Verkehrsausschuss formuliert, en bloc



abzustimmen? Meine Frage geht an die Fraktionsführung. - Wir stimmen jetzt über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Fassung des Verkehrsausschusses ab.

(Karsten Möring [CDU]: Herr Oberbürgermeister!)

Herr Möring, bitte.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Das Problem bei dieser Form der Abstimmung ist, dass zu einzelnen Punkten des Antrages der Grünen unterschiedlich abgestimmt worden ist,

(Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/ Die Grünen]) Dann machen wir doch einen großen Punkt!)

wenn wir hier en bloc abstimmen, dann würde dem nicht Rechnung getragen werden. Es stellt sich jetzt die Frage, wie sich die Mitglieder des Rates, die nicht im Verkehrsausschuss waren, verhalten wollen. Es mag sein, dass sie dokumentieren möchten, wie die Fraktionen im Verkehrsausschuss abgestimmt haben. Nur, ich weiß nicht, ob das abstimmungstechnisch machbar ist. Es fragt sich, wie sich die einzelnen Mitglieder verhalten wollen. Wenn sie mit dem Vorschlag, en bloc abzustimmen einverstanden wären, wäre es damit erledigt. Das wäre der schnellste und einfachste Weg.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir machen das jetzt einzeln. Das ist ein sauberes Verfahren. Dann kann hinterher nicht noch irgendetwas hineininterpretiert werden.

Wir stimmen jetzt über die einzelnen Punkte des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab:

Ziffer 1, in der Formulierung des Verkehrsausschusses; das heißt, der erste Satz ist gestrichen. - Wer für Ziffer 1 des Antrags der Grünen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, die SPD, die Linke und Herr Zimmermann. Damit ist dem zugestimmt.

Ziffer 2: Die Verwaltung wird beauftragt:

- a) folgende Maßnahmen zur Stärkung der Nord-Süd-Verbindung umzusetzen:
- engere Taktung der Linie 106 in den Spitzenzeiten

Darüber stimmen wir jetzt ab. Wer für diese Formulierung ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linke und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Pro Köln enthält sich. Damit ist dem zugestimmt.

- Unterbindung des Lkw-Durchgangsverkehrs

Darüber stimmen wir jetzt ab. Wer ist dafür? - Das sind die SPD, die Linke, die CDU. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen von der FDP und pro Köln. Damit zugestimmt.

 Stärkung des Car-Sharing-Angebots in den südlichen Stadtteilen durch attraktivere Flächenangebote

Darüber stimmen wir ab. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Enthaltungen von pro Köln. Damit ist dem zugestimmt.

- b) folgende Maßnahmen zu planen:
- Wasserbuslinie auf dem Rhein zur Verknüpfung der Stadtteile Porz, Rodenkirchen, Innenstadt, Deutz und Mülheim

Darüber muss abgestimmt werden. Wer für diese Wasserbuslinie ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Linke, die Grünen, die FDP und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Enthaltung von pro Köln. Damit ist dem zugestimmt.

- c) zu prüfen:
- Busführung über die Vorgebirgsstraße, Nord-Süd-Fahrt und Bäche bis zum Heumarkt

Darüber muss ebenfalls abgestimmt werden. Wer für diesen Prüfauftrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linke, die CDU und pro Köln. Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Die FDP ist dagegen.

Weiter heißt es: Die Wirksamkeit der Maßnahmen ist dem Rat zwei Jahre nach ihrer jeweiligen Umsetzung darzustellen

Ziffer 4: Der Ausbau der 3. Baustufe Nord-Süd-Stadtbahn einschließlich Park-und-Ride-Anlage am Verteilerkreis ist zügig umzusetzen. -Hierüber erfolgt keine Abstimmung - so steht es hier -, das wird als selbstverständlich erachtet. -Wir werden darüber selbstverständlich nicht abstimmen.

Ziffer 5: Mit der Aufnahme des 5-Minuten-Taktes der Linie 16 ist die Ampelsteuerung auf der gesamten Rheinuferstraße anzupassen. - Wer für diese Passage ist, bitte ich um das



Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linke, Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Damit ist dem zugestimmt.

Wir kommen jetzt zur Gesamtabstimmung über die Vorlage in der soeben formulierten Fassung des Verkehrsausschusses. Wer für diesen Gesamtbeschluss ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die CDU, die FDP und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von pro Köln ist dem Vorschlag zugestimmt.

(Beifall bei Teilen der SPD und der CDU)

Wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.22 auf:

10.22 Errichtung eines
Grundschulverbundes mit der
Stammschule GGS Honschaftsstraße
und dem Teilstandort KGS
Honschaftsstraße in Köln- Höhenhaus
zum 01.02.2011
4431/2010

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen die Vorlage? - Keiner. Wer enthält sich? - Niemand. Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.23:

10.23 SBK Sozial-Betriebe-Köln gGmbH Änderung des Gesellschaftsvertrages 4443/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln AN/2221/2010

Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Das ist ein relativ simpler und kurzer Antrag. Wir beantragen, dass in den Gesellschaftervertrag, den man ja nicht so oft ändert, schlicht und ergreifend ein Satz eingefügt wird, nämlich: Die Gesellschaft ist Mitglied des kommunalen Arbeitgeberverbandes.

Der eine oder andere von Ihnen wird wissen, dass es dazu eine Vorgeschichte gibt. Es gibt inzwischen einen Vorschalttarifvertrag beim SBK. Dieser Vorschalttarifvertrag läuft bis zum Jahre 2013. Damit die SBK nicht wieder aus dem Arbeitgeberverband austritt, schlagen wir vor, diesen Satz in den Gesellschaftervertrag

einzufügen. So weit unser Antrag. - Danke schön.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Helling, bitte.

Ossi Werner Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir als Aufsichtsratsvorsitzender der SBK dazu zwei kurze Bemerkungen.

Erstens. Der Gesellschaftervertrag legt den Unternehmenszweck und die institutionellen Vorgaben zur Erreichung dieses Unternehmenszweckes fest. Konkrete Regelungen wie die, die die Fraktion Die Linke verlangt, sind normalerweise in einem Gesellschaftervertrag nicht enthalten.

Zweitens. Im Übrigen arbeitet sowohl die Geschäftsführung als auch die Gewerkschaft Verdi daran, eine konstruktive tarifvertragliche Lösung zu finden, die dann automatisch auch zum Wiedereintritt in den Arbeitgeberverband führt.

Insofern ist dieser Änderungsantrag absolut verzichtbar.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** So weit die Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Zuerst stimmen wir über den Änderungsantrag der Linken ab. Wer für den Antrag der Linken ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Die Linke, Herr Zimmermann und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt stimmen wir über den Verwaltungsvorschlag ab. Wer gegen den Verwaltungsvorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Dagegen ist niemand. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von pro Köln ist die Vorlage angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.24:

10.24 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Mehrkosten bei den Ausbaugewerken (Rollrauchschürzen), Übernahme der nichtzuwendungsfähigen Mehrkosten



#### durch die Stadt Köln im Rahmen des Nord-Süd Stadtbahnvertrages 3314/2010

Möchte dazu jemand das Wort ergreifen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Vorlage? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Damit ist sie angenommen in der Form der Verwaltungsergänzung.

Zu Tagesordnungspunkt 10.25:

#### 10.25 GEW Köln AG

Änderung der Satzung wegen Änderungen der Gemeindeordnung (u.a. Transparenzgesetz NRW) 4515/2010

Ich sehe, es gibt keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.26:

#### 10.26 Kölner Verkehrs-Betriebe AG Änderung der Unternehmenssatzung 4559/2010

Ich sehe, es gibt keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.27:

# 10.27 Stadtwerke Köln GmbH Änderung des Gesellschaftsvertrages wegen Änderungen der Gemeindeordnung (u.a. Transparenzgesetz NRW) 4561/2010

Keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? -Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.28:

#### 10.28 Häfen und Güterverkehr Köln AG Modifizierung der Satzung 4590/2010

Will jemand dazu das Wort ergreifen? - Niemand. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Niemand. Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.29:

### 10.29 KölnBäder GmbH Änderung des Gesellschaftsvertrages wegen Änderungen der

#### Gemeindeordnung Transparenzgesetz NRW) 4614/2010

(u.a.

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Niemand. Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.30:

# 10.30 MusikTriennale Köln GmbH hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages 4658/2010

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Niemand. Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.31:

#### 10.31 KölnMusik GmbH

hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages 4633/2010

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.32:

### 10.32 Fortführung der kinder- und jugendpsychiatrischen Beratungsstelle 3353/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer gegen diesen Vorschlag in der Fassung des Finanzausschusses ist, bitte ich um das Handzeichen. - Keiner. Wer enthält sich? - Damit ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.33:

10.33 Unbefristete Weiterführung des Konzeptes "Frühe Hilfen" im Gesundheitsamt mit den Arbeitsbereichen "Clearingstelle" und "jusch - jung und schwanger" 3356/2010

Abstimmung wie Finanzausschuss. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau Gärtner, bitte.

Ursula Gärtner (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat sich sehr für die Fortsetzung dieser Hilfen eingesetzt. Daher werden wir der Vorlage natürlich auch zustimmen. Wir legen aber wert auf die Feststellung, dass wir jetzt dem Beschlussvorschlag, der sich ja nur auf die Stellenausstattung bezieht, zwar zustimmen,



allerdings der Auffassung sind, dass man über das Konzept und dessen Schwerpunkte zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal reden sollte. Das ist uns wichtig festzuhalten. Wir werden darauf zu gegebener Zeit noch einmal zurückkommen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Das wird zu Protokoll genommen. Da keine weiteren Wortmeldungen dazu vorliegen, kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer ist gegen den Vorschlag? - Wer enthält sich? - Damit einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.34:

10.34 Hochwasserschutzmaßnahmen Rhein, Planfeststellungsabschnitt 16 (Poll bis Rheinpark Deutz), 7. Planänderungsverfahren für den geplanten des Rheinboulevards zwischen Deutzer Brücke und Hohenzollernbrücke 4760/2010

Dazu gibt es eine Wortmeldung. Herr Bacher, bitte.

**Götz Bacher** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Wir sehen sowohl die Notwendigkeit der Linienverschiebung der Achse des Hochwasserschutzes als auch die Dringlichkeit der Vorlage, vermissen aber eine Kostenangabe.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gute Frage. Da Herr Schaaf anwesend ist, kann er darauf direkt antworten.

Otto Schaaf (StEB): Es ist so, dass diese Verlängerung natürlich im Zuge der laufenden Arbeiten durchgeführt werden muss. Das heißt, es wird hier zu Nachtragsverhandlungen kommen. Die Linie verlängert sich geringfügig. Ich rechne mit Kosten in einer Größenordnung von circa 50 000 Euro.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Hier geht es zunächst einmal um den Planungsbeschluss. Darüber stimmen wir jetzt ab. Gibt es jemand, der gegen diesen Vorschlag stimmt? - Das ist nicht der Fall. Wer enthält sich? - Ebenfalls keiner. Damit ist dem einstimmig zugestimmt.

Die Freunde der Archäologie in Deutz werden sich freuen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

- 12 Bauleitpläne Anregungen / Satzungen
- Zu Tagesordnungspunkt 12.1:
- 12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 58461/02 Arbeitstitel: Am Randkanal in Köln-Lövenich 1605/2010/2

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? - Enthaltungen? - Damit angenommen.

- Zu Tagesordnungspunkt 12.2:
- 12.2 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 64413/02
  Arbeitstitel: Luxemburger Straße 449 in Köln-Klettenberg 4290/2010

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit angenommen.

- Zu Tagesordnungspunkt 12.3:
- 12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 64451/04
  Arbeitstitel: Südwestlich Melatenfriedhof in Köln-Lindenthal 4234/2010

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

- 13 Bauleitpläne Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen
- Zu Tagesordnungspunkt 13.1:
- 13.1 Aufhebung des Bebauungsplanes 69420/04 (6842 Sd/04)
   Satzungsbeschluss Arbeitstitel: Maifischgasse in Köln-Poll 3991/2010



Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 13.2:

13.2 Aufhebung des Durchführungsplanes 76428/02 (DP 14) und seiner vier Änderungen

- Satzungsbeschluss -

Arbeitstitel: Erikaweg in Köln-Rath/Heumar 3992/2010

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 13.3:

- 13.3 Teilaufhebung des Bebauungsplanes 66499/08
  - Satzungsbeschluss -

Arbeitstitel: Derfflingerstraße in Köln-Weidenpesch 4182/2010

Wortmeldungen? - Ebenfalls keine. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von pro Köln ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 13.4:

13.4 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 859
- Satzungsbeschluss Arbeitstitel: Donnersbergweg in KölnBilderstöckchen
4256/2010

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Gegen die Fraktion pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 13.5:

- 13.5 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 4117 Blatt 2
  - Satzungsbeschluss -Arbeitstitel: Äußere Kanalstraße in Köln-Neuehrenfeld/-Ossendorf 4257/2010

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Damit ist das ebenfalls angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

- 14 Erlass von Veränderungssperren
- Zu Tagesordnungspunkt 14.1:

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Poll

Arbeitstitel: Gewerbepark Poll in Köln-Poll 3561/2010

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Angenommen.

- Zu Tagesordnungspunkt 14.2:
- 14.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Kalk

Arbeitstitel: Kalker Hauptstraße in Köln-Kalk

3527/2010

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Das ist die FDP. Wer enthält sich? - Damit ist das angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

- 16 KAG-Satzungen Erschließungsbeitragssatzungen
- Zu Tagesordnungspunkt 16.1:
- 16.1 213. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 4289/2010

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Die Fraktion pro Köln ist dagegen. Wer enthält sich? - Niemand. Angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

- 17 Wahlen
- Zu Tagesordnungspunkt 17.1:
- 17.1 Mitglieder des Institutsausschusses des Rheinischen Studieninstitutes für kommunale Verwaltung in Köln 4516/2010

Wer ist gegen den Vorschlag? - Niemand. Wer enthält sich? - Damit angenommen.

- Zu Tagesordnungspunkt 17.2:
- 17.2 Benennung von Mitgliedern des Kuratoriums für die Verleihung des Hans-Böckler-Preises der Stadt Köln



#### 4115/2010

Wer ist gegen den Vorschlag? - Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

17.3 Berufung einer/eines
Vertreterin/Vertreters der
Bezirksschülervertretung als ständiges
Mitglied mit beratender Stimme in den
Ausschuss für Schule und
Weiterbildung in der Eigenschaft einer
sachkundigen Einwohnerin/eines
sachkundigen Einwohners
4233/2010

Wer ist gegen den Vorschlag? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von pro Köln ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

#### 17.4 Antrag der CDU-Fraktion

hier: Nachwahl eines Sachkundigen Einwohners für den Wirtschaftsausschuss AN/2021/2010

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

#### 17.5 Antrag der SPD-Fraktion

hier: Besetzung von Fachausschüssen inkl. Vorsitz AN/2048/2010

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von pro Köln ist der Antrag angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

17.6 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

> hier: Wahlen - Sachkundige Mitglieder für den Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn AN/2191/2010

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit so bestimmt.

Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

17.7 Antrag der SPD-Fraktion hier: Gremienbesetzung AN/2214/2010 Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit erledigt.

Zu Tagesordnungspunkt 17.8:

#### 17.8 Antrag der CDU-Fraktion hier: Neuwahl eines Mitglieds des Jugendhilfeausschusses AN/2216/2010

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ebenfalls angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.9:

#### 17.9 Antrag der CDU-Fraktion

hier: Neuwahl eines Mitgliedes des Aufsichtsrates der AWB GmbH & Co. KG AN/2218/2010

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

- 18 Genehmigung von
  Dringlichkeitsentscheidungen gemäß §
  60 Absatz 1 Satz 3 der
  Gemeindeordnung des Landes
  Nordrhein-Westfalen
- Zu Tagesordnungspunkt 18.1:
- 18.1 Verkehrsbeschränkungen für Schwerlastverkehr Zoobrücke hier: Lkw/Pkw-Selektierung in Verbindung mit der Geschwindigkeitsüberwachung 4035/2010

Wer ist gegen diese Dringlichkeitsentscheidung? - Das sind die FDP und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? -Keine Enthaltungen. Somit ist sie angenommen.

Damit sind wir am Schluss des öffentliches Teils unserer heutigen Sitzung.

(Schluss: 23.23 Uhr)